

Ariane Brill

Von der „Blauen Liste“ zur gesamtdeutschen
Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der
Leibniz-Gemeinschaft

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1115>

Reprint von:

Ariane Brill, Von der „Blauen Liste“ zur gesamtdeutschen
Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-
Gemeinschaft, Leipziger Universitätsverlag Leipzig 2017, ISBN
978-3-96023-127-1

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2018 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom
Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Ariane Brill (2017), Von der „Blauen Liste“ zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1115>

Ursprünglich erschienen als: Ariane Brill, Von der „Blauen Liste“ zur gesamtdeutschen Wissenschaftsorganisation. Die Geschichte der Leibniz Gemeinschaft, Leipziger Universitätsverlag Leipzig, 2017, ISBN 978-3-96023-127-1

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Vom Königsteiner Abkommen zur Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste	13
Grundlagen der außeruniversitären Forschung nach 1945	13
Das Fördermodell „Blaue Liste“	15
Erste Treffen der Blaue-Liste-Einrichtungen und die Gründung der Arbeitsgemeinschaft	23
3. Die Wiedervereinigung der deutschen Wissenschaft	31
Zur Forschungslandschaft in der DDR	31
Die Transformation nach 1989	33
Die „Einpassung“ in die Blaue Liste	37
4. Die lange Strukturierungsphase bis 1998	44
Wirken und Grenzen der Arbeitsgemeinschaft	44
Initiative der Wissenschaftler: Die Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste	49
Innen- und Außenreaktionen auf die WBL	56
Gründung des Senats und Öffnung der DFG	61
5. Die Leibniz-Gemeinschaft im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik	68
Die Systemevaluation und ihre Folgen	68
Von Frank Pobell bis Hans-Olaf Henkel	74
Die Entflechtungsdebatte	77
Krisen als Verstärkung der eigenen Identität	82

6. Wissenschaftliche und institutionelle Weichenstellungen bis heute	87
Der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative	87
Transformationen bis 2011.	93
Strategieprozess und Zukunftspakt	98
7. Schlussbemerkungen	103
8. Quellen- und Literaturverzeichnis	106
Ungedruckte Quellen	106
Interviews	106
Zeitungsartikel.	106
Literatur	109
9. Abkürzungsverzeichnis	113
10. Chronologie der Leibniz-Gemeinschaft	114

1. Einleitung

Seit über 20 Jahren gehört die Leibniz-Gemeinschaft zu einer der tragenden Säulen in der staatlich geförderten Wissenschaftslandschaft in Deutschland. Am 30./31. März 1995 wurde die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste in Gestalt eines eingetragenen Vereins gegründet, die 1997 den Namen Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz¹ (WGL) erhielt. Ihre Organisationsstruktur bezeichnete die WGL vor einigen Jahren mit dem Slogan „Selbstbindung durch Mitgliedschaft“. Dieses Selbstverständnis ist bis heute maßgebend, denn es handelt sich bei der Leibniz-Gemeinschaft um eine dezentral verwaltete Wissenschaftsorganisation, deren Institute ihre rechtliche Eigenständigkeit behalten. Seit 2012 verwendet sie daher den Leitbegriff der „koordinierten Dezentralität“.

Um die Entwicklung der Leibniz-Gemeinschaft nachvollziehen zu können, ist die Aufarbeitung ihrer langen und komplexen Vorgeschichte unerlässlich. Denn bei den Instituten der Gemeinschaft handelt es sich zu einem großen Teil um Forschungseinrichtungen, die bereits seit 40 Jahren gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden. Zunächst wurden sie unter einem Terminus bekannt, der sich noch bis in die 2000er Jahre hartnäckig in der öffentlichen Wahrnehmung halten sollte: Blaue-Liste-Einrichtungen. Hintergrund dieses ungewöhnlichen Namens war eine Liste mit 46 außeruniversitären Forschungseinrichtungen aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen. Sie war der „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“ angehängt, auf deren Grundlage Bund und Länder im Jahr 1977 eine gemeinsame Förderung dieser voneinander völlig unabhängigen Einrichtungen beschlossen.² Da sowohl die Ausführungsvereinbarung als auch ihr Anhang aus Abgrenzungsgründen zu anderen Abkommen zwischen Bund und Ländern auf blauem Papier gedruckt waren, erhielt die Auflistung der Forschungseinrichtungen den (Verlegenheits-)Namen „Blaue Liste“.³ Die Grundvoraussetzung für die

1 Seit 2001 ist der Name Leibniz-Gemeinschaft gebräuchlich, das Kürzel WGL wird nur noch in juristischen Angelegenheiten verwendet.

2 Ausführungsvereinbarung zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung über die gemeinsame Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung – Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen vom 5./6. Mai 1977.

3 In Publikationen der BLK aus den 1970er/1980er Jahren zeigt sich, dass die verschiedenen BLK-Abkommen und -Vereinbarungen stets auf buntem Papier gedruckt waren – das Verwaltungsabkommen von 1970 wurde beispielsweise auf gelbem, die Rahmenvereinbarung von 1975 auf rosa Papier abgedruckt. Vgl. Bund-Länder-

Schaffung dieses Fördermodells regelte wiederum die „Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung“ vom 28. November 1975.⁴ Darin einigten sich die Vertragsparteien über die Richtlinien zur Finanzierung der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Großforschungseinrichtungen, sowie „andere(n) selbstständige(n) Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse“.⁵ Die wissenschaftspolitische Steuerung verläuft seitdem über die Bund-Länder-Kommission, die heutige Gemeinsame Wissenschaftskonferenz.

Die Blaue-Liste-Einrichtungen deckten von Beginn an ein breites Themengebiet ab, das von Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften über Naturwissenschaften und Medizin bis hin zum Dokumentations- und Museumswesen reichte. Nicht zuletzt aus diesem Grund haftete der Blauen Liste in der öffentlichen Wahrnehmung das Image eines „Sammelbeckens“ für Einrichtungen an, die angeblich in keine der bestehenden Organisationen passten. Außer der gemeinsamen Förderung, die durch die Bund-Länder-Kommission geregelt und fortlaufend durch den Wissenschaftsrat geprüft wurde, hatten die Institute in den ersten gut zehn Jahren kaum gemeinsame Berührungspunkte. Untereinander kommunizierten sie kaum; eine gemeinsame Interessenvertretung gab es nicht. Für den Prozess der Umwandlung zu einer Wissenschaftsgemeinschaft bedeutsam waren Ende der 1980er Jahre erste Sondierungsgespräche von Verwaltungskräften der Blaue-Liste-Einrichtungen, im Oktober 1990 die Gründung der administrativ tätigen Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste (AG-BL) sowie allgemein die wissenschaftspolitischen Herausforderungen nach der Wiedervereinigung. Dieser Prozess ist bislang noch nicht systematisch erfasst worden. Insgesamt sind nur wenige Zeitschriftenartikel erschienen, die sich explizit mit der Struktur und Arbeit der Blauen Liste und der Leibniz-Gemeinschaft befassen.⁶ Hierzu finden sich auch in den zumeist

Kommission, Informationen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn 1984.

- 4 Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91b GG – Rahmenvereinbarung Forschungsförderung (RV-Fo) vom 28. November 1975.
- 5 Ebd., Art. 2, Abs. 1.
- 6 Ulrike Beisiegel/Reinhard F. Hüttel/Carsten Klein/Bernhard Müller, Fortschritt durch Evaluierung, in: Wissenschaftsmanagement 5, September/Oktober 2007, S. 28–34, hier S. 28, online verfügbar unter: http://www.wissenschaftsmanagement.de/dateien/dateien/management/downloaddateien/wim_2007_05_ulrike_beisiegel_reinhard_f_huettl_carsten_klein_bernhard_mueller_fortschritt_durch_evaluierung.pdf [20.2.2014]; Ekkehard Nuissl von Rein, Unterschiedliche Aufgaben – gemeinsame Ziele? Entwicklung und Bewertung der Leibniz-Institute, in: Martina Röbbcke/Dagmar Simon (Hg.), Qualitätsförderung durch Evaluation? Ziele, Aufgaben und Verfahren von Forschungsbewertungen im Wandel, Berlin 1999, S. 31–45. Ein aktuelles Kapitel zu einem geschichtlichen Überblick der Leibniz-Gemeinschaft findet sich darüber hinaus im Jubiläumsbuch des Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim: Institut für Deutsche Sprache, Ansichten und Einsichten. 50 Jahre Institut für Deutsche Sprache, Mannheim 2014, S. 582–588.

sozialwissenschaftlichen Studien zur (außeruniversitären) Forschung in Deutschland lediglich kurze Anrisse.⁷

Die Entwicklung der Leibniz-Gemeinschaft ist aufgrund stetiger Auseinandersetzungen um unterschiedliche Zuständigkeiten, Anliegen und Ziele von besonderem wissenschafts- und institutionsgeschichtlichem Interesse:

Erstens handelt es sich um eine „von unten“ initiierte Institution, die nicht von einem Bundesministerium, vom Wissenschaftsrat oder von der Bund-Länder-Kommission in die Wege geleitet wurde, sondern auf dem Prinzip der Selbstorganisation basiert. Dennoch mussten sich ihre Repräsentanten stets um wissenschaftspolitische, aber auch öffentliche Akzeptanz bemühen, um die Legitimation der Leibniz-Gemeinschaft zu stärken. Hierzu war es unumgänglich, ein klares wissenschaftliches Profil herauszubilden und das eigene Selbstverständnis zu stärken. Im Laufe der Jahre gelang es, eine Art wissenschaftliche „Marke“ zu schaffen. Doch wie gestaltete sich diese Entwicklung von einer losen Arbeitsgemeinschaft zu einer der fünf großen staatlich geförderten Wissenschaftsorganisationen in Deutschland? Schließlich musste man nicht nur in den ersten Jahren vehement um Akzeptanz von politischer, öffentlicher und wissenschaftlicher Seite kämpfen. Insbesondere die große Heterogenität und die vermeintlich fehlende gemeinsame Identität blieben lange Zeit Kritikpunkte. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass während des Entwicklungsprozesses auch viele interne Hindernisse auftraten. Denn nicht alle Mitgliederinstitute konnten sich von Beginn an mit den Leitbildern der Leibniz-Gemeinschaft identifizieren, und der Gründung 1995 gingen einige Unstimmigkeiten voraus.

In einem Spannungsverhältnis zum Prinzip der Selbstorganisation steht *zweitens* der Aspekt der staatlichen Einflussnahme, der den Entwicklungsprozess der heutigen Leibniz-Gemeinschaft von Beginn an prägte. Ziel des Modells der Blauen Liste war die Schaffung eines flexiblen und von politischer Seite leicht lenkbaren Instruments.⁸ Bis heute greifen Bund und Länder zwar nicht in die Selbstverwaltung des Verbands ein, sie haben aber weiterhin die Hauptverantwortung für die Gelderverteilung innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft. Die Evaluation der Blaue-Liste-Einrichtungen lag fast 25 Jahre in den Händen des Wissenschaftsrats, bis diese Verantwortung im Jahr 2001 auf den mit externen Mitgliedern besetzten Senat der Leibniz-Gemeinschaft übertragen wurde. Dies bedeutete jedoch nicht, dass sich die staatliche Seite völlig aus dem Evaluierungsverfahren zurückzog. Seitdem vollzieht die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (seit 2008 Gemeinsame Wissenschaftskonferenz) die abschließende Überprüfung der Stellungnahmen zu den evaluierten Instituten. Obwohl

⁷ Eine ausführliche Analyse der Situation der Blaue-Liste-Institute in den 1980er Jahren bieten Hans-Willy Hohn/Uwe Schimanck, *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*, Frankfurt am Main/New York 1990.

⁸ Vgl. Hohn/Schimanck, *Konflikte und Gleichgewichte*, S. 152.

sich die Leibniz-Gemeinschaft mit diesem Evaluationsverfahren ein Alleinstellungsmerkmal schuf, blieb sie nicht von politischen Debatten zu potentiellen Umstrukturierungen der Forschungsförderung verschont. Wiederholt wurde ihr Nutzen angezweifelt und sogar ihre Auflösung erwogen. Die Studie überprüft, inwieweit es im Laufe der Zeit zu Kollisionen zwischen den Vorstellungen der politischen Entscheidungsträger auf der einen und der Leibniz-Verwaltung auf der anderen Seite kam. Im Kontext der politischen Einflussnahme muss darüber hinaus die gemeinsame staatliche Forschungsfinanzierung kritisch betrachtet werden. Die Interessen der Regierungschefs von Bund und Ländern waren in Bezug auf die Blaue Liste/Leibniz-Gemeinschaft nicht immer kohärent. Dies offenbarte sich insbesondere bei der Auswahl der zu fördernden Institute 1976/77 und bei den Reformdiskussionen in den 2000er Jahren.

Drittens kam der Blauen Liste eine zentrale Rolle im wissenschaftlichen Vereinigungsprozess zu. Nicht weniger als 34 neu gegründete Institute der ehemaligen Akademien der DDR wurden in das Fördermodell der Blauen Liste integriert. Im Vergleich dazu gründeten die Max-Planck-Gesellschaft, die Großforschungseinrichtungen und die Fraunhofer-Gesellschaft weitaus weniger neue Einrichtungen in den neuen Bundesländern.⁹ Die Zusammenführung der west- und ostdeutschen Wissenschaftssysteme ist von der historischen Forschung bislang kaum in den Blick genommen worden. Dies gilt vor allen Dingen für den außeruniversitären Bereich und die Weiterentwicklung der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft seit den 1990er Jahren.¹⁰ Dagegen widmeten sich in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine Reihe sozialwissenschaftlicher Studien der Neugründung außeruniversitärer Einrichtungen in der ehemaligen DDR.¹¹

Eine historische Studie zur Leibniz-Gemeinschaft eröffnet die Möglichkeit, die Verschmelzung von west- und ostdeutscher außeruniversitärer Forschung exemplarisch zu analysieren. Dies gilt sowohl für damalige Maßnahmen zur Eingliederung ehemaliger

⁹ Vgl. Albert Over/Christian Tkocz, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern. Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Kassel 1993, S. 79 f.

¹⁰ Eine ausführliche Darstellung der Umwandlung verschiedener Forschungsdisziplinen sowie der allgemeinen Forschungslandschaft der DDR bietet folgender Sammelband: Jürgen Kocka/Renate Mayntz (Hg.), Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998. Siehe zudem: Peer Pasternack, Erneuerung durch Anschluss? Der ostdeutsche Fall ab 1990, in: Michael Grüttner/Rüdiger Hachtmann/Konrad Jarausch/Jürgen John/Matthias Middell (Hg.), Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 309–326.

¹¹ Renate Mayntz, Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992, Frankfurt am Main/New York 1994; Werner Meske, Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems: eine Zwischenbilanz, in: Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), No. P 93–401, <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/50928/1/153172878.pdf> [27.8.2013]; Hans-Georg Wolf, Organisationschicksale im deutschen Vereinigungsprozess. Die Entwicklungswege der Institute der Akademie der Wissenschaften der DDR, Frankfurt am Main / New York 1996. Folgende Studie befasst sich darüber hinaus mit dem Evaluierungsprozess und den Empfehlungen des Wissenschaftsrats in den ehemaligen DDR-Einrichtungen: Over /Tkocz, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

Akademie-Institute in die Blaue Liste als auch für deren Etablierung danach. Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, wie sich die ostdeutschen Verwaltungen und Wissenschaftler auf das westliche System einstellten und welche Spannungen es zwischen west- und ostdeutschen Akteuren gab. Weiterhin soll die in Öffentlichkeit und Forschung weitverbreitete These, dass die Zusammenführung der beiden Wissenschaftssysteme eine vollständige Übertragung westdeutscher Modelle auf Ostdeutschland gewesen sei, überprüft werden.¹²

Die folgenden Ausführungen möchten einen historischen Beitrag zum Selbstverständnis der Leibniz-Gemeinschaft leisten. Der Umgang mit den oben erwähnten Akzeptanzproblemen sowie das Auftreten in der Öffentlichkeit werden ebenso beleuchtet wie die Positionen von Presse, Politik und Wissenschaft gegenüber der jungen Wissenschaftsorganisation. Die Ergebnisse stützen sich auf Protokolle von Mitglieder-, Präsidiums- und Senatsitzungen der Leibniz-Gemeinschaft, Presseberichte und Briefwechsel sowie verschiedene hauseigene Publikationen. Hinzu kommen Stellungnahmen des Wissenschaftsrats und Materialien der Bund-Länder-Kommission. Außerdem wurden Interviews mit ehemaligen Verantwortlichen der Leibniz-Gemeinschaft, des Wissenschaftsrats und der Bund-Länder-Kommission geführt.¹³

Im Zentrum der vorliegenden Studie stehen die einzelnen Stadien der Institutionalisierung. Zu den wichtigen Schlüsselereignissen auf dem Weg zur Professionalisierung der Gemeinschaft zählen die Eingliederung ostdeutscher Institute, die Einrichtung des Senats im Jahr 1997, die im Herbst 2000 vorgenommene Systemevaluation durch den Wissenschaftsrat und die 2001 erfolgte Übertragung der Evaluationsverantwortung an den Senat. All diese Punkte trugen erheblich zur Identitätsbildung der Leibniz-Einrichtungen bei. Auch die 1998 ermöglichte Teilnahme am DFG-Vergabeverfahren und der Pakt für Forschung und Innovation von 2005 waren wichtige Weichenstellungen, weil sich die Leibniz-Gemeinschaft fortan dem nationalen bzw. internen Wettbewerb um Fördermittel stellen konnte. Der Fokus der Untersuchung liegt auf dem Wirken der Wissenschaftsgemeinschaft als dezentrale Organisation. Aktivitäten und Entwicklungen ihrer einzelnen Mitgliederinstitute werden nur beispielhaft aufgegriffen.

Die ersten beiden Hauptkapitel dieser Studie behandeln grundlegende wissenschaftspolitische Entscheidungen, die maßgeblichen Einfluss auf die Entstehung und Weiterentwicklung der Blauen Liste hatten: Dies betrifft einerseits die zwischen 1945 und Ende der 1970er Jahre geschaffenen Grundlagen für die gemeinsame Bund-Länder-

¹² Vgl. bspw. Jürgen Kocka, Einleitung, in: Ders. / Mayntz, Wissenschaft und Wiedervereinigung, S. 7; Pasternack, Erneuerung durch Anschluss, S. 309 f.

¹³ An dieser Stelle sei folgenden Interviewpartnern gedankt: den ehemaligen Präsidenten Ingolf Hertel, Frank Pobell, Hans-Olaf Henkel, Ernst Rietschel und Karl Ulrich Mayer, den ehemaligen administrativen Präsidenten Michael Lankeit, Christiane Neumann (heute Leibniz-Generalsekretärin) und Falk Fabich sowie Jürgen Schlegel, dem ehemaligen Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission/Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, und Karl Max Einhäupl, ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftsrats.

Finanzierung, andererseits die Transformationen nach der Wiedervereinigung. Da die vorliegende Arbeit einen Schwerpunkt auf die formierende Phase von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre legt, zeichnet sie die entsprechenden Strukturfindungsprozesse besonders detailliert nach. In der Zeit nach der Gründung der Leibniz-Gemeinschaft liegt der Fokus dagegen stärker auf bestimmten Schlüsselereignissen, die ihr Profil und ihre Weiterentwicklung beeinflussten.

2. Vom Königsteiner Abkommen zur Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste

Grundlagen der außeruniversitären Forschung nach 1945

Die Leibniz-Gemeinschaft kann auf eine lange Vorgeschichte zurückblicken, die nicht erst mit der Einführung des Fördermodells Blaue Liste begann. Sie steht im direkten Zusammenhang mit einschlägigen Beschlüssen über den Aufbau einer westdeutschen außeruniversitären Forschungslandschaft nach 1945. Eine wichtige Grundlage für die Finanzierung nichtuniversitärer Wissenschaftseinrichtungen schuf 1949 das „Königsteiner Staatsabkommen“. Zwei Monate vor Gründung der Bundesrepublik von den Landesregierungen verabschiedet, regelte es die bundesdeutsche Förderung jener Institutionen, die sich überregional relevanten Forschungsschwerpunkten widmeten und keiner Hochschule angehörten. Die Länder verpflichteten sich darin, die Finanzierung dieser Einrichtungen gemeinsam zu tragen, sollten die erforderlichen Zuschüsse die Ressourcen ihres Sitzlandes übersteigen. Das Abkommen war Teil des kulturellen Wiederaufbaus in Westdeutschland, wie der erste Artikel verdeutlicht: „Die Länder der Bundesrepublik Deutschland [...] bejahen die Notwendigkeit, gemeinsam die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, dass Wissenschaft und Forschung befähigt werden, einen wirksamen Beitrag zum kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten.“¹⁴ Die Länderanteile setzten sich zu zwei Dritteln aus ihrem Steueraufkommen und zu einem Drittel aus ihrer Bevölkerungsanzahl zusammen. Dieses Verfahren wurde unter dem Namen „Königsteiner Schlüssel“ bekannt und wird bis heute in abgewandelter Form für die Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und seit 2007 der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) angewandt.¹⁵

Das Königsteiner Abkommen zielte aus Sicht der Länder auf eine bundesdeutsche Forschungsförderung ohne Einfluss des Bundes ab. Zunächst kam es den in den ersten Nachkriegsjahren neu gegründeten Organisationen Max-Planck-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft zugute. Diese erhielten eine sogenannte Globalförderung

¹⁴ Königsteiner Staatsabkommen, Art. 1, Abs. 1.

¹⁵ Siehe dazu Gemeinsame Wissenschaftskonferenz GWK, Grundlagen der GWK 2013, Bonn 2013, S. 210.

durch die Länder.¹⁶ Die Besonderheit der globalen Förderung liegt darin, dass die staatlichen Zuwendungsgeber keinerlei Auflagen zur internen Gelderverteilung machen, sondern die Forscher darüber frei entscheiden lassen.¹⁷ Auf dieser Basis bekamen auch andere überregional relevante Einrichtungen, die in keine der bestehenden Wissenschaftsorganisationen integriert waren, eine staatliche Förderung. Diesen sogenannten „Königsteiner Instituten“ gehörten 1949 insgesamt 23 Einrichtungen an; von 1960 bis 1975 bewegte sich deren Anzahl konstant zwischen 32 und 33.¹⁸

Es blieb aus mehreren Gründen nicht lange bei der alleinigen Länderfinanzierung. Der Bund strebte ab Mitte der 1950er Jahre vermehrt nach einer Einflussnahme auf die außeruniversitäre Forschungsförderung. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft begrüßten eine Einbeziehung des Bundes, da sich ihr Haushalt nur verbessern konnte, sofern die finanziell schwächeren Länder entlastet würden. Ab Mitte der 1950er Jahre beteiligte sich der Bund an der Finanzierung der beiden Organisationen, ohne diese Beteiligung aber gesetzlich zu verankern. Die Zuwendung des Bundes lief über sogenannte Sonderhaushalte, die nicht den Status regulärer Finanzmittel hatten. Dies stellte gewissermaßen einen Kompromiss mit den Ländern dar, da das Königsteiner Abkommen eigentlich festgelegt hatte, den entsprechenden Forschungseinrichtungen nicht gleichzeitig Bundeszuschüsse zu gewähren.¹⁹ Das Verwaltungsabkommen vom 4. Juni 1964 legte dann eine gemeinsame, gleichberechtigte Förderung der beiden Organisationen durch Bund und Länder fest.²⁰ Für die Königsteiner Institute hingegen galten weiterhin die Beschlüsse des Staatsabkommens von 1949, obwohl einige von ihnen seit Mitte der 1960er Jahre ebenfalls Sonderzahlungen vom Bund erhielten.²¹

Da das Verwaltungsabkommen von 1964 befristet war und somit immer wieder einer Verlängerung bedurfte, musste über kurz oder lang eine Regelung zur dauerhaften Bund-Länder-Finanzierung gefunden werden. Dies geschah im Jahr 1969 durch die Erweiterung des Grundgesetzes um Artikel 91b. Darin hieß es: „Bund und Länder können auf Grund von Vereinbarungen in Fällen überregionaler Bedeutung zusammenwirken bei der Förderung von (...) Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung außerhalb von Hochschulen.“ Die Zusammenarbeit galt darüber hinaus für wissenschaftliche Vorhaben und Forschungsbauten an Hochschulen.²² Nach Inkrafttreten des Artikels 91b gründeten Bund und Länder auf der Grundlage eines Verwaltungs-

¹⁶ Vgl. Dietmar Braun, Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum „kooperativen Staat“, Frankfurt am Main 1997, S. 216.

¹⁷ Vgl. Hohn/Schimanck, Konflikte und Gleichgewichte, S. 83.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 140.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 113.

²⁰ Vgl. ebd., S. 216–219; Ilse Staff, Wissenschaftsförderung im Gesamtstaat, Berlin 1971, S. 19.

²¹ Vgl. Hohn/Schimanck, S. 144.

²² Art. 91b GG, Abs. 1.

abkommens die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung²³, die sich zu einem der wichtigsten Steuerungsorgane der Wissenschaftspolitik entwickelte. Zunächst konzentrierte sie sich auf Hochschulangelegenheiten, bis sich ihre Kompetenzen mit den Beschlüssen zur „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ vom 28. November 1975 auf Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten ausweiteten.²⁴ Darüber hinaus befasste sich die Bund-Länder-Kommission bis zur Föderalismusreform und einer damit verbundenen Änderung des Artikels 91b im Jahr 2006 mit Fragen der schulischen und beruflichen Bildung.²⁵ Mit der Kommission richteten Bund und Länder ein ständiges Gesprächsforum für sämtliche Fragen der gemeinsamen Bildungs- und Forschungsförderung ein. Ihr gehörten seit ihrer Gründung sieben Vertreter der Bundesregierung und jeweils ein Vertreter der jeweiligen Landesregierungen an, darunter Minister, Staatssekretäre und Parlamentarische Staatssekretäre.²⁶ Zu ihren konkreten Aufgaben gehörten Beschlüsse zum Haushalt der geförderten Forschungsorganisationen und Einrichtungen sowie Entscheidungen über Neuaufnahmen und Ausschlüsse. Die Errichtung der Bund-Länder-Kommission sowie ihre beiden Vereinbarungen „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ und „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“ bildeten die Voraussetzungen für die Entstehung eines „stabilen Verhandlungsnetzwerkes“²⁷ zwischen Bund, Ländern und Wissenschaft, das sich bis zu den 1990er Jahren zunehmend entfaltete.

Das Fördermodell „Blaue Liste“

Die Grundgesetz-Erweiterung von 1969 legte eine gemeinsame Finanzierung ausschließlich als Möglichkeit, nicht aber als Verpflichtung fest. Aus diesem Grund wurden die Königsteiner Institute bis zur „Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen“ (AV-FE) im Jahr 1977 und der damit verbundenen Veröffentlichung der 46 „Blaue-Liste“-Einrichtungen weiterhin von den Ländern getragen. Die Beratungen über die Ausführungsvereinbarungen begannen 1975 und zogen sich aufgrund erheblicher forschungs-

²³ Seit dem 1. November 2008 führt die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz GWK die Arbeit der Bund-Länder-Kommission fort.

²⁴ Vgl. Die BLK: Rückblick auf 37 Jahre im Dienst von Bund und Ländern, online: <http://www.blk-bonn.de/blk-rueckblick.htm> [31.3.2014].

²⁵ Mit der Grundgesetzänderung des Artikels 91b Absatz 2 entfiel die Bildungsplanung als Gemeinschaftsaufgabe. Stattdessen können Bund und Länder nun auf Grundlage von Vereinbarungen zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen zusammenzuwirken.

²⁶ Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer gemeinsamen Kommission für Bildungsplanung (BLK-Abkommen) vom 25. Juni 1970, Art. 7.

²⁷ Andreas Stucke, Die westdeutsche Wissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 3–14, hier S. 4.

politischer Konflikte über zwei lange Jahre hin.²⁸ Bei Bund und Ländern herrschte Uneinigkeit über Formalitäten wie dem Kündigungsrecht von staatlicher Seite, über die aufzunehmenden Institute sowie über den Finanzierungsschlüssel der Einrichtungen mit Servicefunktion.²⁹ Anfänglich wurden nicht weniger als 300 Institutionen als potentielle Mitglieder ins Gespräch gebracht, bis der „Ausschuss Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission 1976 eine weitaus kleinere Anzahl – nämlich rund 54 Einrichtungen – in die engere Auswahl nahm. Diese Liste war dem ersten Entwurf der Ausführungsvereinbarung angehängt und sollte bis zur endgültigen Unterzeichnung noch einige Änderungen erfahren. Bund- und Ländervertreter diskutierten am 19. März 1976 gemeinsam über die auf blauem Papier gedruckte Liste. Dabei herrschte hinsichtlich der aufzunehmenden Institute nicht immer Konsens. In einigen Fällen stimmten die Länder mehrheitlich für eine Aufnahme, während der Bund bei den jeweiligen Forschungsschwerpunkten kein gesamtstaatliches, wissenschaftspolitisches Interesse sah. Dies galt beispielsweise für die Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege in Geisenheim und das Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München.³⁰ Beide wurden nach den März-Beratungen wieder von der sogenannten „Blauen Liste“ gestrichen. Die Vorbehalte des Bundes bedeuteten jedoch nicht in allen Fällen ein Ausschlusskriterium. Auch dem Heinrich-Pette-Institut, der Stiftung Deutsches Überseeinstitut in Hamburg und dem Forschungsinstitut Senckenberg in Frankfurt am Main bescheinigte der Bund anfänglich einen zu geringen gesamtstaatlichen Stellenwert. Trotzdem wurden sie Blaue Liste-Einrichtungen der ersten Stunde. Am 14. Juni 1976 verabschiedete die Bund-Länder-Kommission die nun auf 45 Institute reduzierte Anlage der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen.³¹ Dennoch dauerte es beinahe ein weiteres Jahr, bis diese Vereinbarung abgeschlossen werden konnte. Mit dem Institut für Raumforschung und Landesplanung in Hannover entschied man sich nach langen Diskussionen für eine weitere Aufnahme in die Blaue Liste, die damit insgesamt 46 Einrichtungen umfasste. Ein weiterer Streitpunkt zwischen Bund und Ländern blieb weiterhin der Finanzierungsschlüssel von Einrichtungen mit Servicefunktion. So konnte die Ausführungsvereinbarung erst im Mai 1977 nach einer Kompromissfindung unterschrieben werden.

²⁸ Ebd., S. 146.

²⁹ Brief von Staatsrat Dr. Schulze (Hamburg) an den Vorsitzenden der BLK, Helmut Rohde vom 28.5.1976, in: BArch B138/25826.

³⁰ BLK, „Blaue Liste“, Anlage zur Sitzung des Ausschuss Forschungsförderung am 5.4.1976, in: BArch B138/25826.

³¹ BLK, Anlage zur Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen, 22.6.1976, in: BArch B/138/25826.

Blaue-Liste-Institute (Stand: Mai 1977)³²**Baden-Württemberg**

1. Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen (DIFF)
2. Fachinformationszentrum 4 (Energie, Physik, Mathematik), Karlsruhe
3. Fraunhofer-Institut, Freiburg/Breisgau
4. Institut für Deutsche Sprache, Mannheim
5. Zentralarchiv für Hochschulbau, Stuttgart

Bayern

6. Deutsche Anstalt für Lebensmittelchemie, München
7. Deutsches Museum, München
8. Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg
9. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
10. Institut für Zeitgeschichte, München

Berlin

11. Deutsches Bibliotheksinstitut, Berlin
12. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
13. Heinrich-Hertz-Institut für Schwingungsforschung, Berlin
14. Wissenschaftszentrum, Berlin

Bremen

15. Institut für Meeresforschung, Bremerhaven

Hamburg

16. Bernhard-Nocht-Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Hamburg
17. Heinrich-Pette-Institut für experimentelle Virologie und Immunbiologie an der Universität Hamburg
18. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
19. Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Hamburg

Hessen

20. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt/M.
21. Forschungsinstitut Senckenberg, Frankfurt/M.
22. Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID), Frankfurt/M.
23. Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat, Marburg
24. Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Frankfurt/M.

³² Für die Liste des ersten AV-FE-Entwurfs vom 22. Juni 1976 mit 45 Einrichtungen siehe Quellen-Anhang.

Niedersachsen

25. Deutsches Primatenzentrum, Göttingen
26. Institut für Erdölforschung, Hannover
27. Institut für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
28. Institut für den Wissenschaftlichen Film, Göttingen
29. Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, Hauptabteilung „Gemeinschaftsaufgaben“, Hannover
30. Technische Informationsbibliothek an der Technischen Universität, Hannover

Nordrhein-Westfalen

31. Bergbau-Museum, Bochum
32. Deutsche-Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung
33. Diabetes-Forschungsinstitut an der Universität Düsseldorf
34. Forschungsinstitut für Rationalisierung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, Aachen
35. Institut für Arbeitsphysiologie an der Universität Dortmund
36. Institut für Kinderernährung, Dortmund
37. Medizinisches Institut für Lufthygiene und Silikoseforschung an der Universität Düsseldorf
38. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
39. Zentralbibliothek der Medizin, Köln
40. Zoologisches Forschungsinstitut und Museum König, Bonn

Rheinland-Pfalz

41. Forschungsinstitut bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
42. Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Mainz

Schleswig-Holstein

43. Forschungsinstitut Borstel für experimentelle Biologie und Medizin
44. Institut für Meereskunde an der Universität Kiel
45. Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel
46. Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Dem neuen Bund-Länder-Finanzierungsmodell, das in der Regel einen Finanzierungsanteil von jeweils 50 Prozent vorsah, wurden 22 der bisherigen Königsteiner Institute zugewiesen, die übrigen gingen in die Verantwortung ihres jeweiligen Sitzlandes zurück. Die anderen 24 in die Blaue Liste aufgenommenen Einrichtungen waren vorher meist ebenfalls von den Ländern bzw. ihrem eigenen Sitzland getragen worden. Ziel der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen war – vor allem aus Sicht des Bundes – die Schaffung eines flexiblen und von politischer Seite leicht lenkbaren Förderinstruments. Ähnlich steuerbar waren in der außeruniversitären Forschung zu dieser Zeit

nur die Großforschungseinrichtungen, während der staatliche Einfluss bei den zentral verwalteten Organisationen Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft weitaus geringer war.³³ Durch inhaltliche wie personelle Interessenkonflikte kam es bei einigen Serviceeinrichtungen zu einer Abweichung von der sonst üblichen 50:50-Regelung zwischen Bund und Ländern. Bei der Technischen Informationsbibliothek in Hannover sowie der Zentralbibliothek der Medizin in Köln beschloss der Ausschuss „Forschungsförderung“ beispielsweise im ersten Jahr³⁴ einen Bund-Länder-Schlüssel von 30:70, der noch immer aktuell ist.³⁵ Das Fachinformationszentrum 4 in Karlsruhe erhielt 1977 zunächst 85 Prozent vom Bund und nur 15 Prozent von den Ländern. Da es sich noch in der Aufbauphase befand, sollte der Bund den Länderanteil in diesem Jahr nur vorfinanzieren. Doch noch heute hat der Bund mit 75 Prozent den weitaus höheren Förderanteil am Karlsruher Fachinformationszentrum, was eine Entlastung für die Länder bedeutet.³⁶

Die Grundsätze der Ausführungsvereinbarung setzten den Ausschuss „Forschungsförderung“ als zentrales Überprüfungs- und Beratungsgremium der überregionalen Forschungseinrichtungen fest. Dieser hatte bereits seit der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung von 1975 die Regeln zur staatlichen Förderung der nichtuniversitären Forschung maßgeblich vorbereitet. Der Ausschuss „Forschungsförderung“ fand sich mehrfach im Jahr zu Sitzungen zusammen und beriet über Angelegenheiten der gemeinsamen Finanzierung. Anfangs betraf dies in erster Linie die Max-Planck-Gesellschaft und die DFG, bis 1977 die Einrichtungen der Blauen Liste hinzukamen. Während der Sitzungen des Ausschusses ging es zunächst vor allem um Empfehlungen zu den Wirtschaftsplänen einzelner Institutionen. Von Anfang an standen die Einrichtungen mit Informations- und Servicefunktion aufgrund ihres abweichenden Finanzierungsschlüssels im Mittelpunkt.³⁷ Das Gesamtfördervolumen der Blauen-Liste-Einrichtungen fiel in den ersten rund 15 Jahren im Vergleich zur Max-Planck-Gesellschaft und zur DFG weitaus geringer aus. Im Jahr 1980 lag es insgesamt bei 350 Millionen DM. Dagegen erhielt die Max-Planck-Gesellschaft im selben Zeitraum 667 Millionen, die DFG 830 Millionen DM aus dem Staatshaushalt.³⁸

Ergänzend zum Ausschuss „Forschungsförderung“ bildete sich 1981 eine Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission unter dem Namen „Blaue Liste und IuD-An-

³³ Ebd., S. 152.

³⁴ Das war im Jahr 1977.

³⁵ BLK, Anlage 2 zum Ergebnisprotokoll der zweiundzwanzigsten Sitzung des Ausschusses „Forschungsförderung“, S. 12, in: BArch B138/25706; GWK, Grundlagen 2013, S. 49.

³⁶ Ebd.

³⁷ Siehe bspw. ebd., BLK, Ergebnisprotokoll der einunddreißigsten Sitzung des Ausschusses „Forschungsförderung“ am 18./19. September 1979, S. 18–21, in: Noch unsortiertes Hausarchiv der WGL, Ordner AG-BL – BLK bis 1992.

³⁸ Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Jahresbericht 1980, Bonn 1981, S. 19.

gelegenheiten“³⁹, der ebenfalls Vertreter von Bundesregierung und Landesregierungen angehörten. Auch diese Arbeitsgruppe traf sich mehrmals im Jahr zu gemeinsamen Sitzungen. Für die Einrichtungen der Blauen Liste bedeutete diese externe Steuerung, dass sie von Bund und Ländern einerseits zuverlässig finanziert, andererseits im zweijährigen Abstand vom Ausschuss „Forschungsförderung“ anhand eines Fragenkatalogs überprüft wurden. Diese Überprüfung war jedoch nicht allein ausschlaggebend für die Weiterführung der Bund-Länder-Finanzierung. Zusätzlich evaluierte der Wissenschaftsrat ab 1979 in Form eines schriftlichen Gutachtens die Förderfähigkeit der einzelnen Einrichtungen. Bis 1994 hatte der Wissenschaftsrat so gut wie alle Blaue-Liste-Institute beurteilt, was in fünf Fällen zu Ausschlüssen aus dem Fördermodell führte. Dafür wurden sechs neue Einrichtungen aufgenommen.⁴⁰ Das Aufnahmeverfahren wurde unter dem inoffiziellen Namen „Omnibus-Prinzip“ bekannt, da nur im Falle des Ausscheidens bisheriger Einrichtungen neue aufgenommen werden konnten. Die Arbeitsgruppe „Blaue Liste und IuD-Angelegenheiten“ beratschlagte im Falle von positiven Evaluierungen über die Möglichkeiten zur Umsetzung der Wissenschaftsempfehlungen und leitete gegebenenfalls ihre Vorschläge an Bund, Länder und den Ausschuss „Forschungsförderung“ weiter. Von daher war der Zeitpunkt für die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe sicher nicht zufällig gewählt: Als die erste Sitzung stattfand, lagen die Stellungnahmen zu sechs geisteswissenschaftlichen Instituten vor; die Begutachtungen der wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen standen kurz vor dem Abschluss. Ferner bekam die Arbeitsgruppe die Aufgabe, künftig Vorschläge zu unterbreiten, welche weiteren Institute evaluiert werden sollten.⁴¹

Der Blauen Liste haftete innerhalb der Wissenschaft seit ihrer Schaffung im Mai 1977 der Ruf eines „Sammelbeckens“ für Einrichtungen an, die angeblich nicht in die bestehenden Organisationen oder Fördermodelle passten.⁴² Diese Wahrnehmung ergab sich vorrangig aus der Vielzahl an geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen; besonders kritisch wurden zudem die Bibliotheken und Museen betrachtet. Doch auch die Leistungsfähigkeit der natur- und medizinwissenschaftlichen Einrichtungen der Blauen Liste wurde oftmals als geringer eingeschätzt als diejenige der Max-Planck- und Fraunhofer-Institute. Dies lag in erster Linie in ihrer geringeren Bekanntheit und in ihrem niedrigeren Finanzbudget begründet. Ein weiterer Kritik-

³⁹ Das Kürzel „IuD“ stand für „Infrastruktur und Dienstleistung“.

⁴⁰ Renate Beisiegel/Reinhard F. Hüttl/Carsten Klein/Bernhard Müller, Fortschritt durch Evaluierung. Die Leibniz-Gemeinschaft hat ihr Evaluierungsverfahren weiterentwickelt, in: *Wissenschaftsmanagement* 5, September/Oktober 2007, S. 28–34, online verfügbar unter http://www.wissenschaftsmanagement.de/dateien/dateien/management/downloaddateien/wim_2007_05_ulrike_beisiegel_reinhard_f_huettl_carsten_klein_bernhard_mueller_fortschritt_durch_evaluierung.pdf [14.4.2014].

⁴¹ BLK, Arbeitsgruppe Ergebnisprotokoll der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe „Blaue Liste und IuD-Angelegenheiten“ am 25./26. März 1981, S. 2 f, in: BArch, B138/43059.

⁴² Hohn/Schimanck, Konflikte und Gleichgewichte, S. 141.

punkt war die Mischung von anwendungs- und grundlagenorientierter Forschung bei den Einrichtungen der Blauen Liste, während sich die Max-Planck-Gesellschaft bis heute auf die Grundlagenforschung, die Fraunhofer-Gesellschaft auf die angewandte Forschung konzentrieren. Für beide galten diese jeweiligen Forschungsschwerpunkte stets als zentrale Identitätsfaktoren.⁴³

Eine gemeinsame Identität bildete sich bei den Blauen-Liste-Institutionen in den ersten Jahren hingegen nicht aus, weil es weder eine aktive Einbindung vonseiten der Bund-Länder-Kommission noch eine rege Kommunikation zwischen den einzelnen Einrichtungen gab. Vielfach wussten die Vertreter der Blauen Liste nicht einmal, welche und wie viele Einrichtungen konkret der Liste angehörten.⁴⁴ Erste Verständigungen über gemeinsame Interessensfelder lassen sich im Jahr 1984 ausmachen, als die Bund-Länder-Kommission ein zweites „Forschungspolitisches Gespräch“ einberief.⁴⁵ Eine solche Zusammenkunft war seit geraumer Zeit von den großen staatlich geförderten Organisationen Max-Planck-Gesellschaft und Deutsche Forschungsgemeinschaft gefordert worden. Auch die Einrichtungen der Blauen Liste wurden nun einbezogen, obgleich das Fördermodell zu diesem Zeitpunkt erst wenige Jahre existierte und öffentlich kaum wahrgenommen wurde. Zudem nahm die Bund-Länder-Kommission das bevorstehende Gespräch zum Anlass, sich anhand eines an alle Einrichtungen verschickten Fragebogens zu Wissens- und Technologietransfers sowie zur Nachwuchsförderung erstmals ein möglichst einheitliches Bild der Blauen Liste zu machen.⁴⁶ In Ermangelung einer gemeinsamen Verwaltung oder zumindest eines gemeinsamen Sprechers entschied sich die Kommission, aus dem Kreis der Blauen Liste vier Vertreter verschiedener Fachdisziplinen einzuladen. Zu den ausgewählten Wissenschaftlern gehörten der Direktor des Forschungsinstituts Senckenberg, Prof. Willi Ziegler, der wissenschaftliche Geschäftsführer der Gesellschaft für Information und Dokumentation, Prof. Norbert Henrichs (beide Frankfurt am Main), Prof. Herbert Giersch vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel sowie Prof. Hans-Werner Schlipkötter vom Medizinischen Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf.⁴⁷ Die vier Wissenschaftler standen vor

⁴³ Ebd., S. 141 f.

⁴⁴ Vgl. Nuissl von Rein, *Unterschiedliche Aufgaben*, S. 31.

⁴⁵ Ein erstes Forschungspolitisches Gespräch fand am 9. Dezember 1983 statt. Dabei resümierten zunächst nur die zuständigen Minister von Bund und Ländern ihre bisherige Arbeit und diskutierten über weitere Pläne. Vgl. *Situation und Zukunft der „Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)“*. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kuhlwein u. a. und der Fraktion der SPD, Drucksache 10/774 vom 14.2.1984, S. 2. Online verfügbar unter <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/10/010/1001006.pdf> [28.1.2014].

⁴⁶ Zu den Ergebnissen siehe: BLK, *Einrichtungen der Blauen Liste. Auswertung einer Umfrage zum Wissens- und Technologietransfer und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses*, Bonn 13.8.1994, in: HA WGL, Ordner AG-BL – BLK bis 1992.

⁴⁷ *Forschungspolitisches Gespräch der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit Vertretern der gemeinsam geförderten Forschungseinrichtungen am 7.12.1984* (Tonbandniederschrift). S. 1 und 95 f., in: HA WGL, Ordner AG-BL – BLK bis 1992.

der schwierigen Aufgabe, stellvertretend für einen vorab festgelegten Forschungs- bzw. Themenbereich aus den Reihen der Blauen Liste zu sprechen. Zu diesen Bereichen gehörten 1. die wirtschaftswissenschaftlichen Institute (Giersch), 2. die geistes- und erziehungswissenschaftlichen Institute sowie Informationseinrichtungen (Henrichs), 3. Museen und biologische Forschungseinrichtungen (Ziegler), 4. die medizinischen und naturwissenschaftlichen Einrichtungen (Schlipkötter). Im Zuge dessen kam es zu einem ersten gegenseitigen Austausch und zu persönlichen Kontakten zwischen den einzelnen Institutionen. Dies war zweifelsohne ein Novum innerhalb der Blauen Liste, was intern positive Reaktionen hervorrief. So hob Hans-Werner Schlipkötter ein erstes vorangegangenes Treffen mit den Spitzen der sieben medizinischen Blaue-Liste-Institute gar als „wichtiges Ergebnis“ des Forschungspolitischen Gesprächs hervor.⁴⁸

Die Heterogenität und die fehlende Verbindung der Einrichtungen waren trotz allem nicht von der Hand zu weisen. Keiner der vier Vertreter konnte bei dem Gespräch mit einer gemeinsamen Stimme für sein gesamtes Forschungsgebiet sprechen. Ideen zur größeren Verflechtung der einzelnen Blaue-Liste-Institute spielten überhaupt keine Rolle. Im Anschluss an das Gespräch erklärten sich Bund und Länder vage dazu bereit, „Schwerpunktmaßnahmen zu ermöglichen und mittelfristige Planungen zu verbessern“, „Vorschläge zur Verbesserung des Wissenschafts- und Technologietransfers zu berücksichtigen“ sowie eine verstärkte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu unterstützen.⁴⁹

Die vier Wissenschaftler nahmen in den folgenden drei Jahren erneut für die Blaue Liste am nun jährlich stattfindenden Forschungspolitischen Gespräch teil. Inwieweit es im Vorfeld zu Austausch und gemeinsamen Beratungen zwischen den Instituten kam, lässt sich auf Grundlage des vorhandenen Quellenmaterials nicht rekonstruieren. Im Fall der biologischen Institute und Museen lud Willi Ziegler erst in Vorbereitung auf das 5. Forschungspolitische Gespräch 1988 zu erneuten persönlichen Beratungen ein.⁵⁰ Bei dem Gespräch mit den Ministern berichtete in diesem Jahr auf Wunsch der Bund-Länder-Kommission ausschließlich der wissenschaftliche Geschäftsführer des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Wolfgang Zapf, stellvertretend für die Blaue Liste. Durch seine langjährige Tätigkeit in der DFG-Senatskommission für Empirische Sozialforschung war er seit Längerem mit wissenschaftspolitischen Angelegenheiten vertraut. Er sprach sich während des Forschungspolitischen Gesprächs im Namen der Blaue-Liste-Einrichtungen vor allem für eine Flexibilisierung der finanziellen Förderung aus, beispielsweise in Bezug auf Stellenbesetzungen.⁵¹ Es ist bezeichnend, dass Zapf insgesamt nur wenige und sehr knappe Wortbeiträge beisteuerte, die inhaltlich

⁴⁸ Ebd., S. 90–92.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Brief von Willi Ziegler an Wolfgang Zapf vom 15.2.1998, in: HA WGL, Ordner AG-BL – BLK bis 1992.

⁵¹ BLK, Fünftes Forschungspolitisches Gespräch „Aktuelle Probleme der Forschungsförderung“ am 29. April 1988 in Bonn, überarbeitete Tonbandnachschrift, S. 83, in: HA WGL, Ordner AG-BL Gründung/Unterlagen.

wie quantitativ nicht mit denen der Präsidenten von DFG und Max-Planck-Gesellschaft vergleichbar waren. Daran zeigte sich die höhere Gewichtung der etablierten Wissenschaftsorganisationen gegenüber den Blaue-Liste-Instituten. Letztere konnten sich weder durch ein geschlossenes Auftreten in Gestalt einer Zentralverwaltung hervortun, noch erhielten sie zu diesem Zeitpunkt annähernd so hohe Fördergelder wie die anderen Organisationen. Die fehlende gemeinsame Stimme der Blaue-Liste-Einrichtungen brachte schließlich einzelne Institutsvertreter dazu, sich ab 1988 um eine aktive Verständigung untereinander zu bemühen. Wenngleich diese Initiative von Verwaltungsfachleuten kam, stellte sie die ersten Weichen für die Bildung der späteren Wissenschaftsgemeinschaft.

Erste Treffen der Blaue-Liste-Einrichtungen und die Gründung der Arbeitsgemeinschaft

Die Idee zu einer institutsübergreifenden Zusammenarbeit der Blaue-Liste-Einrichtungen war anfangs weniger von Überlegungen zu einem gegenseitigen wissenschaftlichen Austausch, sondern vor allem von administrativen und wissenschaftspolitischen Erwägungen getragen. Die maßgebliche Initiative hierzu ging im März 1988 vom Geschäftsführer des Deutschen Primatenzentrums (DPZ) in Göttingen, Johann W. von Krause, aus: In einem Rundschreiben wandte er sich an alle Verwaltungsleiter der Blaue-Liste-Einrichtungen und regte ein erstes gemeinsames Treffen an, um über administrative Problembereiche zu beraten.⁵² Dieser Vorschlag lag nicht zuletzt in Krauses beruflichem Werdegang begründet: 1986 wechselte er von der Max-Planck-Gesellschaft, wo er mehrere Jahre als Referent der Zentralverwaltung tätig war, an das 1977 gegründete Deutsche Primatenzentrum. Da die Räumlichkeiten des Instituts erst 1984 eingeweiht wurden, befanden sich sein wissenschaftlicher Betrieb und seine Verwaltung noch quasi im Anfangsstadium. Im Vergleich zu den zentralen Verwaltungsstrukturen der Max-Planck-Gesellschaft, so musste Krause schnell feststellen, waren die Administratoren des DPZ in Finanz- und Personalfragen sowie im Bereich Schutz und Verwertung von geistigem Eigentum auf sich alleine gestellt.⁵³ Hinzu kam ein Anliegen, das sich seitdem wie ein roter Faden durch die Entwicklungsgeschichte der Leibniz-Gemeinschaft zog: der Wunsch nach stärkerer Emanzipation von den zuständigen politischen Steuerungsorganen. Damals war es laut Krause insbesondere das Bundesforschungsministerium, das sich immer wieder in die Arbeit des Deutschen Primatenzentrums einmischen wollte. Diese Einflussnahme wollte Krause nicht hinnehmen, auch weil sein Selbstverständnis durch seine Zeit bei der Max-Planck-Gesellschaft geprägt war.

⁵² Rundbrief von Johann W. Krause an die Leiter / administrativen Leiter der Einrichtungen der Blauen Liste vom 4.5.1988, in: HA WGL, Ordner Blaue Liste – Erste Treffen.

⁵³ E-Mail Johann W. von Krause an die Autorin vom 5.6.2014.

Sowohl deren damaliger Präsident Reimar Lüst als auch deren früherer Generalsekretär Dietrich Ranft hatten ihm stets das Prinzip vermittelt, gute Wissenschaft müsse möglichst frei von politischer „Gängelung“ bleiben. Dieses Ziel konnte nach Vorstellung des DPZ-Geschäftsführers bei den Blaue-Liste-Einrichtungen nur durch eine intensive Zusammenarbeit als Gegengewicht zur politischen Steuerung erreicht werden.⁵⁴

Die Resonanz auf Krauses Rundschreiben war mit 50 Prozent Rückmeldungen recht verhalten. Dafür fielen die eingetroffenen Reaktionen überwiegend positiv aus, der Großteil der Institute hielt einen Austausch für sinnvoll. Nur wenige Einrichtungen standen einem Treffen eher ablehnend gegenüber, was sie vor allem mit der Vielfalt der Blaue-Liste-Einrichtungen begründeten, die keine flächendeckenden Gemeinsamkeiten zulasse. Nachdem sich auf einen zweiten Rundbrief von Krause doch noch weitere Institute meldeten, kamen am 14./15. September 1988 schließlich Vertreter von 26 der damals 48 Einrichtungen zum ersten Treffen ins Göttinger Primatenzentrum.

Im Vorfeld dieser Zusammenkunft hatte Krause den Aufbau einer koordinierten Öffentlichkeitsarbeit als Ziel formuliert. Mit Presse-Berichten über laufende Forschungsarbeiten der einzelnen Einrichtungen sollte eine bessere Wahrnehmung in Wissenschaft und Öffentlichkeit erreicht werden. Johann W. von Krause schlug zudem eine interne Zusammenarbeit in Gestalt von Vortragsreihen und die gemeinsame Koordination von haushaltsrechtlichen Fragen vor.⁵⁵ Während der Diskussionen machten die Institutsvertreter einige gemeinsame Problemfelder aus, etwa die Evaluierung durch den Wissenschaftsrat, bei der es nicht nur um wissenschaftliche Kompetenz, sondern auch um das Selbstverständnis der Institute ging. Bei den Vorstellungen der einzelnen Einrichtungen zeigte sich allerdings, dass nicht nur die Themenschwerpunkte, sondern auch die Rechts- und Organisationsformen teilweise stark differierten.⁵⁶

Allen Unterschieden zum Trotz war das Göttinger Treffen der Beginn von zwei Jahre andauernden Beratungen über eine geeignete Form der Zusammenarbeit. Im September 1988 setzten sich die Institutsvertreter zunächst das Ziel, gemeinsame Grundlagen für die Öffentlichkeitsarbeit zu bestimmen. Da sich auch in Haushaltsfragen, Tarifrecht und Vertragsrecht vergleichbare Problemlagen herauskristallisiert hatten, strebte man eine Verbesserung der Binnenstrukturen an. Ein zweiter Punkt waren die Außenbeziehungen, bei denen folgende Grundsätze vereinbart wurden: „a) keinesfalls soll das gemeinsame Vorgehen sich in einer Gemeinsamkeit im Klagen erschöpfen, vielmehr sollen gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet werden“; „b) alle Aktionen sollen darauf abzielen, die zuständigen Betreuungsministerien bei Bund und Ländern argumentativ

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Blaue Liste, was ist das? Entwurf einer Pressemitteilung, Göttingen 15.9.1988, in: HA WGL, Ordner Blaue Liste – Erste Treffen.

⁵⁶ Bericht über das 1. Treffen von Vertretern der Blaue-Liste-Institute am 14.9.1988 im Deutschen Primatenzentrum in Göttingen, in: HA WGL, Ordner Blaue Liste – Erste Treffen, S. 1.

und durch Informationen zu unterstützen, und nicht sie angreifen.“⁵⁷ Damit wurden Leitlinien formuliert, die bis zur Gegenwart das Selbstverständnis der heutigen Marke Leibniz prägen: Zum einen gehörte dazu der Gemeinschaftscharakter der Einrichtungen, die mit- und nicht gegeneinander arbeiten sollten. Zum anderen war ein gutes Verhältnis zu Bund und Ländern von Anfang an ein zentrales Anliegen. Eine untereinander kooperierende Blaue Liste sollte nicht als Gegenbewegung zur Politik, sondern als vermittelndes Instrument zwischen den Instituten und ihren Geldgebern wahrgenommen werden.

Das Sondierungsgespräch in Göttingen führte zur Gründung von drei Arbeitsgruppen, deren Aufgabe es war, für die nächste Sitzung Strategiepapiere zu entwerfen. Die erste Gruppe übernahm die Entwicklung eines Fragebogens und sammelte Informationen zu den teilnehmenden Instituten. Damit sollte eine gemeinsame Standortbestimmung vorgenommen werden.⁵⁸ Eine zweite Arbeitsgruppe befasste sich mit der Frage, wie die Institute in administrativen Fragen unterstützt werden könnten,⁵⁹ Grundlage dafür bot ein weiterer Fragenkatalog.⁶⁰ Die dritte Arbeitsgruppe war mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur gemeinsamen Zusammenarbeit auf dem Gebiet Außenbeziehungen, vor allen Dingen den Beziehungen zur Politik, betraut.⁶¹ Während des ersten Treffens wurde auch die Frage nach einer potentiellen Vertretungsstruktur für die Blaue Liste aufgeworfen, aber als verfrüht zurückgestellt.⁶² Erst einmal mussten sich die Blaue-Liste-Vertreter darüber verständigen, in welche Richtung sie ihre Zusammenarbeit steuern wollten. Hier ging es vor allem um die Frage, welche Organisationsmöglichkeiten sich für eine „von unten“ initiierte Kooperation überhaupt ergeben könnten.

Nach umfangreichen Vorbereitungen durch die Arbeitsgruppen fand das zweite Treffen der Institutsvertreter im Mai 1989 statt. Hierbei stand weiterhin die Frage nach einer allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtungen im Vordergrund. Diese sollte sich an der Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen

⁵⁷ Ebd., S.2. Mitglieder der Arbeitsgruppe: Bernd-Ulrich Biere, Institut für Deutsche Sprache; Strothmann, Informationszentrum Sozialwissenschaften; Georg Thurn, Wissenschaftszentrum Berlin; Rainer Wimmer, Institut für Deutsche Sprache.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Mitglieder: Wolfgang Grunow, Heinrich-Hertz-Institut; Michael G. Helmchen, Fachinformationszentrum Chemie; Hans-Olaf Henkel, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Georg Thurn, Wissenschaftszentrum Berlin.

⁶⁰ Der Fragebogen bestand aus drei Themenkomplexen: 1. Teil: Forschungspolitische Einordnung/Bestandsaufnahme (u. a. wissenschaftlicher Schwerpunkt, Abgrenzung zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmen); 2. Teil: Binnenstruktur (u. a. Verwaltung, tarifrechtliche Eingruppierungsmöglichkeiten, Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Personalstruktur); 3. Teil: Externe Kontakte (u. a. Presse, Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Veranstaltungen, zu universitären Einrichtungen im In- und Ausland, zu Zuwendungsgebern, zu Wirtschaft und Industrie).

⁶¹ Mitglieder: Thorsten Kapune, Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften; Johann W. von Krause, Deutsches Primatenzentrum; Wolfgang Schulze, Fachinformationszentrum Energie, Physik, Mathematik.

⁶² Bericht über das 1. Treffen von Vertretern der Blaue-Liste-Institute am 14.9.1988 im Deutschen Primatenzentrum in Göttingen, in: HA WGL, Ordner Blaue Liste – Erste Treffen, S. 3.

(AGF)⁶³ und der Max-Planck-Gesellschaft orientieren. Als Zielgruppe dieser Öffentlichkeitsarbeit sah man Ministerien, Parlamente und die Presse an. Angeregt wurde hierfür die Einrichtung eines Büros.⁶⁴ Darüber hinaus bildeten sich drei neue Arbeitsgruppen, um nach geeigneten Wegen zur Kooperation in den Bereichen Verwaltung, Organisation und Forschungspolitik zu suchen.⁶⁵ Über die Sondierungsgespräche und die Beschlüsse wurde die Bund-Länder-Kommission, die die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit von Beginn an unterstützte, in Kenntnis gesetzt. Die Kommission war insbesondere an der Einrichtung einer Geschäftsstelle der Blaue-Liste-Einrichtungen interessiert, um einen institutsübergreifenden Ansprechpartner zu erhalten.⁶⁶ Schließlich mussten die Einrichtungen bis dahin beispielsweise bei Fragen zu Wirtschaftsplänen, Personal und wissenschaftlichen Aktivitäten stets einzeln von der BLK-Geschäftsstelle kontaktiert werden.

Im letzten Drittel des Jahres 1989 konkretisierten sich die Vorstellungen über eine gemeinsame Interessenvertretung immer mehr. Der ursprüngliche Initiator Johann W. von Krause schied im Herbst in seiner Funktion als Geschäftsführer des Deutschen Primatenzentrums aus. Sein Nachfolger wurde Michael Lankeit, ebenfalls ein entschiedener Befürworter einer strukturierten Zusammenarbeit der Blaue-Liste-Einrichtungen. Bereits während seiner Zeit als Referent im Forschungsministerium waren Lankeit die Defizite der Blauen Liste ins Auge gefallen. Denn nicht nur die Bund-Länder-Kommission, sondern auch das Forschungsministerium musste immer wieder feststellen, dass ein zentraler Ansprechpartner für alle Einrichtungen fehlte. So fielen die Institute etwa in Bezug auf Sonderforschungsprogramme immer wieder durch das Raster.⁶⁷

Diese Problematik löste sich innerhalb der nächsten Monate. Wolfgang Grunow vom Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik präsentierte beim dritten Treffen der Blaue-Liste-Vertreter ein vom Arbeitskreis „Forschungspolitik“ ausgearbeitetes Modell, das erstmals die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zur Diskussion stellte. Sie sollte sich aus einem Vorstand als gemeinsamem Gremium für den internen und externen Informationsaustausch, verschiedenen Ausschüssen, einer jährlichen Mitgliederversammlung und einer Geschäftsstelle als ausführendem Organ des Vorstands zusammensetzen.⁶⁸ Wenngleich sich die Institutsvertreter an diesem Tag noch nicht über eine feste Struktur einig werden konnten, bestand zumindest Konsens über die

⁶³ Die AGF formierte sich 1970 aus einem Arbeitsausschuss lose verbundener Großforschungszentren, die größtenteils zu 70 Prozent vom Bund finanziert wurden und werden. AGF hatte keine Zentralverwaltung, womit die Forschungseinrichtungen ihre Eigenständigkeit in vollem Umfang behielten. 1995 wurde die AGF in die heutige Helmholtz-Gemeinschaft umgewandelt.

⁶⁴ Kurzprotokoll über das Treffen von Vertretern der Einrichtungen der Blauen Liste in Berlin am 8. Mai 1989 im WTB, S. 2, in: HA WGL, Ordner AG-BL – Gemeinsame Sitzungen und Gründung.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Ergebnisprotokoll über das Treffen von Vertretern der Einrichtungen der Blauen Liste am 13. November 1989 im Fachinformationszentrum Karlsruhe, S. 2 f, in: HA WGL, Ordner AG-BL.

⁶⁷ Interview mit Michael Lankeit am 18.11.2013 in Göttingen.

⁶⁸ Ebd., S. 5 f.

Schaffung eines festen organisatorischen Rahmens.⁶⁹ Am Ende bildete sich unter der Federführung von Wolfgang Grunow ein Organisationsausschuss, der auf der nächsten Sitzung im April 1990 zwei potentielle Modelle vorstellte: entweder eine nicht näher strukturierte Weiterführung der derzeitigen Zusammenarbeit in Form eines Informations- und Erfahrungsaustauschs bspw. durch Arbeitsgruppen oder – anknüpfend an die Vorschläge vom November 1989 – eine Organisation, repräsentiert durch die Arbeitsgremien Vorstand, Geschäftsstelle und regelmäßige Mitgliederversammlungen, nach dem Vorbild der Großforschungseinrichtungen. Die Organisationsstruktur der Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen war hierbei für die Vertreter der Blaue-Liste-Institute im Vergleich zu den Zentralverwaltungen von Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft die naheliegendere Option, schließlich sollten die Einrichtungen ihre institutionelle Eigenständigkeit behalten.⁷⁰ Für das zweite Modell legte der Ausschuss auch einen Satzungsentwurf vor. Der planerische Etat sollte maximal 150.000 DM umfassen und über Mitgliedsbeiträge finanziert werden.⁷¹ Die Sitzungsteilnehmer einigten sich auf dieses Modell und erteilten dem Gründungsausschuss grünes Licht für die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft. Ferner vereinbarten die Sitzungsteilnehmer, die Blaue Liste künftig in acht thematisch ausgerichtete Sektionen zu unterteilen.⁷²

Am 28. Juni 1990 einigten sich die Mitglieder des Gründungsausschusses auf einen überarbeiteten Satzungsentwurf: Paragraph 1 betonte Zielsetzung, Aufgaben und Zweck der Arbeitsgemeinschaft, wobei vor allem die fortbestehende Eigenständigkeit ihrer Mitglieder herausgestellt wurde. Zu den Zielen und Aufgaben gehörten unter anderem der regelmäßige Erfahrungs- und Informationsaustausch, sowie die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen der Mitglieder nach außen.⁷³ Ein erneut leicht überarbeiteter Satzungsentwurf wurde von den Institutsvertretern bei ihrem fünften Treffen am 22. Oktober 1990 angenommen. Mit der Abstimmung über die Satzung sagten 25 der 26 anwesenden Einrichtungen per Unterschrift ihre verbindliche Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft zu, acht weitere hatten bereits im Vorfeld signalisiert, voraussichtlich beitreten zu wollen.⁷⁴

Nur drei Monate später, am 24. Januar 1991, fand die erste Mitgliederversammlung der nunmehr 33 Einrichtungen zählenden „Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste“ (AG-BL) in Dortmund statt. Hauptthemen waren die Bestimmung der Geschäftsstelle und des Geschäftsführers, die Erstellung eines vorläufigen Wirtschaftsplans, das Arbeitsprogramm

⁶⁹ Ebd., S. 7.

⁷⁰ Interview mit Michael Lankeit am 18. November 2013 in Göttingen.

⁷¹ Protokoll des 4. Treffens der „Blaue-Liste-Einrichtungen“ im Römisch-Germanischen Zentralmuseum, Forschungsinstitut für Vor- und Frühgeschichte, Mainz am 2.4.1990. S. 2, in: HA WGL, Ordner AG-BL.

⁷² Ebd., S. 3 f.

⁷³ Entwurf Modell 2: Satzung der Arbeitsgemeinschaft Forschungseinrichtungen (Blaue Liste), in: HA WGL, Ordner AG-BL.

⁷⁴ Protokoll des 5. Treffens der Einrichtungen der Blauen Liste am 22.10.1990 im FIZ CHEMIE Berlin, S. 6, in: HA WGL, Ordner AG-BL.

der AG-BL sowie Wahl und Konstituierung der Ausschüsse. Die Geschäftsführung übernahm Wolfdieter Homann vom Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund, wo nach einstimmigem Beschluss auch die Geschäftsstelle angesiedelt werden sollte.⁷⁵ Weiterhin erfolgte die Gründung von drei Ausschüssen: 1. Personal und Haushalt (Vorsitzender: Michael Lankeit, DPZ), 2. Neue Bundesländer / Ost-West-Problematik (Vorsitzender: Wolfgang Grunow), 3. Forschung und Forschungsförderung (Vorsitzende: Katharina Beyen, Medizinisches Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf). Der neu bestimmte Vorstand setzte sich aus je einem Vertreter der acht neu gebildeten Sektionen zusammen: (I) Geistes- und Sozialwissenschaften, (II) Wirtschaftswissenschaften, (III) Erziehungswissenschaften, (IV) Medizin, (V) Biologie, (VI) andere Naturwissenschaften, (VII) Information und Dokumentation, (VIII) Museen. Wolfgang Zapf, Vertreter der Sektion I, übernahm das Amt des Sprechers des Vorstandes, Michael Lankeit wurde stellvertretender Sprecher.⁷⁶



Geschäftsstelle: Wolfdieter Homann, Elke Weigl, Erika Busch, v.l.

Quelle: WBL-Journal 1/1994, S. 2.

Die Ausschüsse trafen sich während des Jahres 1990 noch eher sporadisch. Der Ausschuss Personal und Haushalt tagte immerhin ein Mal im Juni, während die beiden anderen sich erst im Jahr 1992 das erste Mal zusammensetzten. Die Geschäftsstelle am Dortmunder Institut für Arbeitsphysiologie kümmerte sich in den folgenden Monaten um Absprachen mit der Bund-Länder-Kommission, den Großforschungseinrichtungen und dem Bundesforschungsministerium, erstellte Mitteilungen und Rundbriefe für die Institute der Blauen Liste und bot telefonische Beratungen insbesondere im Rahmen der

⁷⁵ Arbeitsgemeinschaft der Institute der Blauen Liste (AG-BL), Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24.1.1991, S. 7, in: HA WGL, Ordner AG-BL Mitgliederversammlung I.

⁷⁶ Ebd., S. 5.



Gründungsversammlung der AG-BL am 26.11.1991

Quelle: WBL-Journal 1 / 1994, S. 5.

Institutsgründungen in den neuen Bundesländern an.⁷⁷ Ende 1991 lag eine erste Jahresdokumentation vor, die den Aufbau der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste und ihre zu diesem Zeitpunkt 33 Einrichtungen beschrieb.⁷⁸ Eine weitere grundlegende Aufgabe der Geschäftsstelle war die Vorbereitung der offiziellen Gründungsversammlung, die erst zehn Monate nach der eigentlichen Gründung der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste erfolgte. Während die erste Mitgliederversammlung im Januar 1991 noch ohne Einbeziehung der Öffentlichkeit vonstatten ging, wurde die Gründungsversammlung am 26. November 1991 mit einer anschließenden Pressekonferenz verbunden. So versandte die Geschäftsstelle im Vorfeld eine Pressemitteilung an eine Reihe lokaler und überregionaler Medien, in der das fehlende öffentliche Bewusstsein für die Blaue Liste, die bislang fehlende Interessenvertretung und die Vielfalt der Einrichtungen thematisiert wurden.⁷⁹

Trotz zahlreich versandter Einladungen nahmen nur sehr wenige regionale Pressevertreter an der Konferenz teil. Überregionale Medien wie *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Süddeutsche Zeitung* sowie die *dpa* sagten nicht einmal ab. Auch das politische Interesse an der Gründungsversammlung hielt sich in Grenzen. Als Festredner konnte immerhin der damalige Staatssekretär im Bundesforschungsministerium, Gebhard Ziller, gewonnen werden, der ein Bekenntnis zur gemeinsamen Forschungsförderung ablegte, allerdings auch auf die Heterogenität und schwere Fassbarkeit der Blauen Liste hinwies.⁸⁰ Sowohl in Zillers als auch in Wolfgang Zapfs Festrede spielte die bevorstehende

⁷⁷ Geschäftsbericht zur Arbeit der Geschäftsstelle, Zeitraum: 24.1.1991–25.11.1991, S. 2, in: HA WGL, Ordner AG-BL Mitgliederversammlung I.

⁷⁸ Arbeitsgemeinschaft Forschungseinrichtungen Blaue Liste AG-BL, Dokumentation 1991, Bonn 1991.

⁷⁹ AG-BL, Pressemitteilung, November 1996, in: HA WGL, Ordner AG-BL Mitgliederversammlung I.

⁸⁰ Ansprache von Gebhard Ziller zur Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Forschungseinrichtungen Blaue Liste am 26.11.1991, in: HA WGL, Ordner AG-BL Mitgliederversammlung I.

Eingliederung der ostdeutschen Institute eine zentrale Rolle. Für Zapf brachte die Aufnahme von über 30 Mitgliedern Bewegung in die erstarrte Blaue Liste. Jahrelang habe sie „den Makel der Unbeweglichkeit, der Selbstblockade“ mit sich herumgetragen.⁸¹ Zapfs Worte kamen nicht von ungefähr. Die Anfangszeit der AG-BL verlief parallel zur Zusammenführung der deutschen Wissenschaft, bei der dem Fördermodell der Blauen Liste eine Schlüsselposition zukommen sollte.

⁸¹ Ebd.; Ansprache von Wolfgang Zapf zur öffentlichen Gründungsversammlung am 26.11.1991, S. 1, in: Ordner HA WGL, AG-BL Mitgliederversammlung I.

3. Die Wiedervereinigung der deutschen Wissenschaft

Zur Forschungslandschaft in der DDR

Um die wissenschaftliche Wiedervereinigung und die damit verbundene Rolle der Blauen Liste historisch zu verorten, muss zunächst der Blick auf die Situation der ostdeutschen Institute im Staatssozialismus gerichtet werden. Denn nach dem Zusammenbruch der DDR mussten zwei völlig unterschiedliche Wissenschaftssysteme zusammengeführt werden, die über Jahrzehnte weitgehend abgeschlossen voneinander existierten. Sowohl Hochschulen als auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen hatten in der Bundesrepublik und der DDR unterschiedliche Entwicklungen durchlaufen. Die Forschungslandschaft in der DDR setzte sich aus folgenden vier Bereichen zusammen: a) Wissenschaftliche Akademien, b) Forschungs- und Entwicklungsstellen der Industrie, c) Zentrale Parteiinstitute der SED und d) Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen.⁸² Die wichtigste Forschungsinstitution der DDR war die Akademie der Wissenschaften (AdW), die bis zum Ende der 1980er Jahre insgesamt rund 22.000⁸³ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigte. Den größten Bereich der ostdeutschen Forschung stellte jedoch nicht die AdW dar, sondern die Industrie; dort waren 62 Prozent des Forschungspersonals beschäftigt.⁸⁴ In der marxistisch-leninistischen Ideologie bildeten Politik und Wissenschaft eine „dialektische Einheit“, woraus die SED- und Staatsführung „das Recht auf die grundsätzliche Anleitung der Wissenschaft in Form von Planung, Steuerung und Kontrolle sowie die Erwartungen spezifischer Leistungen“ ableitete.⁸⁵ Die Wissenschaft wurde stark politisiert und „von oben“ gesteuert, jedoch gab es auch wechselseitige Einflüsse und Ansätze der wissenschaftlichen Selbstorganisation.⁸⁶ Dies stellte einen wesentlichen Unterschied zur Bundesrepublik dar.

⁸² Günther Lauterbach, *Forschungsorganisation in der DDR*, Erlangen 1976, S. 6.

⁸³ Zu den Beschäftigten der Akademie der Wissenschaften existieren unterschiedliche Angaben, so schreibt Renate Mayntz von 24.000. Mayntz, *Deutsche Forschung*, S. 41.

⁸⁴ Horst Klinkmann, *Die Situation der Akademie der Wissenschaften*, in: Clemens Burrichter / Eckhart Förtsch (Hg.), *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven*. XIX. Erlanger Werkstattgespräch 7. bis 9. November, Bonn 1990, S. 33–36, hier S. 33.

⁸⁵ Jürgen Kocka, *Wissenschaft und Politik in der DDR*, in: Ders. / Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, S. 435–459, hier S. 438 f.

⁸⁶ Ebd., S. 454 f.

Zwar standen die Forschungsorganisationen und Königsteiner- / Blaue-Liste-Institute unter einem gewissen staatlichen Einfluss, weil Bund und Länder insbesondere bei Letzteren über die zu fördernden Einrichtungen entschieden. Aber im Unterschied zu denen der DDR konnten die außeruniversitären Einrichtungen des Westens ihren Forschungsprojekten weitgehend ohne inhaltliche politische Vorgaben nachgehen.

Es ist ein grundlegender Kritikpunkt, dass der Ausbau der außeruniversitären Forschung in der DDR deren Hochschulen zu „reinen Lehranstalten“ ohne Forschungsambitionen gemacht habe.⁸⁷ Diese Auffassung vertrat auch der Wissenschaftsrat, der 1990 Empfehlungen für die Vereinigung der deutschen Forschung herausgab: Anders als im Westen sei in der DDR der Großteil der Forschung in die außeruniversitären Einrichtungen verlegt worden. Dadurch sei das Verhältnis zwischen Lehre und Forschung an den ostdeutschen Universitäten weniger ausgewogen gewesen als in der Bundesrepublik.⁸⁸ Diese Thesen sind vom Leipziger Historiker Matthias Middell jedoch relativiert worden. Das oft angeführte Argument des „Auszugs der Forschung aus den Universitäten“ ginge fehl in der Annahme, dass Forschungsaktivitäten an den DDR-Hochschulen gänzlich fehlten. Vielmehr sieht Middell das ostdeutsche Wissenschaftssystem als einen „Parallelkosmos“ an, der sich ab den 1970er Jahren entwickelte und in den 1980er Jahren zu einem gewissen Übergewicht der außeruniversitären Forschung gegenüber den Hochschulen führte.⁸⁹

Während der deutschen Teilung gab es zwischen ost- und westdeutscher Wissenschaft nur begrenzte Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch. Insbesondere ostdeutsche Forscher und Studenten konnten über weite Phasen kaum in die Bundesrepublik einreisen. In den 1950er Jahren nutzte das SED-Regime Besuche von DDR-Forschern bei bundesdeutschen Kongressen zunächst noch als Propagandamittel, um Anerkennung für seine Politik zu erlangen. Auch die in diesem Zeitraum ausgesprochenen Einladungen an westdeutsche Wissenschaftler in die DDR erfolgten aus Repräsentationsgründen. Im letzten Drittel des Jahrzehnts wurde die ostdeutsche Wissenschaft immer mehr zum Instrument der SED-Anerkennungspolitik, gleichzeitig wurden Reisen in den Westen staatlich immer mehr eingeschränkt, was das BRD-Einreiseverbot für Studenten 1957 untermauerte.⁹⁰ Nach dem Mauerbau 1961 unterbrachen die beiden deutschen Staaten ihren wissenschaftlichen Austausch über zwei Jahre nahezu vollständig: Das SED-Regime untersagte alle Ausreisen nach Westdeutschland, die Bundesregierung setzte für das eigene Land und die NATO-Verbündeten ein Einreiseverbot für DDR-Wissenschaftler durch. Zwar wurden diese Einreiseverbote Mitte der 1960er Jahre wieder gelockert, allerdings stand der wieder aufgenommene deutsch-deutsche

⁸⁷ Middell, Auszug der Forschung, S. 285.

⁸⁸ Wissenschaftsrat, Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen, Berlin 1990, S. 31.

⁸⁹ Middell, Auszug der Forschung, S. 297–299.

⁹⁰ Jens Niederhut, Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, Köln 2007, S. 308 f.

Wissenschaftsaustausch unter strenger Kontrolle des DDR-Regimes. Insbesondere in der Honecker-Ära sandte man von Regierungsseite nur noch ausgewählte Wissenschaftler nach Westdeutschland, um zu garantieren, dass diese die sozialistische Ideologie vertraten.⁹¹ Nachdem 1972 ein angestrebtes deutsch-deutsches Kulturabkommen scheiterte, war der Wissenschaftsaustausch zwischen den beiden Staaten für viele Jahre erneut nahezu blockiert. Ein reger wissenschaftlicher Austausch entwickelte sich erst wieder in den letzten Jahren der deutschen Teilung. 1982 ließ Erich Honecker neue Verhandlungen zum Kulturabkommen zu, die diesmal erfolgreich abgeschlossen wurden. Am 6. Mai 1986 trat das Kulturabkommen in Kraft, gut ein Jahr später unterzeichneten BRD und DDR das Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ). Die Akademie der Wissenschaften und die Deutsche Forschungsgemeinschaft vereinbarten 1988 eine Kooperation, mehrere Universitäten schlossen Partnerschaften.⁹² Auch entwickelten sich Kontakte zwischen Blaue-Liste- und Akademieinstituten, die sich aber auf einzelne Einrichtungen beschränkten. Ideologische Einflüsse, insbesondere im Fall der Geisteswissenschaften, machten die Kooperation nicht einfach. Gleichwohl bestanden noch vor der Wiedervereinigung Kooperationen zwischen dem Institut für Deutsche Sprache in Mannheim sowie dem Institut für Zeitgeschichte in München und DDR-Einrichtungen.⁹³ Aufgrund der geographischen Nähe besuchten einige Wissenschaftler aus Ost-Berlin noch vor 1989 regelmäßig die Bibliothekstage des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).⁹⁴ Derartige Kontakte waren jedoch Ausnahmereisungen.

Die Transformation nach 1989

Die Verständigungen zwischen ost- und westdeutschen Wissenschaftlern und Wissenschaftspolitikern erfolgten unmittelbar nach dem Mauerfall im November 1989. Der Minister für Wissenschaft und Technik in der Regierung Modrow, Peter-Klaus Budig, und Bundeswissenschaftsminister Heinz Riesenhuber sprachen zu Beginn des Jahres 1990 mehrfach über Kooperationsmöglichkeiten, die auf der Basis des Abkommens über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit ausgeweitet werden sollten. Das Bundesforschungsministerium sah sich in dieser Frühphase der politischen Wende als ein zentraler Akteur und Koordinator in der Zusammenführung west- und ostdeutscher

⁹¹ Ebd., S. 212.

⁹² Ebd., S. 242–245 und S. 248.

⁹³ Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), *Deutsche Forscher finden zueinander – Neue Schwerpunkte in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in der DDR*, Bonn 14. März 1990, S. 9, in: HA WGL, Ordner AG-BL Ausschüsse.

⁹⁴ Wolfgang Zapf, *Erfahrungen bei der Integration der Wissenschaftler im Vereinigungsprozess*, in: Nikolai Genov/Reinhard Kreckel (Hg.), *Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag*, Berlin 2007, S. 147–154, hier S. 150.

Forschung.⁹⁵ Die Vertreter des Bundesforschungsministeriums berieten sich im bestehenden Netzwerk von Bund-Länder-Kommission, Wissenschaftsrat und Forschungsorganisationen, um forschungspolitische Vereinbarungen für den Einigungsvertrag vorzubereiten.⁹⁶ Insbesondere die Fraunhofer-Gesellschaft engagierte sich für die Zusammenarbeit mit den Akademieinstitutionen. Fraunhofer-Präsident Max Syrbe und Peter-Klaus Budig schlossen im Februar 1990 eine Kooperationsvereinbarung, die unter anderem Austauschprogramme für Wissenschaftler, Workshops zum Thema Forschungsmanagement und Vorschläge für Verbundprojekte beinhaltet.⁹⁷

Mit Gründung der neuen Bundesländer zeichnete sich rasch eine Beibehaltung des westlichen Modells der Forschungsfinanzierung ab – nicht zuletzt, weil der Bund dadurch seinen Einfluss bewahren wollte. Im Hinblick auf die Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer setzte sich das in Artikel 38 des Einigungsvertrags aufgegriffene Schlagwort der „Einpassung“ in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem durch.⁹⁸ Doch noch bevor Artikel 38 im Oktober 1990 die rechtliche Grundlage für das gesamtdeutsche Forschungssystem wurde, veröffentlichte der Wissenschaftsrat im Juli desselben Jahres seine zwölf Empfehlungen zur Weiterentwicklung einer fusionierten deutschen Wissenschaft und Forschung. Darin betonte der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit einer föderalen Forschungslandschaft und wies darauf hin, dass es nicht nur darum gehen dürfe, „das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen“. Vielmehr habe nun auch die westdeutsche Wissenschaft die Möglichkeit, ihr System auf potentielle Reformen hin zu überprüfen.⁹⁹ Empfohlen wurde unter anderem, eine moderne und funktionstüchtige Infrastruktur der ostdeutschen Forschung aufzubauen. Da die Arbeitsbedingungen und Grundausstattungen in den Einrichtungen der DDR um einiges schlechter als im Westen waren, empfahl der Wissenschaftsrat Maßnahmen, die im Wesentlichen den vorher erarbeiteten Konzepten der Fraunhofer-Gesellschaft entsprachen: Austauschprogramme und Gastaufenthalte, Seminare für ostdeutsche Wissenschaftler und die Einrichtung von Nachwuchsgruppen in den neuen Bundesländern.¹⁰⁰

Nach der Herausgabe seiner Empfehlungen begann der Wissenschaftsrat im September 1990, alle ostdeutschen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu begutachten und über ihre Umwandlung oder Auflösung zu entscheiden. Bis Ende Juni 1991 wurden insgesamt über 130 außeruniversitäre Institutionen

⁹⁵ Stucke, Westdeutsche Wissenschaftspolitik, S. 6.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Helmut Trischler / Rüdiger vom Bruch, Forschung für den Markt. Die Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999, S. 199.

⁹⁸ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag, Artikel 38, Ziff. 1.

⁹⁹ Wissenschaftsrat, Perspektiven, S. 6.

¹⁰⁰ Ebd., S. 25 f.

geprüft.¹⁰¹ Diese Evaluierung bezog sich vorrangig auf die Akademie der Wissenschaften, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften sowie die Bauakademie, die allesamt durch den Einigungsvertrag faktisch aufgelöst und deren Einrichtungen bis zur abgeschlossenen Begutachtung in die Hände ihres jeweiligen Sitzlandes übergeben wurden. Ihre Finanzierung war laut Einigungsvertrag zunächst bis zum 31. Dezember 1991 durch Bund und Länder gesichert.¹⁰²

Nicht zuletzt aus diesem Grund sollte die angestrebte Fusion der beiden Wissenschaftssysteme vor allem möglichst schnell vonstattengehen. Für die Umsetzung der positiven Empfehlungen des Wissenschaftsrats setzte sich die zum Ende des Jahres 1990 gegründete Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute der ehemaligen AdW und der DDR (KAI-AdW) ein. Die KAI-AdW war zwar formell eine Ländereinrichtung, wurde aber auch durch Personal des Bundesforschungsministeriums unterstützt. So ernannte das BMFT Ministerialrat Hartmut Grübel zum Geschäftsführer.¹⁰³ Die Aufgaben der KAI-AdW reichten von der Unterstützung der neu gegründeten Institute auf den Gebieten Personal, Finanzen, Vermögen und Recht bis hin zu Vermittlungen von ehemaligen Mitarbeitern der aufgelösten Akademien. Dazu gehörte vor allem das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP), das 2.000 entlassenen Akademieangestellten eine finanzielle Förderung zur späteren Eingliederung in eine Hochschule ermöglichte.¹⁰⁴ Gemeinsam mit den Beschäftigten, die in den neu gegründeten Instituten der ehemaligen DDR weiterbeschäftigt wurden, blieben insgesamt zwischen 40 und 50 Prozent der Mitarbeiter im wissenschaftlichen Bereich tätig. Blickt man jedoch ausschließlich auf die außeruniversitäre Ebene, betrug die Anzahl der Weiterbeschäftigungen im Jahr 1992 weniger als ein Drittel.¹⁰⁵ Dieser erhebliche Stellenabbau hing damit zusammen, dass rund zehn Prozent der außeruniversitären Einrichtungen gänzlich aufgelöst wurden und es teilweise zu Verschmelzungen mehrerer Institute kam. In diesem Fall war von „Umgründungen“ die Rede.¹⁰⁶ Die Abwicklung der ehemaligen Akademieinstitute führte folglich zu einem regelrechten Kahlschlag in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft.

Mit der Neu- beziehungsweise Umgründung außeruniversitärer Einrichtungen in den neuen Bundesländern hing natürlich die Frage nach ihrem künftigen Finanzierungsmodell zusammen. Für die „Einpassung“ standen neben den Hochschulen vor allem die bestehenden Säulen der außeruniversitären Forschung zur Verfügung: Max-

¹⁰¹ Over / Tkocz, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, S. 38.

¹⁰² Einigungsvertrag, Art. 38, Ziff. 2. Die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften wurde von ihren Forschungseinrichtungen getrennt.

¹⁰³ Vgl. Mayntz, Deutsche Forschung, S. 222 f.

¹⁰⁴ Vgl. ebd., S. 228–232.

¹⁰⁵ Werner Meske, Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems: Eine Zwischenbilanz, in: Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) Online verfügbar unter: <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/50928/1/153172878.pdf> [27.8.2013].

¹⁰⁶ Siehe dazu ausführlich Mayntz, Deutsche Forschung, S. 194–197.

Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen sowie die Blaue Liste. Nach Abschluss der Begutachtungen veröffentlichte der Wissenschaftsrat im Juli 1991 seine Empfehlungen für die künftige Struktur der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern. Während der Wissenschaftsrat jeweils drei Neugründungen von Max-Planck-Instituten und Großforschungseinrichtungen sowie die Neugründung von acht Fraunhofer-Einrichtungen empfahl, kam der Blauen Liste mit ihrem bewährten Fördermodell die bedeutendste Rolle zu. Dies lag zunächst an der besonders flexiblen Struktur und der thematischen Bandbreite der Blauen-Liste-Einrichtungen. Für etwa 30 neu gegründete Institute war eine Übernahme in die Blaue Liste vorgesehen, wodurch 4.300 Stellen für ostdeutsche Wissenschaftler geschaffen werden sollten.¹⁰⁷ Zum anderen waren die Alternativen aus einschlägigen Gründen begrenzt: Die Max-Planck-Gesellschaft lehnte es unmittelbar nach der Wiedervereinigung ab, neue Institute im Osten zu gründen. Stattdessen richtete man befristete Arbeitsgruppen an den Hochschulen der ehemaligen DDR ein. Nur langsam begann die Gesellschaft in den folgenden Jahren mit der Gründung ostdeutscher Max-Planck-Institute.¹⁰⁸ Die Spitze der MPG machte keinen Hehl aus ihren Zweifeln an der Qualität der DDR-Forschung. Der scheidende Präsident, Heinz A. Staab, kritisierte die fehlende Kooperationsbereitschaft der Akademie der Wissenschaften und monierte, dass sich auch nach der Wende nichts an deren Führungsstrukturen geändert habe. Sein Nachfolger Hans Zacher gab sich nicht weniger ablehnend, indem er speziell die ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaften öffentlich als eine „Wüste“ bezeichnete.¹⁰⁹ Zacher relativierte diese Äußerungen zwar im Nachhinein, trotzdem blieb der Terminus der „Wüste“ vor allem im medialen Diskurs um die Wiedervereinigung der deutschen Wissenschaft hartnäckig bestehen.¹¹⁰ Die Fraunhofer-Gesellschaft zeigte sich zwar äußerst kooperativ, konnte aufgrund ihrer Forschungsschwerpunkte aber keine Geistes- und Sozialwissenschaften beheimaten. Hinzu kam erneut der Aspekt der staatlichen Einflussmöglichkeiten. Im Gegensatz zur Blauen Liste genoss die Fraunhofer-Gesellschaft mittlerweile – ähnlich wie die Max-Planck-Gesellschaft – eine hohe Entscheidungsautonomie.¹¹¹

Die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats erfolgte schließlich größtenteils zum Ende des Jahres 1991. Bis zu diesem Zeitpunkt waren unter anderem rund 13 neue Landesforschungseinrichtungen und die drei empfohlenen Großforschungseinrichtungen gegründet worden. Die Fraunhofer-Gesellschaft errichtete acht neue Institute und zwölf Außenstellen bestehender Einrichtungen. Bei der Max-Planck-

¹⁰⁷ Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern – Allgemeiner Teil, Köln 1992, S. 22–26.

¹⁰⁸ Hans Joachim Meyer, Wissenschaft und Föderalismus, in: Leibniz-Journal 1/2012, S. 28.

¹⁰⁹ N.n., Wüste, in: FAZ, 21.6.1990, S. 31.

¹¹⁰ N.n., Keine Wüste, in: FAZ, 20.11.1990, S. 37; Gustav Seibt, Das Geld muss weg, in: FAZ, 19.9.1991, S. 33; n.n., Im Mittelmaß Weltspitze, in: Der Spiegel, 23.9.1990, S. 136–141; M. Doerry, „Ihr habt viele niedergemäht“, in: Der Spiegel, 1.7.1991, S. 40–47.

¹¹¹ Trischler, Forschung für den Markt, S. 203.

Gesellschaft entstanden immerhin zwei neue Institute, zwei Außenstellen von Instituten, 29 Arbeitsgruppen an Hochschulen und eine Trägereinrichtung für geisteswissenschaftliche Zentren. Hinzu kamen unter anderem mindestens 13 Landesforschungseinrichtungen.¹¹² Mit 31 neuen Einrichtungen stellte die Blaue Liste zweifelsohne das größte „Auffangbecken“ für die Akademieinstitute dar. Im Laufe des Jahres 1992 kamen noch drei weitere Neugründungen dazu, so dass die Gesamtzahl der Institute der Blauen Liste nunmehr bei 81 lag. 30 der 34 neu hinzugekommenen Einrichtungen traten der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste bei, die damit Ende 1992 insgesamt 72 Mitglieder vorweisen konnte. Unter den Neuaufnahmen waren Forschungseinrichtungen, die sich – ähnlich wie eine Reihe der westlichen Institute – auf eine längere Tradition vor 1945 stützen konnten. Die am weitesten zurückliegenden Wurzeln wies das Astrophysikalische Institut Potsdam auf. Es geht auf die Gründungen der Berliner Sternwarte (1700) sowie des Astrophysikalischen Observatoriums Potsdam (1874) zurück. Im Jahr 1969 entstand unter anderem aus diesen beiden Einrichtungen das Zentralinstitut für Astrophysik der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.¹¹³ Die Vorgänger anderer neu gegründeter Akademie-Institute wie das Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere¹¹⁴ in Dummerstorf (FBN) und das (heutige Leibniz-) Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben (IPK) wurden vor 1945 als Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ins Leben gerufen (1939 und 1943).

Die „Einpassung“ in die Blaue Liste

Bei der Aufnahme der neu gegründeten Akademieeinrichtungen in die Blaue Liste kam der vielfach herausgestellten Übertragung westdeutscher Modelle eine wichtige Rolle zu. Dennoch war es ein wissenschaftspolitisches Anliegen, den neu gegründeten Akademie-Instituten eigene Entfaltungsmöglichkeiten zu geben. Der Wissenschaftsrat hatte dies schon 1990 in seinen Empfehlungen unterstrichen, und noch Anfang 1992 betonte sein Vorsitzender, Dieter Simon, die außeruniversitäre Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern solle „keinesfalls eine Kopie der westdeutschen Verhältnisse“ werden.¹¹⁵ In der Praxis konnten diese Vorsätze nicht ganz eingehalten werden. Die 34 Institute der ehemaligen DDR erhielten überwiegend westdeutsche Direktoren und Verwaltungsleiter, um die Reorganisation schnell voranzutreiben. Besonders im Bereich der Verwaltungen kam es zu einer sehr weitgehenden Verwestlichung. Die verbliebenen Mitarbeiter aus der ehemaligen DDR mussten zunächst in die etablierten bundesdeutschen

¹¹² Vgl. Over/Tkocz, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, S. 79 f.

¹¹³ Vgl. den geschichtlichen Überblick auf der Homepage des Astrophysikalischen Instituts: <http://www.aip.de/de/institut/geschichte> [28.3.2014].

¹¹⁴ Heutiger Name: Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (FBN).

¹¹⁵ Wissenschaftsrat, Neue Hochschul- und Forschungslandschaft im Osten Deutschlands, Pressemitteilung, 10.1.1992.

Verwaltungsstandards und rechtlichen Rahmenbedingungen eingeführt werden. Neben entsprechenden Angeboten vonseiten der KAI-AdW bemühte man sich im Kreis der Blauen Liste-Einrichtungen um unterstützende Fortbildungsmaßnahmen. Diese folgten keiner einheitlichen Struktur, sondern unterlagen individuellen Engagements, weil dazu ein offizielles Steuerungsorgan innerhalb der AG-BL fehlte. Ebenso war der finanzielle Handlungsspielraum stark begrenzt. So hatte der für die Belange der Wiedervereinigung gegründete Ausschuss Ost-West-Problematik/Neue Bundesländer keine sonderlich große Bedeutung. Der Ausschuss traf sich erst im März 1992 zu einem Sondierungsgespräch, nachdem Anfang des Jahres der Großteil der neu gegründeten Institute in die Blaue Liste integriert worden war.¹¹⁶ Im Anschluss leitete der Ausschuss Maßnahmen zur Unterstützung in vordergründig administrativen Problemfeldern in die Wege, die den schon länger bestehenden Angeboten der KAI-AdW sehr ähnelten. Dies schloss unter anderem Hilfe bei der Erstellung von Wirtschaftsplänen, Personalbewertungen und Gehaltseinstufungen sowie beidseitige Gastaufenthalte west- und ostdeutscher Forscher mit ein. Der Ausschuss sorgte für entsprechende Mitarbeiterschulungen, die in der Dortmunder Geschäftsstelle durchgeführt wurden.¹¹⁷ Alles in allem hatte er die Funktion einer Beratungsstelle, an die sich die neuen Einrichtungen bei Bedarf wenden konnten.

Ähnliche Problemfelder wie Ausstattung und Personalschulung standen auch bei den Treffen des Ausschusses Personal/Verwaltung im Vordergrund.¹¹⁸ Die Personal- und Verwaltungsvertreter traten Ende Oktober 1991 zum ersten Mal in Anwesenheit von je einem Repräsentanten aus der Bund-Länder-Kommission und dem Bundesforschungsministerium zusammen.¹¹⁹ Hintergrund für die Teilnahme der Bund- und Länderangehörigen war ein im August 1991 versandtes Schreiben des Forschungsministeriums, in dem es die Vorsitzenden der Blauen Liste- und Großforschungseinrichtungen aufforderte, Stellung zu ihren möglichen administrativen Hilfsmaßnahmen für die ostdeutschen Institute zu beziehen. Dringend erforderlich waren laut Forschungsministerium nämlich „die Bestellung kommissarischer administrativer Geschäftsführer“ und die „wenigstens vorübergehende Entsendung von Personen mit Personal- und Haushaltserfahrung“.¹²⁰ Die Resonanz auf das Schreiben zeigte, wie wenig sich der überwiegende Teil bis dato mit der prekären Situation der Einrichtungen in den neuen Bundesländern beschäftigt hatte. Innerhalb der AG-BL ergaben sich

¹¹⁶ Kurzprotokoll über die Sitzung des Ausschusses „Neue Bundesländer“ der Arbeitsgemeinschaft „Blaue-Liste-Institute“ am 23. März 1992 im HHI, Berlin, in: HA WGL, Ordner AG-BL – Ausschüsse.

¹¹⁷ AG-BL, Protokoll der Gründungsversammlung 26.11.1991 in Bonn, S. 4, in: HA WGL, Ordner Neuordnung Blaue Liste.

¹¹⁸ Niederschrift über die 2. Sitzung des Ausschusses „Personal/Verwaltung“ der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste (AG-BL) am 12./13. März im Institut für Zeitgeschichte in München (mit Gästen), S. 3, in: HA WGL, Ordner I AG-BL-Ausschuss.

¹¹⁹ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung, 26.11.1991, S. 7, in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

¹²⁰ Brief des Bundesministers für Forschung und Technologie an die kaufmännischen Geschäftsführer der Mitglieder der AGF und an den Geschäftsführer der AG-BL vom 7.8.1991, in: HA WGL, Ordner I AG-BL-Ausschuss Personal/Verwaltung.

so wenige Rückmeldungen, dass die anwesenden Vertreter von 22 Instituten bei der Ausschusssitzung noch einmal explizit dazu aufgefordert werden mussten, über ihre Aktivitäten Auskunft zu erteilen. Die mündlichen Berichte waren ernüchternd: Der überwiegenden Mehrheit war es personell nicht möglich, Mitarbeiter zur Aufbauhilfe in Einrichtungen mit vergleichbaren Forschungsschwerpunkten in den neuen Bundesländern zu entsenden. Insgesamt kamen daher nur wenige Kooperationen zustande, wengleich die Institutsvertreter trotz knapper personeller Ressourcen zu grundsätzlichen Hilfestellungen bereit waren.¹²¹ Der sehr verhaltene Einsatz vieler westdeutscher Institutionen war neben eigenen personellen Engpässen sicherlich weiteren Faktoren geschuldet, zu denen vor allem die eigenen begrenzten finanziellen und ausstattungs-technischen Mittel gehörten.

Trotzdem existierten vor Aktivwerden der AG-BL-Ausschüsse einige wenige partnerschaftliche Kontakte zwischen themenverwandten ost- und westdeutschen Einrichtungen. Das Deutsche Primatenzentrum tat sich durch administrative Beratungen für das Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin sowie das Institut für Pflanzen-genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben hervor. Außerdem stellte es dringend benötigte Einrichtungsgegenstände zur Verfügung.¹²² Einen regen Austausch gab es auch zwischen dem Institut für Meereskunde in Kiel und dem späteren Institut für Meeresforschung in Rostock, insbesondere durch Gastaufenthalte ostdeutscher Forscher in Kiel, sowie zwischen dem IFO-Institut für Wirtschaftswissenschaften und dem Institut für empirische Sozialforschung in Halle.¹²³ Das WZB gewährte 1990 und 1991 mehr als 30 Sozialwissenschaftlern aus Akademie-Instituten der DDR einen Gastaufenthalt.¹²⁴

Zu einem Ausbau der bilateralen Kontakte kam es dann nach Eingliederung der ostdeutschen Institute. Dadurch konnten die neuen Institute ihre administrativen Abläufe schnell ordnen und in weiten Teilen an westliche Standards angleichen.¹²⁵ Aus diesem Grund stellte der Ausschuss Neue Bundesländer auf der AG-BL-Mitgliederversammlung im November 1992 in Dresden einen Antrag auf Auflösung. Partnerschaften zwischen West- und Ostinstituten, Seminare und begleitende Hilfen seien hinlänglich durchgeführt worden und nunmehr abgeschlossen, hieß es in der Begründung. Doch die Mehrheit der Mitgliederversammlung sprach sich für die Beibehaltung des Ausschusses aus, weil der Beratungsbedarf für die ostdeutschen Institute noch immer als enorm hoch eingeschätzt wurde. Dies betraf sowohl die Verwaltungsebene als auch

¹²¹ Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses „Personal/Verwaltung“ der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste (AG-BL) am 31. Oktober 1990 in Göttingen (mit Gästen), S. 7f., in: HA WGL, Ordner I AG-BL Ausschuss.

¹²² Interview mit Michael Lankeit am 18.11.2013.

¹²³ 1. Sitzung des Ausschusses „Personal/Verwaltung“, S. 7f.

¹²⁴ Zapf, Erfahrungen bei der Integration, S. 150.

¹²⁵ Nach Einschätzung damaliger Verantwortlicher verinnerlichte die ehemaligen AdW-Mitarbeiter das Regelwerk des Westens geradezu: Interviews mit Michael Lankeit am 18.11.2013 und Falk Fabich am 5.3.2014.

wissenschaftliche Fragestellungen, bei denen die Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin als signifikant galten.¹²⁶

Aufgelöst wurde der Ausschuss Neue Bundesländer schließlich ein Jahr später, wobei künftig regelmäßige Treffen der ostdeutschen Institute abgehalten werden sollten.¹²⁷ Nur einen Monat zuvor hatte bereits eine erste Tagung der wissenschaftlichen Leiter aus den neuen Bundesländern stattgefunden, um sich untereinander und mit Vorstandsmitgliedern der AG-BL über gemeinsame Probleme auszutauschen. Dazu gehörten unter anderem Schwierigkeiten in Bezug auf modernisierende Baumaßnahmen sowie negative Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Universitäten. Aufgrund ihrer mitunter sehr langwierigen Aufbauphase sprachen sich die Institutsvertreter darüber hinaus für eine Schonfrist von fünf Jahren hinsichtlich erneuter Evaluierungen aus.¹²⁸ Entgegen der genannten Beschlüsse wurden die Treffen der ostdeutschen Institutsleiter allerdings nicht in dieser Form weitergeführt, weil im darauffolgenden Jahr andere Schwerpunkte auf die Agenda rückten.¹²⁹

Die Jahre nach ihren Neu- und Umgründungen waren für die Institute der neuen Bundesländer eine Zeit des Aufbruchs. Beispielsweise war das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben in den ersten drei Jahren damit beschäftigt, Projektmittel einzuwerben, seine Geräteausstattung zu modernisieren und umfassende Sanierungsarbeiten durchzuführen. Die übernommenen Wissenschaftler aus dem vorangegangenen Akademie-Institut konnten nach Jahren der Isolation wieder reisen und somit nationale wie internationale Kontakte zu anderen Forschern knüpfen.¹³⁰

Die zum Teil äußerst prekäre Lage vieler neuer ostdeutscher Einrichtungen kann anhand des administrativen Zusammenschlusses von acht ehemaligen Berliner AdW-Instituten aus den Bereichen Natur-, Lebens- und Umweltwissenschaft aufgezeigt werden.¹³¹ Nach einem Beschluss der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung gründeten 22 Mitglieder von Gründungskomitees, kommissarische Institutsdirektoren, Beamte des Bundes und der Länder im November 1991 den Forschungs-

¹²⁶ AG-BL, Protokoll der Mitgliederversammlung 10. 11.1992, S. 14, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung Dresden 20.11.1992.

¹²⁷ AG-BL, Protokoll der Mitgliederversammlung 24.10.1993, S. 8, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung Berlin 24.10.1993.

¹²⁸ Protokoll der Tagung der Wissenschaftlichen Leiter der Blaue-Liste-Institute aus den neuen Bundesländern, 30.9.1993, S. 3 f., in: HA WGL, Ordner BLK bis 1992.

¹²⁹ Siehe das nächste Kapitel.

¹³⁰ Vgl. Klaus Müntz/ Ulrich Wobus, Das Institut Gatersleben und seine Geschichte, Berlin 2012, S. 140.

¹³¹ Dem Forschungsverbund Berlin e.V. gehören bis heute folgende Institute an: Ferdinand-Braun-Institut für Höchstfrequenztechnik (FBH), Leibniz-Institut für Kristallzüchtung (IKZ), Max-Born-Institut für nichtlineare Optik (MBI), Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (PDI), Weierstraß-Institut für Angewandte Analysis und Stochastik (WIAS), Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB), Leibniz-Institut für Molekulare Pharmakologie (FMP), Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (IZW).

verbund Berlin e. V.¹³² Die Mitgliederinstitute bekamen damit eine Dachverwaltung, behielten aber ihre wissenschaftliche Selbstständigkeit. Durch die gemeinsame Verwaltung sollte der personelle und strukturelle Aufbau der neu gegründeten Institute erleichtert werden. Der Satzungsauftrag des Forschungsverbunds sah zum einen die Umsetzung der Wissenschaftsempfehlungen zur Neugestaltung der Berliner Forschungslandschaft und eine damit einhergehende Unterstützung bei der Institutsneugründung vor. Zum anderen sollten Beschäftigungsangebote für die Mitarbeiter der neuen Einrichtungen erarbeitet werden.¹³³ Obwohl die Laufzeit des Verbunds zunächst nur auf fünf Jahre angelegt war, existiert er bis heute. Denn schon nach wenigen Jahren erkannten die Institute die Vorteile der administrativen Zusammenarbeit, die im Vergleich zu kleinen Institutsverwaltungen höhere Leistungen in den Bereichen Ausstattung, Baumaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit erbringen konnte.¹³⁴ Der Forschungsverbund Berlin war in seiner Verwaltung völlig unabhängig von der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste, und seine Einrichtungen traten erst im Juni 1992 der AG-BL bei. Trotzdem unterhielt der Forschungsverbund schon im Vorfeld Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft und stellte sein Konzept auf der ersten Sitzung des Ausschusses Forschungsförderung vor. Auch bestand eine Kommunikation mit Wolfgang Grunow vom Ausschuss Neue Bundesländer, der sogar die Räumlichkeiten des Heinrich-Hertz-Zentrums für Nachrichtentechnik für die weihnachtlichen Vorstellungsgespräche zur Verfügung stellte.¹³⁵

Mit Falk Fabich konnte man einen ausgewiesenen Experten hinsichtlich der ostdeutschen „Einpassung“ für die Leitung des Forschungsverbundes Berlin gewinnen. Dieser hatte seit Anfang 1991 als stellvertretender Geschäftsführer der KAI-AdW gearbeitet und übernahm nun auf Wunsch des damaligen Leitenden Senatsrates der Wissenschaftsverwaltung, Jochen Stoehr, die neue Funktion.¹³⁶ Die Herausforderungen bei Falk Fabichs Amtsantritt als Verbundleiter waren enorm: Innerhalb kürzester Zeit musste neues Personal gefunden werden; für die Realisierung verwaltungstechnischer Aufgaben waren dringend Computer- und Software-Ressourcen vonnöten. Das Zeitfenster bis zur Arbeitsaufnahme des Verbundes war so eng, dass die Vorstellungsgespräche für das Verwaltungspersonal am zweiten Weihnachtsfeiertag 1991 stattfanden. Es sollte faktisch eine Zentralverwaltung mit 40 Mitarbeitern aufgebaut werden, ohne sie so zu nennen. Stattdessen sah man sich als Dienstleister für die acht Institutionen.¹³⁷ Die Verwaltungskräfte

¹³² Falk Fabich, Der Aufbruch ins Ungewisse, in: Forschungsverbund Berlin e. V., Bauen im Verbund 1992–2007, Sonderausgabe des Verbundjournals, Berlin 2007, S. 4.

¹³³ Falk Fabich, Personalakten ins Cockpit, bitte! In: KAI. Entwicklung einer Abwicklung 3.10.1990 bis 31.12.1993, S. 83–88, hier S. 85.

¹³⁴ Walter Rosenthal, Gute Noten für Pflicht und Kür. Eine Zwischenbilanz nach 15 Jahren Forschungsverbund, in: Forschungsverbund Berlin e. V., Verbundjournal März 2007, S. 3.

¹³⁵ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung vom 11.6.1992, S. 13.

¹³⁶ Beide kannten sich zudem noch von Fabichs Zeit als Sprecher der Verwaltungsleiter der MPG-Institute. Siehe „Seht zu, wie ihr klar kommt!“ Interview von Josef Zens mit Jochen Stoehr, in: Forschungsverbund Berlin e. V., Heft März 2007, S. 6.

¹³⁷ Interview mit Falk Fabich am 5.3.2014.

mussten nicht nur von heute auf morgen ausgesucht, sondern auch rasch mit Arbeitsverträgen ausgestattet und entlohnt werden. Gleiches galt für die zu übernehmenden Mitarbeiter der acht ehemaligen Akademieinstitute. In dieser schwierigen Situation machten sich Falk Fabichs bisherige Kontakte zu den großen Forschungsorganisationen bezahlt. Aufgrund der fehlenden EDV-Ausstattung bat er sowohl die Verwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft als auch die der Berliner Max-Planck-Institute um Hilfe. Beschäftigungsunterlagen der einzelnen Verbundeinrichtungen wurden per Flugzeug von Berlin nach München geflogen, wo die Verwaltung der Fraunhofer-Gesellschaft innerhalb von sechs Tagen Personalverträge ausarbeitete und postwendend zurücksandte.¹³⁸ In den ersten vier Monaten führen die Sachbearbeiterinnen des Forschungsverbundes vier Mal in der Woche mit Wäschekörben voller Papiere ins Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und erstellten dort das gesamte Rechnungswesen für alle acht Einrichtungen. Erst nach vier Monaten bekamen sie einen abgelegten Rechner der Max-Planck-Gesellschaft zur Verfügung gestellt.¹³⁹ Diese mangelhafte Ausstattung der Institute im Forschungsverbund lässt sich auf das Gros der neu gegründeten Blaue-Liste-Einrichtungen übertragen.

Kann hinsichtlich der Blaue-Liste-Institute in den neuen Ländern folglich von einer völligen Übernahme westdeutscher Modelle gesprochen werden? Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten. Zweifellos galt dies für gewisse administrative Standards, wie Personalverträge, Recht und Verwaltungsaufbau. Doch sowohl strukturell als auch wissenschaftlich entwickelten sich in den neuen Bundesländern eigene Dynamiken. Der Forschungsverbund Berlin ist dafür ein eindrückliches Exempel. Nicht nur der administrative Verbundcharakter bedeutete ein Novum im Bereich der außeruniversitären Forschung, vielmehr konnten seine Institute auch auf wissenschaftlicher Ebene durch die Vermischung westlicher und östlicher Erfahrungshorizonte neue Impulse setzen. Auch für Ingolf Hertel, erster Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und seit 1991 Direktor des Max-Born-Instituts für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (MBI), war die deutsch-deutsche Zusammenführung keine einseitige Übertragung. Vielmehr habe man unglaublich viel voneinander gelernt und anfängliche Skepsis schnell überwunden. Bei den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der wiedervereinigten Deutschen Physikalischen Gesellschaft betonte Hertel: „Dass man den Ostkollegen die westdeutschen Direktoren einfach in ‚Siegermanier‘ übergestülpt haben soll, ist eine leider allzu oft kolportierte Mär, eine intellektuelle Unredlichkeit. Innerhalb der Physik jedenfalls war das völlig abwegig und wurde auch nicht so interpretiert.“¹⁴⁰

Natürlich kam es nicht nur auf dem Gebiet der Physik oder bei den acht Einrichtungen des Berliner Forschungsverbundes zu wechselseitigen Lernprozessen. Auch in

¹³⁸ Interview mit Falk Fabich am 5.3.2014.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ Ingolf Hertel, „Wer sich vereinigen will, muss teilen lernen“, in: Physik Journal 3/2011, 46–49, online verfügbar unter http://www.dpg-physik.de/dpg/magnus/vereinigungsfeier/rede_hertel.html (gekürzte, veröffentlichte Fassung) [5.12.2013].

anderen Teilen Ostdeutschlands und in anderen Fachbereichen entstand eine fruchtbare, respektvolle Zusammenarbeit, wie sie das Institut für Neurobiologie in Magdeburg in seinem Jahresbericht 1994/95 beschrieb: „Im IfN werden ‚Ossi‘ oder ‚Wessi‘ bestenfalls in humoristischen Kontexten verwendet. Es ist gelungen, ein gut gemischtes Team von Forschern östlicher und westlicher Prägung zusammenzustellen, die zunehmend den Wert einer solchen Zusammenstellung erkennen.“¹⁴¹ Dennoch lässt sich trotz des gegenseitigen Wissenstransfers auch im Bereich der Forschung die weitgehende Anpassung an bestehende westdeutsche Standards nicht von der Hand weisen. Letztlich arbeiteten die ehemaligen AdW-Institute nur wenige Jahre nach ihrer Neugründung wie ihre Pendants im Westen.¹⁴²

Doch längst nicht alles im vereinten Wissenschaftssystem schien uneingeschränkt positiv zu verlaufen. Obwohl die „Einpassung“ der ehemaligen Akademie-Institute schnell und verhältnismäßig unkompliziert verlief, blieben finanzielle Diskrepanzen zwischen West- und Osteinrichtungen bestehen. Noch einige Jahre nach den Neugründungen sprach Hans-Joachim Meyer in diesem Zusammenhang von regelrechten „Verteilungskämpfen“ unter den Leibniz-Instituten.¹⁴³ Die ostdeutschen Institute böten zwar hervorragende Wissenschaft, benötigten dafür aber eine höhere Förderung aus dem Gesamtländeranteil, was wiederum auf Kosten der alteingesessenen Einrichtungen gehe.¹⁴⁴ Dass dieser Umstand zu innerer Missgunst geführt habe, war freilich eine Interpretation von außen. Innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft spielten derartige Unstimmigkeiten weder auf Mitgliederversammlungen und Präsidiumssitzungen noch in der Wahrnehmung der damaligen Führungsspitze eine Rolle.¹⁴⁵ Inwieweit diesbezüglich unterschwellige Konflikte brodelten, lässt sich nur schwer nachprüfen.

Ohne Zweifel lässt sich dagegen festhalten, dass die Blaue Liste hinsichtlich ihres Gewichts in der deutschen Forschungslandschaft vom Ausbau 1992 profitierte. So verdoppelte sich etwa die Anzahl der involvierten Institutionen und auch die Bund-Länder-Zuschüsse stiegen enorm an. Nachdem die Blaue Liste diesbezüglich mit Max-Planck und Fraunhofer vergleichbar war, konnte sie nicht mehr nur als Randerscheinung der Wissenschaftslandschaft angesehen werden. Für die AG Blaue Liste galt dies indes nicht, sie blieb überwiegend unsichtbar.

¹⁴¹ Zitiert in: WGL-Journal, 1/1998, S. 9.

¹⁴² Interview mit Frank Pobell am 7.5.2014 in Dresden.

¹⁴³ Vgl. Ein Saatbett für die künftige Forschung. Interview mit dem sächsischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Hans Joachim Meyer, in: Spektrum der Wissenschaft, November 1997, S. 131.

¹⁴⁴ Ebd.

¹⁴⁵ Interviews mit Ingolf Hertel am 2.12.2013 und Frank Pobell am 7.5.2014.

4. Die lange Strukturierungsphase bis 1998

Wirken und Grenzen der Arbeitsgemeinschaft

Die begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste hatten vielschichtige Gründe und reichten von knappen finanziellen Ressourcen über eine fehlende öffentliche Wahrnehmung bis hin zu kontroversen Meinungen um den zukünftigen Aufbau der AG-BL. Vor allem die Strukturfragen waren von heftigen inneren Debatten zwischen ost- und westdeutschen Instituten, Administratoren und Wissenschaftlern begleitet, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Zunächst mussten einige Institute hart darum kämpfen, überhaupt ihre Mitgliederbeiträge zahlen zu können. Denn obwohl die Bund-Länder-Kommission den Zusammenschluss durchaus begrüßte, stellten sich einzelne Länder – allen voran Nordrhein-Westfalen, in dem sich vier AG-BL-Mitglieder befanden – hinsichtlich der Finanzierung quer. Zwar wollte kein Sitzland seinen Blaue-Liste-Einrichtungen den Beitritt zur AG-BL verbieten; die dafür erforderliche finanzielle Leistung wurde teilweise aber abgelehnt. Durch regen Zuspruch der Dortmunder Geschäftsstelle und des Vorstandes kam es schließlich zu einer Einigung mit den Ländern.¹⁴⁶ Diese Akzeptanz hätte vermutlich nicht ohne eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission und dem „Ausschuss Forschungsförderung“ erreicht werden können, die in den ersten Monaten zu einer der Hauptaufgaben der AG-BL gehörte.¹⁴⁷

Die von Wolfdieter Homann ehrenamtlich geführte Geschäftsstelle war ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt der AG-BL. Hier wurden die interne und externe Kommunikation geregelt sowie die ab Ende 1991 erscheinende Jahresdokumentation erstellt. Der Vorstand traf sich darüber hinaus vier bis fünf Mal im Jahr zu gemeinsamen Sitzungen, um über aktuelle Herausforderungen zu beraten. Ständiger Diskussionspunkt war die fehlende Sichtbarkeit der Blaue Liste-Einrichtungen im Allgemeinen sowie der Arbeitsgemeinschaft im Besonderen. Was sich bereits auf der offiziellen Gründungsversammlung abgezeichnet hatte, setzte sich in den folgenden Jahren fort: Die Presse zeigte kaum Interesse an der AG-BL. Die Berichterstattung in überregionalen Tageszeitungen

¹⁴⁶ Interview mit Michael Lankeit am 18.11.2013.

¹⁴⁷ Brief von Wolfgang Zapf an die Vertreter der AG-BL-Einrichtungen vom 18.6.1991, in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

beschränkte sich auf einzelne Artikel, in denen ausschließlich von der Blauen Liste die Rede war. Die Arbeitsgemeinschaft als solche spielte dabei keine nennenswerte Rolle. Wie der Pressespiegel belegt, war aber auch die Blaue Liste bis dahin kaum in der öffentlichen Wahrnehmung präsent. Die Presseberichte wiesen immer wieder auf die geringe öffentliche Bekanntheit der Blauen Liste hin, und stets erklärten die Journalisten noch einmal explizit, was unter diesem Namen eigentlich genau verstanden wurde.¹⁴⁸

Grund für die mediale „Entdeckung“ des Blaue-Liste-Fördermodells Anfang der 1990er Jahre war in erster Linie ihr erheblicher Zuwachs durch die neu gegründeten ostdeutschen Institute. Die Bezeichnung „Blaue Liste“ wurde dabei nicht besonders positiv bewertet. Ein Redakteur des Berliner Tagesspiegels schrieb 1993, dass der Name eher an „blauen Brief“, „blauen Montag“ oder „Blaumachen“ als an „seriösen Wissenschaftsbetrieb“ erinnere.¹⁴⁹ Dennoch zeigte der Verfasser des Artikels durchaus Anerkennung für die Forschungseinrichtungen der Blauen Liste, wenngleich ihre Bekanntheit zu wünschen übrig ließe. Es handele sich um kompetente und angesehene Einrichtungen der außeruniversitären Forschung, mit der die Öffentlichkeit jedoch noch immer hauptsächlich die Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft assoziiere.¹⁵⁰

Eine solche positive Bewertung stellte eher eine Ausnahme dar. Oftmals mussten sich die Institute der Blauen Liste mit öffentlicher Kritik auseinandersetzen. Anfang 1991, noch bevor die Abwicklung der Akademieeinrichtungen abgeschlossen war, bezeichnete der *FAZ*-Journalist Konrad Adam eine Reihe von außeruniversitären Forschungsinstitutionen in Westdeutschland als „morsche Kähne“. Damit bezog er sich zwar nicht ausschließlich auf Blaue-Liste-Institute wie das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen, sondern griff auch einzelne Großforschungseinrichtungen an. Darüber hinaus stellte er explizit die Fördersummen der Blauen Liste infrage.¹⁵¹ Zwei Jahre später erregte der damalige Präsident der Humboldt-Stiftung und ehemalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Reimar Lüst, im März 1993 mit seinen kontroversen Thesen Aufsehen in der Wissenschaftslandschaft. Ebenfalls in der *FAZ* sprach er sich deutlich gegen eine potentielle Etablierung der Blauen Liste als „fünfte tragende Säule“ – neben DFG, MPG, FhG und AGF – in der staatlichen Wissenschaftsförderung aus. Hintergrund waren zu dieser Zeit verbreitete Ängste vor einer Schwächung der Hochschulen durch eine zu dominante außeruniversitäre Forschungslandschaft. Für Lüst war die Blaue Liste lediglich Mittel zum Zweck, um die deutsch-deutsche Wissenschaftsvereinigung möglichst unkompliziert voranzutreiben zu lassen: „Als rettendes Boot erschien eine

¹⁴⁸ Rainer Klofat, Zuwachs auf der Blauen Liste, in: Rheinischer Merkur, 6.12.1991; Joseph Stumpf, Die Blaue Liste, in: Süddeutsche Zeitung, 6.12.1991; n.n., Die Blaue Liste, in: Gesundheits- und Forschungsdienst, 4/1991, S. 26; Silvia Schattenfroh, Blau als neue Forschungsfarbe, in: *FAZ*, 24.3.1993, S. 14; Reimar Lüst, Blaue Listen, in: *FAZ*, 27.3.1993, S. 44.

¹⁴⁹ Manfred Schmidt, Ganz zufrieden ist nur der Bund, in: *Der Tagesspiegel*, 14.10.1993, S. 19.

¹⁵⁰ Ebd.

¹⁵¹ Konrad Adam, Morsche Kähne, in: *FAZ*, 19.2.1991, S. 33.

Einrichtung, die bisher der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt war: die Blaue Liste als neues forschungspolitisches Konzept zu verkaufen, zum Nachteil der Hochschulen.“¹⁵² Die Wahrnehmung der Blauen Liste als Instrument zur unkomplizierten wissenschaftlichen Wiedervereinigung blieb während der 1990er Jahre in der Presse recht verbreitet, während sich die AG-BL und später auch die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste von diesem einseitigen Image zu distanzieren versuchten. Der Vorstandssprecher der AB-BL, Michael Lankeit, reagierte auf Lüsts Artikel mit einem ausführlichen Leserbrief. Darin betonte er in Anspielung auf die Überschrift des Berichts, dass „blau“ keinesfalls eine „neue Forschungsfarbe“ sei. Es bedürfe zudem keiner „Umdefinition“ der Liste, um sie zu einer fünften Säule zu machen, da sie bereits seit Längerem eine fünfte Säule sei – auch wenn dies in der öffentlichen Wahrnehmung bislang noch nicht so verbreitet sei.¹⁵³

Fürsprache bekam die Blaue Liste nicht nur aus ihren internen Reihen, sondern auch von Bund- und Länderseite. Je mehr öffentliche Kritik von wissenschaftlicher und journalistischer Seite geübt wurde, desto intensiver stellte der langjährige Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission, Jürgen Schlegel, die Qualität der Blaue-Liste-Institute heraus. Außerdem sprach er sich für eine organisatorische Neustrukturierung aus, die die Entwicklung einer „Corporate Identity“ beinhalten sollte.¹⁵⁴

Diese Unterstützung „von oben“ war für das Bestehen und die Weiterentwicklung der Blauen Liste zweifellos eine große Hilfe. Darüber hinaus mussten die Vertreter der AG-BL selbst aktiv werden, um eine dauerhafte Legitimation zu erlangen. An diesem Punkt offenbarte sich die innere Schwäche der Arbeitsgemeinschaft. Auch wenn man mit Wolfgang Zapf und ab 1992 mit seinem Nachfolger Konrad Weidemann vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz zwei wissenschaftliche Sprecher des Vorstands vorzuweisen hatte, bestand der Großteil der Vorstandsmitglieder aus Verwaltungsleitern. Zu den Mitgliederversammlungen entsandten die einzelnen Institutionen zumeist lediglich ihre administrativen Leiter, während die wissenschaftliche Spitze in den ersten zwei bis drei Jahren äußerst geringes Interesse am Wirken der AG-BL zeigte.¹⁵⁵ Die Meinungen über eine vermehrte Mitarbeit der wissenschaftlichen Direktoren waren innerhalb des Vorstandes geteilt. Michael Lankeit und Wolfgang Grunow schlugen im Herbst 1992 vor, dem Wissenschaftsrat eine übergreifende Organisationsform der Arbeitsgemeinschaft anzubieten, die sich sowohl auf wissenschaftliche Inhalte als auch auf administrative Elemente beziehen sollte. Dieser Vorstoß wurde von den übrigen Vorstandsmitgliedern mehrheitlich abgelehnt.¹⁵⁶ Zu groß scheinen zu diesem Zeitpunkt die Bedenken vor tiefgreifenden Veränderungen gewesen zu sein.

¹⁵² Lüst, Blaue Listen.

¹⁵³ Michael Lankeit, „Blaue Liste“ ohne Zentralverwaltung (Leserbrief), in: FAZ, 15.4.1993, S. 11.

¹⁵⁴ Jürgen Schlegel, Rettendes Ufer ist keine Garantie auf Dauer, in: Deutsche Universitätszeitung, 13/1991, S. 23–25; Ders., Die Institute der „Blauen Liste“ – Gegenwart und Zukunft, in: AvH-Mitteilungen, Heft 1/1993, S. 37–43; Ders., Bereicherung für die Wissenschaft, in: Forschung & Lehre 2/1995, S. 73–75.

¹⁵⁵ Interviews mit Jürgen Schlegel, Falk Fabich, Ingolf Hertel.

¹⁵⁶ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung 24.9.1992, S. 3, in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass die AG-BL weder Sichtbarkeit noch Akzeptanz in der Wissenschaftslandschaft erlangen konnte. Zwar versuchten ihre Vertreter auf die öffentlich geäußerten Kritikpunkte zu reagieren, doch ohne Engagement der Wissenschaftler liefen diese Versuche und diverse Pläne vorerst ins Leere. Ein Beispiel dafür stellt die Diskussion um eine Namensänderung dar, die ein wichtiger Tagesordnungspunkt auf der Mitgliederversammlung 1993 war. Schon damals gab es den Anstoß, einen großen Forscher als Namenspatron zu wählen, da die Bezeichnung Blaue Liste insbesondere im Ausland zu Irritationen führe und nicht mit Forschung in Verbindung gebracht werde. Schließlich konnte aufgrund mangelnder einschlägiger Vorschläge bis auf Weiteres keine Einigung erzielt werden. Die Mehrheit sprach sich für eine vorläufige Beibehaltung des Namens aus; bis zur nächsten Versammlung sollten aber potentielle Titel eingereicht werden.¹⁵⁷ Ferner regte das Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung im Rahmen der Mitgliederversammlung an, einen „Tag der offenen Tür“ zu veranstalten, um sich verstärkt an die (wissenschaftliche) Öffentlichkeit zu wenden. Damit orientierte man sich offensichtlich an im Juli desselben Jahres geäußerten Ideen des Bundesforschungsministeriums zur Verbesserung der Wahrnehmung von Forschung, Wissenschaft und Technologie, die allen Vertretern der Wissenschaftsorganisationen einen Tag der offenen Tür nahelegten.¹⁵⁸ Auch hinsichtlich dieser Pläne kam es auf der AG-BL-Mitgliederversammlung zu keiner konkreten Einigung. Dafür formierte sich eine Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“, die fortan Strategien zur höheren Sichtbarkeit erarbeitete. Zu den ersten Anregungen gehörte die Schaffung einer Verbandszeitschrift, um nicht nur die Bekanntheit der AG-BL, sondern auch ihren wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch voranzutreiben.¹⁵⁹ Tatsächlich entschied der Vorstand einige Monate später, testweise ein AG-BL-Journal zu entwickeln, das Neuigkeiten aus der Arbeit der AG-BL und ihrer einzelnen Institutionen beinhalten sollte. Mitte 1994 erschien eine „Nullnummer“ mit einer Auflage von 1.000 Stück, die an alle Mitgliedseinrichtungen mit der Bitte um Stellungnahme versandt wurde.¹⁶⁰

Gleichzeitig gerieten die Verantwortlichen der AG-BL wissenschaftspolitisch verstärkt unter Zugzwang. Nur einen Monat nach der Mitgliederversammlung 1993 gab der Wissenschaftsrat seine „Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste“ heraus. Bereits zwei Jahre zuvor hatte der BLK-Ausschuss „Forschungsförderung“ den Wissenschaftsrat beauftragt, Stellung zum künftigen Aufbau der durch die ostdeutschen Institute stark angewachsenen Blauen Liste zu beziehen. Eine eigens gegründete

¹⁵⁷ AG-BL, Protokoll der Mitgliederversammlung 24.10.1993, S. 8, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung Berlin 11./12.10.1993.

¹⁵⁸ Vorbereitungspapier zur Besprechung mit GFE, MPG FhG, BLE, DARA am 26.7.1993 im BMFT, „Bewusstseinsoffensive“, in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

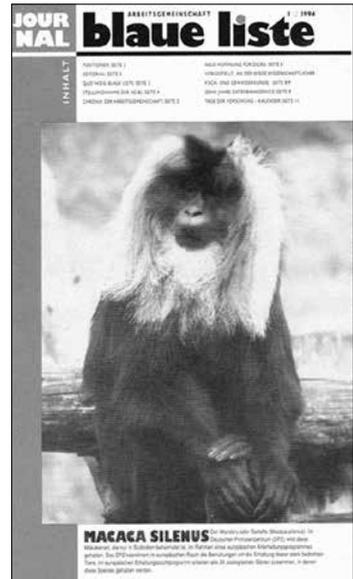
¹⁵⁹ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung 29.11.1993, S. 4 f., in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

¹⁶⁰ Protokoll der Vorstandssitzung der AG-BL, 18.4.1994, S. 4, in: HA WGL, Ordner Vorstand I. Diese erste Ausgabe liegt in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft vor. Journal Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste, 1/1994.

Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats führte daraufhin über mehrere Monate Gespräche mit Vertretern der Blau-Liste-Einrichtungen sowie Vertretern der großen Wissenschaftsorganisationen, die die Grundlagen der Empfehlungen bildeten.¹⁶¹

Der Wissenschaftsrat bekräftigte den festen Platz der Blau-Liste-Einrichtungen im außeruniversitären, staatlich geförderten Forschungssystem, wobei er die Unterschiede zu den etablierten Forschungsorganisationen deutlich benannte. Während der Wissenschaftsrat Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft klare Profile zuschrieb, stellte er bei den Blauen Listen lediglich die wissenschaftspolitische Steuerung durch Bund und Länder als gemeinsames Identitätsmerkmal heraus. Zu den wichtigsten Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Blauen Listen gehörte der Ausbau der Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Dafür sah der Wissenschaftsrat gemeinsame Berufungen von Wissenschaftlern vor, die gleichzeitig einen Lehrstuhl an Universitäten innehaben sollten.¹⁶² Weitere Anregungen zur Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit waren unter anderem eine verstärkte internationale Vernetzung, eine Neuausrichtung der Sektionen (maximal vier) und die Begleitung der Institute durch wissenschaftliche Beiräte.¹⁶³ Evaluierungen sollten weiterhin extern vom Wissenschaftsrat durchgeführt werden. Die Arbeitsgemeinschaft Blau Liste erfuhr als künftiges Instrument zur Selbstverwaltung nachdrückliche Unterstützung. So empfahl der Wissenschaftsrat, die Kompetenzen der AG-BL auf die Betreuung der neu zu bildenden Sektionen, eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und des inneren Erfahrungsaustausches sowie den Aufbau einer dauerhaften Geschäftsstelle auszuweiten.¹⁶⁴

Die Vorschläge zu einer neuen Organisationsstruktur bestimmten in den nächsten Monaten die Diskussionen innerhalb des AG-BL-Vorstands. Die vom Wissenschaftsrat empfohlene Aufteilung der Arbeitsgemeinschaft in maximal vier Sektionen lehnten die Vorstandsmitglieder mehrheitlich ab und sprachen sich stattdessen für die Schaffung von fünf thematisch sinnvoll gegliederten Sektionen aus.¹⁶⁵ Uneinigkeit herrschte dagegen in Bezug auf Größe, Ordnung und Finanzierung einer neuen Geschäftsstelle,



„Nullnummer“ des Blau-Liste-Journals

¹⁶¹ Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste, Wiesbaden 1993, S. 2 f.

¹⁶² Ebd., S. 23–30.

¹⁶³ Ebd., S. 20 f.

¹⁶⁴ Ebd., S. 32 f.

¹⁶⁵ AG-BL, Protokoll Vorstandssitzung 29.11.1993, S. 3.

zumal die Gespräche zwischen Konrad Weidemann von der AG-BL und Jürgen Schlegel von der Bund-Länder-Kommission in diesem Punkt recht ernüchternd abliefen. Schlegel selbst unterstützte zwar den Aufbau einer Geschäftsstelle, anders sahen dies aber einige Länder. Insbesondere Nordrhein-Westfalen äußerte wie schon bei der Frage der AG-BL-Mitgliedsbeiträge Vorbehalte. Daher konnte eine personell verstärkte Geschäftsstelle nach Einschätzung der Bund-Länder-Kommission nur aus den Haushalten der Institute und nicht durch zusätzliche staatliche Gelder finanziert werden.¹⁶⁶

Der Vorstand, allen voran die Mitglieder Weidemann, Lankeit und Homann, führte im Laufe des Jahres 1994 eine Reihe weiterer Gespräche mit Vertretern des Bundesforschungsministeriums und der Bund-Länder-Kommission, um die Regularien für die nachfolgende Struktur der Blauen Liste festzulegen. Gleichzeitig entstanden nunmehr aus dem Kreis der wissenschaftlichen Leiter eigene Vorstellungen über eine Institutionalisierung der Arbeitsgemeinschaft.

Initiative der Wissenschaftler: Die Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste

Auch infolge der Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die die Bedeutung der Blauen Liste im außeruniversitären Forschungssystem erstmals deutlich hervorhoben, setzte bei einer Reihe von Wissenschaftlern ein Umdenkprozess ein. Im Februar 1994 fand ein erstes Treffen der wissenschaftlichen Leiter der Blaue-Liste-Einrichtungen unter Beteiligung des Vorstands der AG-BL statt. Die Impulse für die Einbeziehung der wissenschaftlichen Ebene kamen überwiegend aus den Reihen der neu gegründeten Institute. Zu den federführenden Akteuren gehörten Ingolf Hertel, wissenschaftlicher Direktor des MBI in Berlin-Adlershof, und Henning Scheich, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Neurobiologie in Magdeburg, die beide eine neue, wissenschaftlich geprägte Struktur der AG-BL vorantrieben. Die recht offen formulierten Vorschläge des Wissenschaftsrats zu einer organisatorischen Neuordnung lieferten Hertel und Scheich die Möglichkeit, die Gründung einer Wissenschaftsorganisation nach dem Vorbild der MPG in Erwägung zu ziehen. „Ich wollte wie Max-Planck werden“, sagt Ingolf Hertel heute rückblickend über seine damalige Ambition.¹⁶⁷ Dass er bis zur Mitgliederversammlung im November 1994 in Mainz vorrangig wissenschaftliche Leiter aus den neuen Bundesländern für sein Vorhaben gewinnen konnte, war kein Zufall. Die neu gegründeten Institute hatten von Beginn an ein völlig anderes Verhältnis zur Blauen Liste als die überwiegende Mehrheit der Institute in den alten Ländern. Sie waren gerade evaluiert und damit in ihrer wissenschaftlichen Kompetenz bestärkt worden. Sie

¹⁶⁶ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung 17.1.1994, S. 3, in: HA WGL, Ordner Vorstand I.

¹⁶⁷ Interview mit Ingolf Hertel am 2.12.2013.

gehörten zu der Minderheit, die nach der Wende „überlebt“ hatte. Und trotzdem fühlten sie sich dazu gedrängt, fachliche Anerkennung in der gesamtdeutschen Wissenschaft zu erkämpfen. Hinzu kam, dass die Bund-Länder-Finanzierung in Form der Blauen Liste für die ostdeutschen Einrichtungen absolutes Neuland bedeutete. Somit waren sie offen für Veränderungen der bestehenden Struktur. Anders die Situation in den alten Bundesländern: Die dortigen Institute erhielten schon über Jahre ihre Bund-Länder-Gelder und sahen in der Blauen Liste nicht mehr als ein gut funktionierendes Fördermodell. Viele verspürten keinerlei Bedarf, etwas zu ändern, was darüber hinaus auf Kosten ihrer Haushaltsgelder gehen könnte.¹⁶⁸

Eine kleine „Palastrevolution“ (Jürgen Schlegel) gab es schließlich auf der Mainzer Mitgliederversammlung Anfang November 1994. Unmittelbar vor ihrem Beginn erklärte Konrad Weidemann, die Versammlung aus gesundheitlichen Gründen nicht leiten zu können. Stattdessen übernahm Michael Lankeit den Vorsitz.¹⁶⁹ Weidemann hatte bereits im Vorfeld angekündigt, nicht für eine weitere Amtszeit als Sprecher des Vorstands zur Verfügung zu stehen.¹⁷⁰ Angesichts der Initiativen der Wissenschaftler rund um Ingolf Hertel sorgte die Mitgliederversammlung für reichlich weiteren Zündstoff. Der Direktor des Max-Born-Instituts stellte vor Eintritt in die Tagesordnung einen Geschäftsordnungsantrag, in der er erneute und vor allen Dingen gründlichere Bemühungen bei der Erarbeitung einer neuen Satzung, Sektionsgliederung und Namensfindung forderte. Diese Punkte waren in den vergangenen Monaten durchaus Gegenstand der Gespräche des Vorstands mit Vertretern von Bund und Ländern gewesen. Doch der AG-BL-Vorstand musste auf der Mainzer Mitgliederversammlung einräumen, dass die bisherigen Anstrengungen nicht zielführend gewesen waren. Die darauffolgenden Debatten um die künftige Organisationsform der Blauen Liste offenbarten in aller Deutlichkeit, wie weit die Interessen ihrer Mitglieder auseinandergingen. Teile des amtierenden Vorstandes und einige westliche Institute lehnten weiterhin einen organisatorischen Umbau ab, weshalb die Gruppe um Hertel wiederum wenig Vertrauen in die Arbeit des Vorstandes setzte. Da sich aber mit Wolfgang Grunow und Michael Lankeit zwei Vorstandsmitglieder doch für konstitutive Veränderungen einsetzten, konnte am Ende der Versammlung ein Grundsatzausschuss gebildet werden, der sich mit der weiteren Entwicklung der AG-BL befassen sollte. Diesem gehörten neben Wolfgang Grunow als Mitglied des amtierenden Vorstandes zehn wissenschaftliche Institutsleiter an, sieben davon aus Einrichtungen der neuen Bundesländer. Daneben bildeten Ingolf Hertel, Benno Parthier vom Institut für Pflanzenbiochemie in Halle¹⁷¹, Wolfdieter Homann und

¹⁶⁸ Diesbezüglich bestanden in den Argumentationen von Hertel, Schlegel, Fabich, Rietschel und Henkel weitläufige Parallelen.

¹⁶⁹ AG-BL, Protokoll Mitgliederversammlung 3.–5.11.1994, S. 5, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung Mainz 3.–5.11.1994; Interview mit Michael Lankeit am 18.11.2013.

¹⁷⁰ AG-BL, Protokoll der Vorstandssitzung 2.9.1994, S. 4, in: Ordner Vorstand I.

¹⁷¹ Heutiger Name: Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie (IPB).

Michael Lankeit eine Findungskommission zur Bestimmung des zukünftigen Sprechers des Vorstandes. Bis dahin übernahm Lankeit das durch Weidemanns Rücktritt vakant gewordene Amt.¹⁷²

Nach dieser Mitgliederversammlung nahmen die Dinge in kürzester Zeit ihren Lauf, wenngleich die Entwicklung hin zur Wissenschaftsgemeinschaft weiterhin nicht ohne Konflikte ablief. Ingolf Hertel blieb auch innerhalb des Grundsatzausschusses *der* federführende Akteur und trat leidenschaftlich für eine wissenschaftlich ausgerichtete AG-BL ein. Nur wenige Tage später wandte er sich in einem Rundbrief ausdrücklich an alle *wissenschaftlichen* Leiter der Blaue-Liste-Einrichtungen, stellte den Grundsatzausschuss vor und bat um Unterstützung seiner Arbeit.¹⁷³ Als Ziel setzte sich der Ausschuss die Gründung eines eingetragenen Vereins. Ebenso musste der weiterhin bestehende Vorstand von diesen Plänen überzeugt bzw. ein Konsens zwischen den unterschiedlichen Positionen gefunden werden. Der amtierende Vorstand befand sich in einem Dilemma: Zunächst wertete er die Einsetzung eines Grundsatzausschusses – sicherlich nicht zu Unrecht – als Kritik an seiner bisherigen Arbeit. Dennoch hatte sich insbesondere Michael Lankeit immer für ein größeres Engagement der Wissenschaftler eingesetzt, weshalb er den Vorstoß Hertels und anderer prinzipiell unterstützte. Allerdings wollte der Vorstand keinesfalls eine Zentralverwaltung im Stil von Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft. Gleichzeitig fürchteten Lankeit und Grunow aufgrund der zahlreich geäußerten Bedenken einiger Mitgliedsinstitute eine Spaltung in zwei Verbände.¹⁷⁴

Beide Gremien, Vorstand und Grundsatzausschuss, berieten weitgehend getrennt über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft. Der Vorstand führte seine Beratungen trotz des vermeintlich fehlenden Vertrauens der aktiv gewordenen Wissenschaftler fort. Der Grundsatzausschuss traf sich bis Ende Februar 1995 zu fünf gemeinsamen Sitzungen, doch auch darüber hinaus fand ein reger Austausch sowohl zwischen seinen Mitgliedern als auch mit der Bund-Länder-Kommission statt. Einer der wichtigsten und konstruktivsten Ansprechpartner für Ingolf Hertel war Generalsekretär Jürgen Schlegel, der die Arbeit an einer neuen Satzung unterstützte.¹⁷⁵ Der anvisierte Kompetenzausbau der bisherigen Arbeitsgemeinschaft erhielt im Januar 1995 weitere Impulse durch den Wissenschaftsrat, der auf Grundlage seiner Empfehlungen von 1993 den Ausschuss „Blaue Liste“ bildete. Dieser hatte die Aufgabe, innerhalb der nächsten fünf Jahre erneute Begutachtungen vorzunehmen und Stellungnahmen zu allen Blaue-Liste-Institutionen zu verfassen. Die neue Evaluierungsrunde hing mit der Expansion der Blauen Liste nach der

¹⁷² AG-BL, Protokoll Mitgliederversammlung 1994, S. 12–14.

¹⁷³ Brief von Ingolf Hertel an die Wissenschaftlichen Leiter und leitenden Wissenschaftler der Institute der Blauen Liste vom 9.11.1994, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1994.

¹⁷⁴ AG-BL, Protokoll Vorstandssitzung 2.9.1994, S. 3.

¹⁷⁵ Wissenschaftsrat, Empfehlungen, S. 3; Interviews mit Jürgen Schlegel am 26.3.2014 und Ingolf Hertel am 2.12.2013.

deutschen Vereinigung zusammen und gab den Wissenschaftlern zusätzlichen Antrieb, ein gemeinsames Repräsentationsorgan für ihre Bund-Länder-geförderten Einrichtungen zu entwerfen.¹⁷⁶

Die Arbeitsergebnisse des Grundsatzausschusses konnten bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der AG-BL am 30./31. März 1995 vorgestellt und legitimiert werden.¹⁷⁷ Diese Versammlung ist die Geburtsstunde der Leibniz-Gemeinschaft: Die bisherige AG-BL wurde aufgelöst und erhielt durch eine neue Satzung den Status einer Wissenschaftsgemeinschaft. Mit beachtlicher Mehrheit wurde die damit einhergehende Gründung eines eingetragenen Vereins beschlossen: 58 Ja-Stimmen standen nur 7 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen gegenüber. Bei den abgegebenen Namensvorschlägen fiel bereits der Name Leibniz. Noch fand der große Universalgelehrte aber keine Mehrheit. Unter den beiden Vorschlägen „Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste“ und „Wissenschaftsbund Leibniz“ konnte sich die gewohnte Blaue Liste mit 36 gegen 26 Stimmen durchsetzen.¹⁷⁸ Die Mitgliederversammlung beschloss ferner, dass der formale Sitz des Vereins unabhängig von der Ansiedlung der Geschäftsstelle sein solle, wobei die Wahl auf Berlin fiel. Die Geschäftsstelle sollte im Raum Bonn angesiedelt werden.¹⁷⁹

Die Organisationsstruktur der neuen Wissenschaftsgemeinschaft lehnte sich eng an die der AG-BL an. Auf eine Zentralverwaltung nach dem Vorbild der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft hatten die Mitglieder des Grundsatzausschusses im Sinne der überwiegenden Mehrheit der Institute verzichtet. Vielmehr behielten alle Einrichtungen ihre rechtliche Eigenständigkeit. Ein wichtiges Novum war die Einführung eines ehrenamtlichen Präsidenten anstelle des bisherigen Sprechers des Vorstands. Es mag wenig überraschen, dass Ingolf Hertel auf der Mitgliederversammlung zum ersten Präsidenten der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) gewählt wurde. Tatsächlich war zunächst Henning Scheich für dieses Amt vorgesehen, der schließlich zugunsten Hertels auf eine Kandidatur verzichtete.¹⁸⁰ Die wichtigsten Organe bildeten nunmehr Präsidium (welches wie der ehemalige Vorstand aus den Vorsitzenden der Sektionen bestand), Präsident und Geschäftsstelle. Der durch die Gründung des eingetragenen Vereins eingeläutete Umbruch bedeutete jedoch keinen kompletten personellen Austausch des AG-BL-Vorstandes. So blieb Michael Lankeit dem Präsidium als administrativer

¹⁷⁶ Zu den ersten Evaluierungen im Jahr 1995 siehe: WBL Journal, 1/1996, S.2. Eine enge Verbindung zwischen der erneuten Evaluierung aller Blaue-Liste-Einrichtungen und der Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft sieht auch Ekkehard Nuissl von Rein. Nuissl von Rein, *Unterschiedliche Aufgaben*, S. 32.

¹⁷⁷ Zu den erarbeiteten Grundsätzen siehe Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) e.V. in Gründung, *Vorschläge des Grundsatzausschusses zur Realisierung der Blauen Liste*, Entwurf 5.4.1995, online verfügbar unter http://www.leibnizgemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Dokumente/Grundsatzpapier-WBL-04_1995.pdf [15.3.2014].

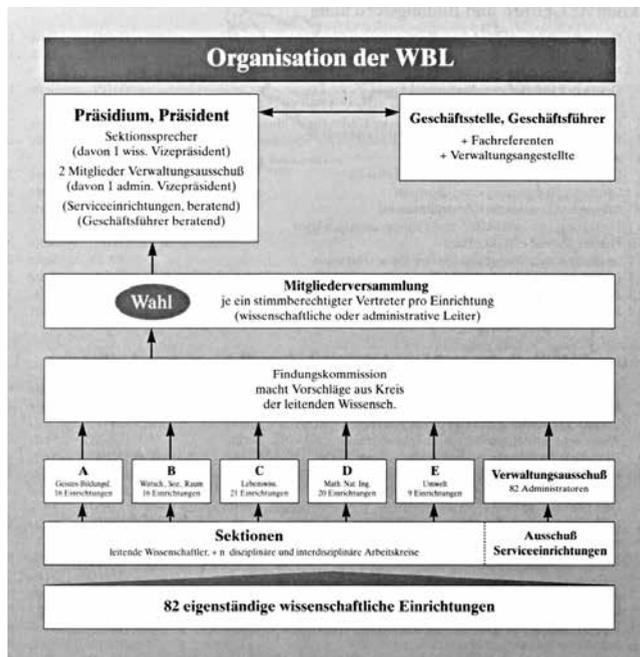
¹⁷⁸ Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste, *Protokoll der Mitgliederversammlung, 30./31.3.1995*, S. 17, in: HA WGL, *Ordner Mitgliederversammlung 1995*.

¹⁷⁹ Ebd., S. 18.

¹⁸⁰ Interview mit Ingolf Hertel am 2.12.2013.

Vizepräsident erhalten, Wolfgang Grunow wurde administratives Präsidiumsmitglied. Bis zur Eröffnung der hauptamtlichen Geschäftsstelle Anfang 1996 führte Wolfdieter Homann die Geschäfte am Dortmunder Institut für Arbeitsphysiologie weiter.

Die Mitgliederversammlung behielt auch in der WBL ihre grundlegende Funktion. Sie setzte sich aus je einem stimmberechtigten Mitglied pro Einrichtung zusammen und wählte Präsidium und Präsident. Die Service-Einrichtungen der Sektionen VII (Information und Dokumentation) und VIII (Museen) wurden auf andere Sektionen verteilt; die Bereiche Medizin und Biologie zusammengelegt. Die neuen Sektionen gliederten sich somit in die fünf nunmehr alphabetisch benannten Themenbereiche: A) Geistes- und Bildungsforschung, B) Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften, C) Lebenswissenschaften, D) Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, E) Umweltwissenschaften. Damit wich man vom ursprünglichen Entwurf des Grundsatzausschusses ab, der eigentlich nur vier Sektionen vorgesehen hatte (wobei die Umweltwissenschaften in die zweite Sektion eingegliedert sein sollten).¹⁸¹



Organisationsstruktur der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste als Strukturschema

Quelle: WBL, Jahresdokumentation 1995/96, S. 7.

¹⁸¹ WBL, Vorschläge des Grundsatzausschusses, S. 45 f.

Die neue Wissenschaftsorganisation benötigte nicht nur eine klare Organisationsstruktur, sondern auch Anknüpfungspunkte, damit eine gemeinsame Identität entstehen konnte. Angesichts der großen thematischen Vielfalt innerhalb der Blauen Liste war es nicht einfach, typische und für alle Institutionen geltende Charakteristika zu formulieren. Unmittelbar nach ihrer offiziellen Gründung erarbeitete der Grundsatzausschuss zehn Thesen für die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste, die eine Art Positionspapier zur Festsetzung des eigenen Selbstverständnisses darstellten. Darin bekräftigte man die Vielfalt der Einrichtungen explizit als Stärke der Gemeinschaft. Weiterhin lieferten die Thesen ein deutliches Bekenntnis zum gesamtdeutschen föderalistischen Wissenschaftssystem.

10 Thesen für die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste¹⁸²

- (1) Die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) ist nach Zahl der Institute, Finanzrahmen und Bedeutung der von ihren Mitgliedseinrichtungen bearbeiteten Themen *die vierte Säule der außeruniversitären Forschung*, wie dies auch der Wissenschaftsrat postuliert hat.
- (2) Die WBL ist ein Zusammenschluss wissenschaftlich, rechtlich und wirtschaftlich eigenständiger Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen. In einer *föderalistisch* verfassten Demokratie sichert sie somit als *differenziertes, dezentralisiertes* System in besonderem Maße die erforderliche Flexibilität für einen wachsenden, sich ständig wandelnden öffentlichen Forschungsbedarf.
- (3) Die WBL sieht sich als *natürlicher Partner der Universitäten* und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, aber auch der Wirtschaft, der Politik und Verwaltung.
- (4) Die *gesamtstaatliche* Aufgabenbestimmung der Mitglieder der WBL definiert sich aus der überregionalen Bedeutung, der jeweiligen Bearbeitungstiefe, der langfristigen Zielsetzung und der Interdisziplinarität ihrer Forschungsaufgaben.
- (5) Eine Stärke der WBL liegt in ihrer *Vielfalt* und den sich daraus ergebenden Synergiepotentialen, die in den wissenschaftlichen Sektionen erschlossen werden. Eine besondere Chance liegt dabei in der Verbindung von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und der Vermittlung von Forschungsergebnissen durch Dienstleistungseinrichtungen und Einrichtungen mit großer Öffentlichkeitswirksamkeit wie die forschenden Museen.
- (6) Die in den kommenden 5 Jahren vorgesehene *Gesamtbewertung* der WBL-Institute durch den Wissenschaftsrat wird nachdrücklich begrüßt und als *Modell* für die *gesamte Forschungslandschaft* der Bundesrepublik Deutschland gesehen. Es wird entscheidend für die Leistungsfähigkeit und Überzeugungskraft der WBL sein, wie sie hierfür eigene Qualitäts- und Leistungskriterien entwickelt und diese in den Evaluierungsprozess einbringt.
- (7) Die WBL braucht flexible Rahmenbedingungen bei der Bewirtschaftung ihrer Haushalte, die denen der anderen Wissenschaftsorganisationen nicht nachstehen. Sie braucht langfristige

¹⁸² WBL, Empfehlungen, S. 7.

Vereinbarungen über Wachstumsraten und einen Fonds für die Forschungs- und Nachwuchsförderung, der sich über Zuwächse speist.

(8) Das Ansehen der neuen Wissenschaftsorganisation muss durch aktive Mitarbeit ihrer leitenden Wissenschaftler in den Sektionen gestärkt und überzeugend von Präsident und Präsidium nach außen vertreten werden.

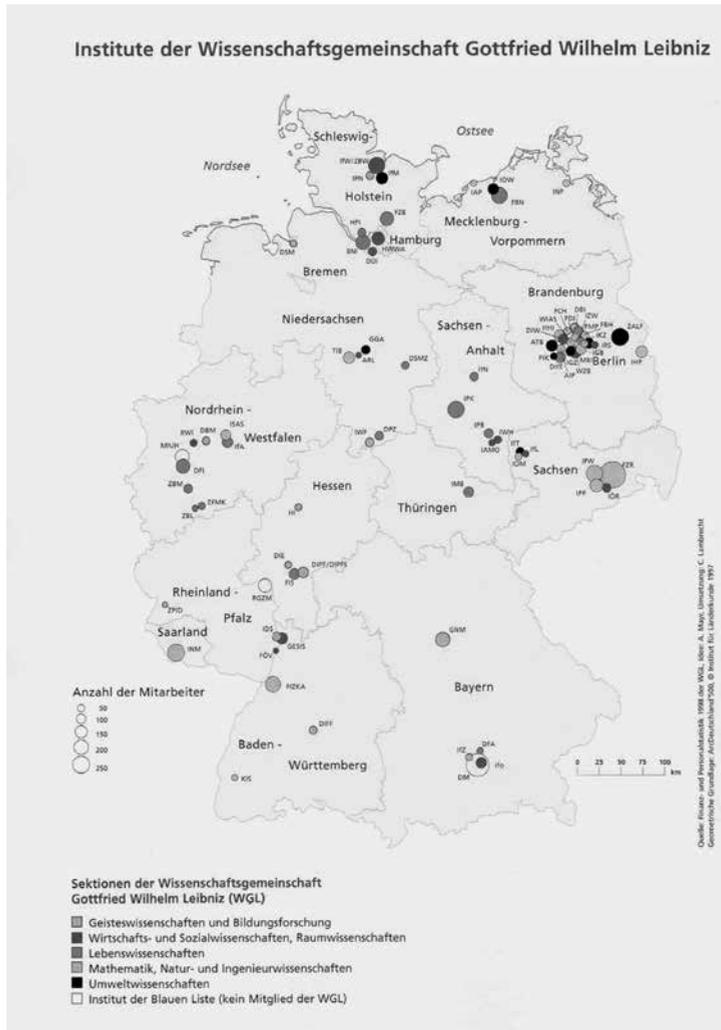
(9) Eine schlanke, aber leistungsfähige Geschäftsstelle mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung der vielen anstehenden Aufgaben, die sich einerseits aus der bevorstehenden Evaluierung, andererseits aus der angestrebten größeren Sichtbarkeit, Überzeugungskraft und Erschließung von Potentialen der Zusammenarbeit innerhalb der WBL ergeben.

(10) Die WBL soll, wie in Göttingen beschlossen, in Berlin als Verein (e. V.) eingetragen werden. Die Geschäftsstelle wird in Bonn angesiedelt, um den notwendigen Kontakt zu anderen Wissenschaftsorganisationen und den Zuwendungsgebern zu erleichtern.

Die Thesen erschienen sowohl im WBL-Jahrbuch 1995 als auch in der zweiten offiziellen Ausgabe des Blaue-Liste-Journals, um das Selbstverständnis der jungen Wissenschaftsgemeinschaft einer möglichst breit gefassten Zielgruppe von AG-BL-Mitgliedern, externen Wissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlern sowie Politikern zugänglich zu machen. Allerdings hielt sich das Interesse an Jahrbuch und Journal in der Frühzeit der WBL noch stark in Grenzen. Gewiss wandten sich beide Publikationen an die allgemeine, über die WBL hinausgehende Forschungslandschaft. Gleichwohl zirkulierten die beiden Publikationen primär innerhalb der Mitgliedsinstitute und dienten der Presse als Informationsbroschüren. Besonders das Journal hatte zugleich die Funktion eines internen Forums, in dem man sich über die Arbeit der einzelnen Mitgliedsinstitute informieren konnte.

Um die Erstellung der Jahresdokumentation und des WBL-Journals kümmerte sich ab Januar 1996 die offizielle Geschäftsstelle in Bonn. Sie bestand aus der hauptamtlichen Geschäftsführerin Beatrix Vierkorn-Rudolph sowie vier weiteren Mitarbeitern. Die neue Geschäftsstelle führte die Aufgaben des AG-BL-Vorgängers in professioneller Weise fort. Sie fungierte als Informationsvermittlerin zwischen Instituten, Bund- und Länderministerien, Bund-Länder-Kommission sowie den anderen Forschungsorganisationen. So war sie nach eigenen Angaben das zentrale Instrument, um den Namen „WBL“ nach und nach in der Öffentlichkeit zu etablieren.¹⁸³

¹⁸³ Journal WBL, 1/1996, S. 2.



Zahl der WGL-Institute 1998

Quelle: WGL-Journal 4 / 1999

Innen- und Außenreaktionen auf die WBL

Die ersten Jahre ihrer Existenz bedeuteten für die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste einen regelrechten Kampf um Akzeptanz und Sichtbarkeit. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit musste Ingolf Hertel erhebliche Schwierigkeiten einräumen, als er der WBL auf ihrer ersten ordentlichen Mitgliederversammlung im November 1995 ein „massives

Informations-, Präsenz- und Akzeptanzdefizit“ bescheinigte.¹⁸⁴ Diese Defizite bezogen sich auf vier Bereiche bzw. Akteursgruppen, die schon zu Zeiten der AG-BL bestanden hatten und allesamt unterschiedlich zur WBL/Blauen Liste positioniert waren. Dazu gehörten *erstens* die wissenschaftspolitischen Institutionen: Bund-Länder-Kommission und Wissenschaftsrat standen zwar ausdrücklich hinter der Gründung der WBL, doch vor allem aus den Reihen des Wissenschaftsrats gab es auch Kritiker.¹⁸⁵ Durch die zu meist halbtägige Bund-Länder-Finanzierung sowie die Weiterführung der Evaluierungen war man hinsichtlich eines dauerhaften Bestehens auf das Bundesforschungsministerium, die Bund-Länder-Kommission und den Wissenschaftsrat angewiesen. *Zweitens* benötigte die WBL die Akzeptanz der bestehenden Wissenschaftsorganisationen, um sich als „vierte Säule“ innerhalb des außeruniversitären deutschen Forschungssystems zu behaupten. Dies erwies sich in den folgenden Jahren als äußerst schwierig. *Drittens* musste bei den Instituten der Blauen Liste selbst zunächst einmal Verständnis für die WBL erweckt werden. Denn eine Identifikation mit der jungen Wissenschaftsgemeinschaft entstand nicht automatisch mit ihrer Gründung. Schließlich hatten die vorangegangenen Diskussionen der Umbruchphase 1994/95 offenbart, dass eine Reihe von alteingesessenen Einrichtungen kein großes Interesse an einer weitergehenden Organisationsstruktur – ob zentral oder dezentral – hatten. *Viertens* war die Sichtbarkeit der WBL von ihrer medialen Beachtung abhängig. Dies galt sowohl für die Tagespresse als auch für Wissenschaftszeitschriften.

In seinem Amt als Präsident bemühte sich Ingolf Hertel unermüdlich um Kontakte mit Entscheidungsträgern aus der Politik und den großen Forschungsorganisationen. Die Gespräche mit Vertretern der Wissenschaftspolitik liefen einerseits konstruktiv, weil eine grundsätzliche Offenheit gegenüber der WBL herrschte. Andererseits ließ sich in den ersten Jahren nicht zuletzt an der spärlichen Präsenz führender Politiker der Landesregierungen und Bundesministerien bei den Mitgliederversammlungen erkennen, dass der neuen Wissenschaftsgemeinschaft noch keine sonderlich hohe Bedeutung beigemessen wurde. Als politische Vertreter nahmen in erster Linie Staatssekretäre bzw. Generaldirektoren verschiedener Ministerien teil. Das Grußwort des amtierenden Brandenburger Ministerpräsidenten Manfred Stolpe bei der Jahrestagung 1996 in Potsdam stellte eher eine Ausnahme dar. Vermutlich war seine Präsenz auch durch die Tatsache begründet, dass die Blaue-Liste-Institute für die neuen Bundesländer einen größeren Stellenwert hatten als für den Westen.

Besonders stark war Hertels Wunsch nach einem intensiven Dialog mit den etablierten Forschungsorganisationen. Um den öffentlichen und wissenschaftlichen Status der WBL zu festigen, lud er die Präsidenten der anderen staatlich geförderten Wissen-

¹⁸⁴ Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste, Rechenschaftsbericht des Präsidenten, 31.3.1995–2.11.1995 für die 1. Ordentliche Mitgliederversammlung der WBL in Frankfurt am Main, 2.11.1995, S. 1 f, in: Ordner Mitgliederversammlung Frankfurt am Main, 2./3.11.1995.

¹⁸⁵ Interview mit Ingolf Hertel am 2.12.2013.

schaftsorganisationen zur ersten Jahrestagung der WBL ein. Doch auch hier wurde deutlich, welche geringe Bedeutung der neuen Organisation beigemessen wurde. Nur die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Helmholtz-Gemeinschaft waren in Person ihres stellvertretenden Präsidenten bzw. ihres Vorsitzenden vertreten. Während sich die DFG prinzipiell aufgeschlossen zeigte und die Helmholtz-Gemeinschaft der WBL am positivsten gegenüberstand, war die Abwesenheit von Vertretern der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft symptomatisch. Die bilateralen Gespräche mit beiden Organisationen fielen laut Hertel aufgrund „unterschiedlicher Grade von Akzeptanz, Offenheit und Abstimmungsbereitschaft“ einigermmaßen konfliktreich aus.¹⁸⁶

Sicherlich kam die Ablehnung vonseiten der großen Wissenschaftsorganisationen nicht überraschend. Einerseits fühlten sich die Max-Planck- und Fraunhofer-Wissenschaftler in Anbetracht ihrer traditionsreichen Geschichte der WBL deutlich überlegen. Andererseits hatte sich die Anzahl der Blaue-Liste-Einrichtungen nach der Wiedervereinigung den beiden großen Forschungsorganisationen angepasst. Damit ging ein höherer Förderbedarf einher, der in den Reihen der übrigen Bund-Länder-geförderten Organisationen Ängste vor Kürzungen oder Benachteiligungen schürte. Dies galt im Besonderen für die Max-Planck-Gesellschaft, deren Finanzierung zu über 80 Prozent über staatliche Gelder nach dem Königsteiner Schlüssel läuft.¹⁸⁷ Das Fraunhofer-Modell dagegen sieht nur eine knapp 30-prozentige Beteiligung von Bund und Ländern vor (davon 90 Prozent Bund, 10 Prozent Länder).¹⁸⁸ So sandte immerhin der damalige Fraunhofer-Präsident, Hans-Jürgen Warnecke, trotz gewisser Skepsis durchaus positive Signale an WBL-Präsident Ingolf Hertel. Der wiederum gab sich abwartend und mahnte seine WBL-Mitglieder zur Geduld. Man dürfe nicht zu schnell auf die Aufnahme in die „Allianz“ der Wissenschaftsorganisationen drängen.¹⁸⁹ Damit hatte Hertel nicht Unrecht. Noch waren die WBL und ihr Präsident zu unbekannt, um auf Augenhöhe mit den Präsidenten von Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft, DFG und Helmholtz-Gemeinschaft in der Wissenschaftspolitik mitzumischen. Dass die spätere Leibniz-Gemeinschaft dennoch bereits drei Jahre nach ihrer Gründung in die „Allianz“ aufgenommen wurde, hatte sie den guten Kontakten zur DFG zu verdanken, deren damaliger Präsident Wolfgang Frühwald sich von Beginn an für eine Öffnung der DFG aussprach.¹⁹⁰ Die positive Haltung Frühwalds wurde jedoch nicht in der gesamten Forschungsgemeinschaft geteilt. Auch innerhalb der DFG bekam die WBL zum Teil erheblichen Argwohn zu spüren. Dies war nicht zuletzt auf die große Anzahl an Hochschullehrern unter den

¹⁸⁶ WBL, Rechenschaftsbericht des Präsidenten, S. 1.

¹⁸⁷ Max-Planck-Gesellschaft, Über uns: Zahlen und Fakten, online: http://www.mpg.de/zahlen_fakten [23.4.2014].

¹⁸⁸ Fraunhofer-Gesellschaft, Über Fraunhofer: Zahlen und Fakten, online: <http://www.fraunhofer.de/de/ueber-fraunhofer/zahlen-und-fakten.html> [23.4.2014].

¹⁸⁹ WBL, Rechenschaftsbericht des Präsidenten, S. 4 f.

¹⁹⁰ WBL, Begrüßungsansprache des Präsidenten der WBL, Prof. Dr. Ingolf Hertel zur 1. Ordentlichen Mitgliederversammlung der WBL in Frankfurt am Main am 2.11.1995, S. 5., in: HA WGL, Ordner MV 2.11.1995. Siehe zur Öffnung der DFG auch den nächsten Unterpunkt.

DFG-Entscheidungssträgern zurückzuführen. Die Sorgen vor einer eigenen finanziellen und wissenschaftlichen Schwächung durch eine gestärkte Blaue Liste waren noch immer präsent.¹⁹¹

Zur Gelassenheit riet Hertel auch in seiner Begrüßungsansprache auf der ersten WBL-Mitgliederversammlung im November 1995, nicht zuletzt im Hinblick auf die Tatsache, dass die WBL noch längst nicht wie die Helmholtz-Gemeinschaft bis zu 1.200 Gäste auf ihrer Jahrestagung empfangen könne.¹⁹² Konträr zu seiner eigentlichen großen Vision, die Bedeutung und das Ansehen einer Max-Planck-Gesellschaft zu erlangen, wählte er in den ersten ein bis zwei Jahren die Strategie der vordergründigen Bescheidenheit: Kein großer Forscher als Namenspatron, eine personell schmal besetzte Geschäftsstelle.¹⁹³ Dabei hatte Hertel von Anfang an die Intention, den Namen Blaue Liste über kurz oder lang abzulegen. Um von den „Großen“ akzeptiert zu werden, bedurfte es seiner Auffassung nach eines Namens mit explizitem Bezug zur Wissenschaft.¹⁹⁴ Dieser war mit der Bezeichnung Blaue Liste nicht gegeben, vielmehr führte diese wie schon in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu Irritationen, weil ihr Ursprung weitgehend unbekannt war. Nur zwölf Monate nach seinem Aufruf zur Bescheidenheit rückte der WBL-Präsident in seinem Jahresbericht von daher erneut das Namensthema in den Vordergrund. Nachdem sich auch andere Mitglieder für den Namen „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz“ als Alternative ausgesprochen hatten, bekräftigte Hertel mit einem Zitat des Gelehrten, warum Leibniz der passende Namenspatron sein könnte: „Man muß gleich anfangs das Werk der Wissenschaft auf Nutzen richten, sonst wird die Regierung ihre Hand zurückziehen; denn reale Ministri werden unnützer Curiositäten bald überdrüssig und rathen keinem großen Fürsten, viel Staat damit zu machen.“¹⁹⁵ In der Tat wiesen die Worte von Leibniz starke Ähnlichkeit mit der Situation der WBL-Einrichtungen auf, deren Fortbestehen von staatlichen Geldern abhängig war. Die alteingesessenen AG-BL-Mitglieder sprachen sich jedoch noch immer gegen eine Namensänderung aus, schließlich habe sich die WBL erst vor eineinhalb Jahren umbenannt. Die endgültige Entscheidung zugunsten Leibniz' wurde somit um ein weiteres Jahr vertagt.¹⁹⁶

Wie sich auch hier andeutete, war eines der grundlegendsten Probleme der WBL über lange Zeit die fehlende Akzeptanz von innen. Eine Wissenschaftsorganisation kann nur erfolgreich existieren, wenn sie von all ihren involvierten Mitarbeitern, also ihren führenden Wissenschaftlern und Verwaltungskräften sowie Vertretern der Mitgliederinstitute, unterstützt wird. Gleichmaßen ist eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen

¹⁹¹ Ebd.

¹⁹² Ebd., S. 2.

¹⁹³ Ebd., S. 3.

¹⁹⁴ Interview mit Ingolf Hertel am 2.12.2003.

¹⁹⁵ Jahresbericht des Präsidenten der WBL. Berichtszeitraum November bis Oktober 1996, Bonn 1996, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 7./8.11.1996.

¹⁹⁶ Ebd.

diesen einzelnen Interessengruppen vonnöten. In den Anfangsjahren der Leibniz-Gemeinschaft waren diese Grundvoraussetzungen nur eingeschränkt gegeben. Vielmehr blockierte sich die Gemeinschaft aufgrund innerer Unstimmigkeiten vielfach selbst in ihrer Entwicklung. So setzte sich während Hertels Amtszeit fort, was sich in der Zeit des Umbruchs 1994/95 abgezeichnet hatte: Zwischen administrativer und wissenschaftlicher Leitung kam es zu (unterschwelligem) Kompetenzrangeleien. Die Verwaltungsebene innerhalb des Präsidiums fühlte sich wiederholt bei präsidialen Entscheidungen übergangen.¹⁹⁷ Nach den AG-BL-Jahren, in denen die Entscheidungen fast ausschließlich in den Händen der Verwaltungsleiter der Institute lagen, kamen diese Konflikte gewiss nicht von ungefähr. Die alteingesessenen AG-BLer hatten die Errichtung der Wissenschaftsgemeinschaft zwar unterstützt, wollten dafür aber nicht den Preis eines Kompetenzverlusts zahlen. Auf der anderen Seite musste die wissenschaftliche Führung trotz ihres beachtlichen Ehrgeizes anerkennen, dass die Administratoren ein wichtiger Teil der Leibniz-Gemeinschaft waren.

Die Weiterentwicklung der Gemeinschaft wurde jedoch in noch stärkerem Maße durch die Skepsis einiger Mitgliedsinstitute gebremst. Auch hier setzte sich der Trend der Gründungsphase fort, da sich vorwiegend westdeutsche Institute gegen Beschlüsse bzw. Vorschläge des Präsidiums wandten. Viele waren nicht davon angetan, sich einer dezentralen Verwaltung unterzuordnen, deren Geschäftsstelle zu allem Überfluss auch noch aus den Haushalten der Institute finanziert wurde. Hertel sah sich bei den ersten Mitgliederversammlungen zum Teil vehementer verbaler Kritik ausgesetzt. Immer wieder gab es Institutsvertreter, die sich Plänen zum Ausbau der gemeinsamen institutionellen Zusammenarbeit verweigerten.¹⁹⁸ Auch nach seiner Amtszeit blieb die interne Skepsis noch lange bestehen.

Um die WBL zu stärken, appellierte der Präsident wiederholt an die Mitgliedsinstitute, Solidarität mit der neuen Wissenschaftsorganisation zu entwickeln. Nur so könne sie sich inhaltlich weiterentwickeln und einen festen Standort in der deutschen Forschungslandschaft erlangen.¹⁹⁹ Für die institutionelle Festigung war laut Hertel aber auch eine intensiviertere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unentbehrlich, weswegen er die Arbeit der Geschäftsstelle stets herausstellte und vor internen Kritikern verteidigte.

Tatsächlich war eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit dringend notwendig. Der Blick auf den Pressespiegel der frühen WBL-Jahre verdeutlicht, dass die WBL als dezentrale Organisation noch weit davon entfernt war, Teil eines breiten öffentlichen Interesses zu sein. Sie konnte sich nicht als offizieller Repräsentant ihrer Mitgliedseinrichtungen durchsetzen. Sowohl die Gründung im März 1995 als auch die erste ordentliche Mitgliederversammlung im November dieses Jahres zogen kein überregionales Presseecho

¹⁹⁷ WBL, Protokoll Präsidiumssitzung 4/97 der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste e. V. (WBL), 7.7.1997, S. 5, in: Ordner Satzungen WBL/WGL – Präsidiumssitzungen 1997.

¹⁹⁸ Gespräch mit Frank Pobell am 7.5.2014.

¹⁹⁹ WBL, Protokoll Mitgliederversammlung, S. 3, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 7./8.11.1996.

nach sich. Dies galt auch für die Eröffnung der Bonner Geschäftsstelle. Ab Mitte der 1990er Jahre zeigte sich in der Presse zunehmender Unmut an den hohen Geldbeträgen, die für die Institute der Blauen Liste bereitgestellt wurden. Aber auch hierbei war nicht die WBL an sich, sondern das Bund-Länder-Fördermodell Thema. 1996 schrieb die *Süddeutsche Zeitung*, die „Blaue Liste“ koste den Steuerzahler jährlich 1,3 Milliarden DM. Deshalb sei eine Überprüfung notwendig, ob diese Summen überhaupt sinnvoll investiert würden.²⁰⁰ Hintergrund des Artikels waren die anberaumten Evaluierungen von sechs wirtschaftswissenschaftlichen Instituten und eine vorangegangene negative Bewertung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung. In diesem Zusammenhang sparte die Verfasserin nicht mit kritischen Anmerkungen über den Wissenschaftsrat, weil sie dessen Entscheidung über das HWWA-Institut als „unsachlich und überraschend“ ansah. Zudem hielt sie das Evaluierungsverfahren für wenig transparent: Während der Evaluierung sei eine „Schwarze Liste“ im Verborgenen erstellt worden.²⁰¹ Diese Anschuldigungen wies der Generalsekretär des Wissenschaftsrats, Winfried Benz, weit von sich und unterstellte der SZ-Autorin „gravierende Informationsdefizite“. In einem Leserbrief betonte er die Transparenz des Verfahrens, da die wissenschaftlichen und forschungspolitischen Kriterien für eine positive Evaluierung im Vorfeld bekannt gegeben worden seien.²⁰²

Die im SZ-Artikel gestellte Frage nach der Qualität der vom Wissenschaftsrat durchgeführten Evaluierungen wurde auch von anderer Seite aufgeworfen. Auch innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste nämlich stand das Verfahren zunehmend zur Disposition, was sich in den Plänen für die Gründung eines extern gesteuerten Senats manifestierte.

Gründung des Senats und Öffnung der DFG

Die Errichtung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste hing eng mit dem Beginn der neuen Bewertungsrunde durch den Wissenschaftsrat im Januar 1995 zusammen. Die laufenden Evaluierungen waren in den ersten Jahren nach Gründung der WBL stets ein zentrales Thema in Mitgliederversammlungen und Präsidiumssitzungen. Im Fokus stand die Frage nach einem geeigneten Verfahren zur Qualitätssicherung bzw. nach Alternativen zum gegenwärtig extern gesteuerten Prozedere. Ein weiteres GrundsatztHEMA stellte während dieser Zeit die Aufnahme in das Vergabeverfahren der Deutschen Forschungsgemeinschaft dar. Beide Punkte rückten im Zuge strategischer wissenschaftspolitischer Überlegungen zur Qualität der gesamtdeutschen Forschung in den Vordergrund. Sie standen miteinander in Wechselwirkung, da die Institute der

²⁰⁰ Meite Thiede, Blaue Listen, schwarze Listen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 3./4.2.1996.

²⁰¹ Ebd.

²⁰² Winfried Benz, Wirtschaftsforschung für die Politikberatung, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.3.1996.

WBL/WGL durch die Teilnahme am DFG-Verfahren in Wettbewerb mit den anderen Forschungsorganisationen sowie den Hochschulen treten konnten und somit ihre qualitativen Standards herausstellen mussten. Für ein erfolgreiches Abschneiden im nationalen Wettbewerb um Drittmittel war wiederum eine ständige Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Leistung vonnöten.

Die Institute der Blauen Liste konnten bis 1998 nur für besondere Vorhaben außerhalb ihrer Hauptarbeitsgebiete eine Förderung durch die DFG erhalten.²⁰³ Eine Ausnahme bildeten die neun lebenswissenschaftlichen Einrichtungen in den neuen Ländern, bei denen diese Förderbeschränkung nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrats bereits Ende 1995 aufgehoben wurde.²⁰⁴ Die WBL strebte an, die Beschränkung auch für ihre übrigen Einrichtungen aufzuheben, und führte hierzu Gespräche mit Präsident und Direktorium der DFG, die sich offen dafür zeigten.²⁰⁵ Parallel dazu setzte sich auch das Bundesforschungsministerium für eine Änderung der bisherigen Regeln ein, ohne allerdings im Vorfeld die konkreten Modalitäten mit den Verantwortlichen der WBL abzustimmen. Im Juli 1996 schlug das Bundesforschungsministerium schließlich in seinen „Leitlinien zur strategischen Orientierung der deutschen Forschungslandschaft“ die Einbeziehung der Blau-Liste-Einrichtungen in das allgemeine Wettbewerbsverfahren der DFG vor. Diese Öffnung sollte jedoch an gewisse Auflagen gebunden sein. Nach Vorstellung des BMBF sollten die Einrichtungen jeweils fünf Prozent ihrer Haushaltsmittel an die Deutsche Forschungsgemeinschaft abtreten, weshalb der Vorschlag von den Verantwortlichen der WBL nicht nur positiv bewertet wurde. Einerseits begrüßte das Präsidium um Ingolf Hertel die Einbeziehung in den nationalen Wettbewerb, weil sich dadurch das Ansehen der Gemeinschaft verbessern könne. Andererseits sah man die Abgabe von fünf Prozent als einen sehr schmerzhaften Preis an.²⁰⁶

Aus diesem Grund wollte sich die WBL nicht uneingeschränkt den BMBF-Leitlinien beugen. Auf der Mitgliederversammlung 1996 entschieden sich die Teilnehmer für eine Ablehnung der Fünf-Prozent-Vorgabe. Stattdessen bot man eine Mittelabgabe von einem Prozent im ersten und zwei Prozent im zweiten Jahr der Teilnahme am DFG-Verfahren an.²⁰⁷ Nach längeren Verhandlungen zwischen Präsidiumsmitgliedern der WBL und Vertretern von Bund-Länder-Kommission und BMBF konnte die Wissenschaftsgemeinschaft einen Erfolg für sich verbuchen. Im Oktober 1997 – nur wenige Tage, bevor sich die WBL auf ihrer Mitgliederversammlung in Wissenschaftsgemeinschaft

²⁰³ BLK, Sicherung der Qualität der Forschung. Beschluss der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 24. Oktober / 3. November 1997 und Bericht der BLK vom 2. Juni 1997 in der Fassung der von den Regierungschefs am 3. Juli 1997 eingesetzten Arbeitsgruppe, in: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung, Heft 61, S. 22.

²⁰⁴ Der Wissenschaftsrat nannte in seinen am 19.5.1995 herausgegebenen Empfehlungen explizit diese Einrichtungen.

²⁰⁵ Jahresbericht des Präsidenten der WBL, S. 7, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1996.

²⁰⁶ Ebd., S. 8 f.

²⁰⁷ Bericht des Präsidenten der WBL für die Mitgliederversammlung der WBL am 30./31.10.1997. Berichtszeitraum November 1996 bis Oktober 1997, S. 3, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

Gottfried Wilhelm Leibniz bzw. Leibniz-Gemeinschaft umbenannte – verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder einen Beschluss mit dem Titel „Sicherung der Qualität der Forschung“. Er bezog sich auf alle Forschungsorganisationen und beinhaltete unter anderem Vereinbarungen zur Änderung der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung sowie zur Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen.²⁰⁸ In der zentralen Frage legte der Beschluss die Öffnung des DFG-Verfahrens mitsamt einer jeweiligen Haushaltsabgabe von nunmehr zweieinhalb Prozent fest. Im Gegenzug forderte die Bund-Länder-Kommission eine erweiterte Qualitätssicherung: Die sich bewerbenden Blaue-Liste- / Leibniz-Institute sollten künftig strengen Bewertungskriterien unterzogen werden. Vor allen drei Maßnahmen sollten der Qualitätssteigerung dienen: a) die Erstellung von Kosten- / Leistungsrechnungen in allen Einrichtungen, anhand derer eine wissenschaftliche und ökonomische Bewertung durchgeführt werden sollte; b) die Einführung von Programmbudgets für thematische Schwerpunkte in den einzelnen Instituten; c) eine externe Evaluation, die über lange Sicht nicht nur vom Wissenschaftsrat vorgenommen werden sollte, sondern etwa durch Peer Reviews von den mittlerweile eingesetzten Wissenschaftlichen Beiräten sowie Visiting Committees ergänzt werden könnte.²⁰⁹ Weichenstellend für die WBL/WGL war in diesem Zusammenhang folgender Satz des Beschlusses: „Die Gremien der WBL könnten in die Aufgabe hineinwachsen, die unter a) bis c) genannten Maßnahmen zu initiieren, auf ihre Vergleichbarkeit zu achten und ihre Wirksamkeit zu überwachen.“²¹⁰

Dieses Bekenntnis zur Einbeziehung der Wissenschaftsgemeinschaft in den Evaluierungsprozess erfolgte nach fast zweijährigen internen und externen Beratungen über eine Änderung des bisherigen Verfahrens, wobei die wichtigsten Impulse dafür nicht von der Gemeinschaft selbst, sondern vom Wissenschaftsrat kamen. Bei Gesprächen mit dem Präsidium wies der Wissenschaftsrat nach 1995 wiederholt darauf hin, die Evaluierung nach der aktuellen Runde in die Hände der WBL legen zu wollen.²¹¹ Ingolf Hertel stand zu dieser Zeit fest hinter dem laufenden Bewertungsverfahren durch den Wissenschaftsrat, sah es als fair und transparent an. Als Präsident nahm er gemeinsam mit einem weiteren Vertreter des Präsidiums sowie dem Sprecher der jeweiligen Sektion als Gast an den Evaluierungen teil und konnte sich somit ein eigenes Bild über die Qualität der Bewertungsrunden machen. Nur ein einziges Mal kam es aus Hertels Sicht zu Irritationen, weil er die Gutachter 1996 bei der Begehung eines WBL-Instituts für voreingenommen hielt. Der Wissenschaftsrat versicherte Hertel daraufhin die Unabhängigkeit der Wissenschaftsrats-Mitglieder. Damit hatte sich die Angelegenheit schnell erledigt.²¹²

²⁰⁸ BLK, Sicherung der Qualität der Forschung, S. 19–22.

²⁰⁹ Ebd., S. 24 f.

²¹⁰ Ebd., S. 25.

²¹¹ Jahresbericht des Präsidenten 1995, S. 6, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1996.

²¹² Ebd., S. 5f.

Dennoch konnte eine Eigensteuerung des Evaluierungsverfahrens für das Selbstverständnis der Wissenschaftsgemeinschaft nur von Vorteil sein. Erstens bedeutete dies, dass Wissenschaftsrat und Bund-Länder-Kommission Vertrauen in die Arbeit der jungen Forschungsorganisation hatten. Darüber hinaus bedeutete die anvisierte Eigenverantwortung im Bereich des Evaluierungsverfahrens einen weiteren Schritt zur Emanzipation der WBL von ihrer wissenschaftspolitischen Steuerung. Schließlich war dadurch auch eine Verbesserung des öffentlichen Ansehens zu erwarten. Um ein eigenverantwortliches Bewertungssystem zu etablieren, bedurfte es jedoch zunächst eines neuen Gremiums, das die weitere Unabhängigkeit der Gutachter gewährleistete.

In diesem Zusammenhang dachte die Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste im Jahr 1996 erstmals über die Gründung eines Senats nach. Im Gegensatz zum Senat der Max-Planck-Gesellschaft sollte dieser – ähnlich wie bei der Fraunhofer-Gesellschaft – mit externen Mitgliedern besetzt werden. Die Mitgliederversammlung 1996 beauftragte schließlich das Präsidium, entsprechende Vorbereitungen in die Wege zu leiten. Denn die Beteiligten waren sich weitgehend einig, dass es einen Ort geben müsse, an dem alle die „WBL betreffenden Diskussionen zwischen den Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft zusammengeführt werden“. Neben der Übernahme des Evaluierungsverfahrens lieferten der geplante WBL-interne Wettbewerb um Forschungsgelder und die Verwaltung eines eigenen Fonds weitere Argumentationspunkte für die Einführung eines Senats.²¹³

Die Senatsgründung entwickelte sich schnell zum Hauptgegenstand der nächsten Präsidiumssitzungen. Dafür bildeten sich zunächst die Arbeitsgruppen „Satzung“ unter der Leitung von Falk Fabich (Forschungsverbund Berlin) und „Evaluierung“ unter Federführung von Friedhelm Neidhardt (WZB). Erstere kümmerte sich um den Entwurf für eine notwendige Satzungsänderung sowie um die Benennung der Senatsmitglieder, welche durch vorab eingereichte Vorschläge der Sektionen und des Präsidiums ausgewählt wurden.²¹⁴ Diskussionen gab es vor allem in Bezug auf die Stimmgleichheit und die Teilnahme des WBL-Vorstands (Präsident, Vizepräsident und Geschäftsführerin) an den Senatssitzungen. Die Mehrheit des Präsidiums sprach sich für eine Anwesenheit des Präsidenten und eine damit einhergehende Übernahme der Senatssitzungsleitung aus – allerdings ohne Stimmrecht. Der künftige Senat sollte sich aus rund 30 Mitgliedern zusammensetzen, darunter hochrangige Personen aus der Politik (Landes- und Bundesminister), herausragende Persönlichkeiten aus Öffentlichkeit, Wirtschaft und Kultur sowie angesehene Wissenschaftler aus den Fachgebieten der WBL/WGL.²¹⁵

²¹³ WBL, Protokoll Mitgliederversammlung 7./8.11.1996, S. 12, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

²¹⁴ WBL, Bericht der Geschäftsführerin für das Jahr 1997, S. 3, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

²¹⁵ Protokoll Präsidiumssitzung 4/97 der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste e. V. (WBL), 7. Juli 1997.

Ein entsprechend geänderter Satzungsentwurf konnte in der Mitgliederversammlung 1997 in Köln vorgestellt und verabschiedet werden. Des Weiteren wurde mit der geänderten Satzung auch die Umbenennung in „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz“ (WGL) beschlossen.²¹⁶ Der neue Paragraph 7 setzte die Rahmenbedingungen für Zusammensetzung und Funktionen des Senats fest. So gehörte es zu seinen Aufgaben, „Empfehlungen zur strategischen Weiterentwicklung der WGL und ihrer Mitgliedseinrichtungen und zur Steigerung der Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit von Forschung und Dienstleistungen für die Forschung abzugeben; Kriterien und Verfahren zur Sicherung und Stärke von Qualität und Leistungsfähigkeit der Mitgliedseinrichtungen zu entwickeln und solche Verfahren zu steuern; an der Fortschreibung der gemeinsamen Forschungsförderung mitzuwirken“.²¹⁷

Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit, Qualität, Leistungsfähigkeit – mit diesen Schlagworten bekräftigte die WGL ihr Bestreben, ihre Institutionalisierung durch die Senatsbildung weiter voranzutreiben. Doch dafür benötigte die Gemeinschaft weiterhin einen inneren Zusammenhalt, ein „wissenschaftliches Eros, welches uns emotional verbindet“, wie es Ingolf Hertel in seiner Festrede zur Jahresversammlung 1997 ausdrückte.²¹⁸ Eng verbunden mit diesem Qualitätsanspruch sei auch die vollzogene Namensänderung, da der Name Leibniz eine „Verpflichtung zur Exzellenz“ beinhalte.²¹⁹

Auch der Arbeitskreis „Evaluierung“ stellte seine Vorschläge hinsichtlich des künftigen Begutachtungsverfahrens vor. Für die Evaluierungen sah man einen externen Kreislauf vor, bei dem der Senat die Rolle eines Gesamtaufsichtsgremiums übernehmen sollte. Der geplante Ablauf sollte wie folgt vonstattengehen: Der Senat setzt einen Evaluierungsausschuss ein, welcher wiederum sogenannte Ad-hoc-Bewertungsgruppen für die Durchführung des Verfahrens bestimmt. Nach den Begehungen und einem fachlichen Prüfgericht durch die Bewertungsgruppen erstellt der Evaluierungsausschuss auf dieser Basis den Entwurf einer wissenschaftlichen Stellungnahme zur Fördertauglichkeit der jeweiligen Institute. Über diesen Entwurf entscheidet schließlich der Senat und leitet ihn an die Bund-Länder-Kommission weiter.²²⁰ Ferner gehörte ein interner Kreislauf in Form von „Präsentationen“ zu den neuen Evaluierungsplänen, die als Teil einer „Selbstkontrolle“ von Instituten vorgesehen waren: Die Wissenschaftlichen Beiräte der Institute bekommen alle zwei Jahre von ihren jeweiligen Instituten einen Bericht, zu dem sie eine Stellungnahme zu verfassen haben. Die entsprechenden Sektionen, denen

²¹⁶ Satzung der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz – WGL – i.d.F. vom 31.10.1997, § 1, Abs. 1.

²¹⁷ Ebd., § 5, Abs. 2.

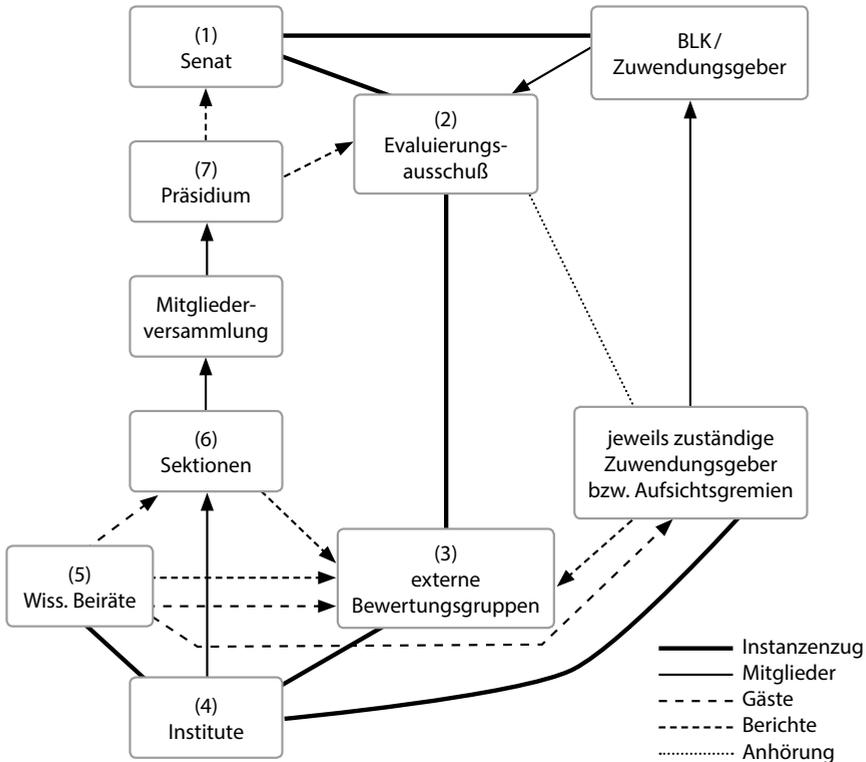
²¹⁸ Rede des Präsidenten zur Festversammlung bei der Jahrestagung der WBL 1997 in Köln, S. 4, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

²¹⁹ Ebd.

²²⁰ Qualitätsbeurteilung in der WGL. Vorschläge für künftige Evaluierungs- und Bewertungsverfahren. Diskussionsgrundlage für die Mitgliederversammlung der WBL am 30./31.10.1997, vorgelegt vom Präsidium der WBL (Stand 20.10.1997), S. 2f, in: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

die Institute angehören, entscheiden anhand des Berichts und der Stellungnahme über eventuellen Diskussionsbedarf.²²¹

Die komplexen Kreisläufe versuchte der Arbeitskreis „Evaluierung“ mit einem ebenso komplexen Schaubild zu veranschaulichen.



Vorschlag zur künftigen Evaluierungsstruktur der WGL

Quelle: HA WGL, Ordner Mitgliederversammlung 1997.

Diese Entwürfe blieben zunächst zukunftsgerichtet, da sich der Leibniz-Senat erst nach den laufenden Bewertungen des Wissenschaftsrats aktiv in das Evaluierungssystem einbringen konnte. Der Gründung des Senats stand dies aber nicht im Wege. Zudem bemühten sich seine Mitglieder von Beginn an, die Pläne für ein eigenständiges Evaluierungsverfahren zu konkretisieren. Das neue Gremium berief während der WGL-Jahrestagung am 18. November 1998 seine konstituierende Sitzung ein, nachdem seine Mitglieder schon im vorangegangenen Juli ernannt worden waren. So fanden sich im

²²¹ Ebd., S. 3.

November namhafte Wissenschaftler und Politiker zusammen, unter ihnen die Präsidenten von Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft, Hubert Markl (seit 1996 Nachfolger von Hans Zacher) und Hans-Jürgen Warnecke, der damalige Helmholtz-Vorsitzende Detlev Ganten, Richard von Weizsäcker, der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Hans-Joachim Meyer sowie der BDI- und spätere Leibniz-Präsident Hans-Olaf Henkel. Hinzu kam der Mediziner Peter C. Scriba, der auf eine langjährige Erfahrung in Akademien, Kuratorien und wissenschaftlichen Räten zurückblicken konnte.²²² Hubert Markl untermauerte von Beginn an die skeptische Haltung der Max-Planck-Gesellschaft. Er hielt es nach eigenen Angaben für schwierig, innerhalb der WGL „das Interessengeflecht zwischen Wissenschaft, Politik u. a. unter einen Hut zu bringen“.²²³ Für Markl war eine klare Strategiebildung die wichtigste Aufgabe der WGL, an der auch der Senat beteiligt werden müsse. Beteiligung bedeute aber nicht, dass der Senat die künftigen Ziele herausarbeite, dies müsse die Leibniz-Gemeinschaft als Verbund selbst übernehmen.²²⁴ Die Haltung Markls machte deutlich, wie weit die WGL aus Sicht seiner Organisation noch immer von einer ernstzunehmenden und konkurrenzfähigen Wissenschaftsgemeinschaft entfernt war. Dennoch bedeutete die Bildung eines hochrangig besetzten Senats für den Max-Planck-Präsidenten offenkundig eine Aufwertung der WGL. Dies lag vermutlich auch im hohen Stellenwert des eigenen Senats begründet, der eines der wichtigsten Entscheidungsgremien der Max-Planck-Gesellschaft darstellte.

Obgleich die Errichtung des Senats für die Außendarstellung und wissenschaftliche Reputation der WGL von großem Vorteil war, steigerte sie nicht das Interesse der medialen Öffentlichkeit. Der Blick auf die (über)regionale Berichterstattung entspricht Markls Bild von einer noch wenig ernstzunehmenden Institution. Denn einzig die Berliner Tageszeitungen hoben die Senatsgründung als wichtige Weichenstellung hervor.²²⁵ Dies hatte allerdings eher lokale Gründe, weil die Jahrestagung 1998 und somit auch die konstituierende Sitzung des Senats in Berlin stattfanden. Man könnte an dieser Stelle mutmaßen, dass die noch eingeschränkten Zuständigkeiten des Senats Grund für diese mangelnde Aufmerksamkeit waren. Doch auch nachdem der Senat knapp drei Jahre später die Verantwortung für das Evaluierungsverfahren übernahm, hielt sich die Presse zurück. Die Leibniz-Gemeinschaft rückte in den nachfolgenden Jahren vor allen Dingen aufgrund wissenschaftspolitischer Entwicklungen in den Fokus der Tageszeitungen.

²²² Siehe Protokoll der konstituierenden Sitzung des Senats der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. (WGL) 18. November 1998, in: HA WGL, Ordner Senat WGL 1. Sitzung 1998.

²²³ Ebd., S. 5.

²²⁴ Ebd., S. 3–6.

²²⁵ Lilo Berg, Die jüngste Forschungsorganisation wird erwachsen, in: Berliner Zeitung, 25.11.1998. Siehe auch Manfred Ronsheimer, Zuwachs für die Leibniz-Gemeinschaft, in: Berliner Morgenpost, 19.11.1998; n. n., Umwelt-Schwerpunkt der Leibniz-Gemeinschaft, in: Der Tagesspiegel, 19.11.1998.

5. Die Leibniz-Gemeinschaft im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik

Die Systemevaluation und ihre Folgen

Die Debatten über die Neugestaltung des deutschen Wissenschaftssystems waren nach der gelungenen Ost-West-Zusammenführung keinesfalls beendet. Der damit verbundene Ausbau der Forschungsmöglichkeiten, aber auch die Globalisierung und die europäische Integration erforderten aus Sicht der einschlägigen wissenschaftspolitischen Organe grundlegende Reformen, um sich weiterhin national und international bewähren zu können.²²⁶

Die Anfang 1995 eingeleitete Bewertungsrunde aller Blaue-Liste-Institute war der Beginn eines Prozesses, der von einer dezidierten Suche nach Stärken und Schwächen im Wissenschaftssystem geprägt war. Im Dezember 1996 beschlossen die Regierungsvertreter von Bund und Ländern, alle gemeinsam geförderten Forschungsorganisationen auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen. Die sogenannten Systemevaluationen von Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaft übernahm der Wissenschaftsrat, während bei Max-Planck, Fraunhofer und der DFG andere Kontrollgremien zum Einsatz kamen (s. u.). Im Fall der WGL war der Wissenschaftsrat nach den vollzogenen Einzelevaluierungen eine konsequente Wahl für die anstehende übergreifende Evaluation. Schließlich konnte der Wissenschaftsrat bei einer solchen Gesamtbewertung auf seine eigenen Einzelergebnisse zurückgreifen. Die Übernahme der Helmholtz-Evaluierung durch den Wissenschaftsrat hatte dagegen andere Gründe: Schlechte Erfahrungen mit internationalen Kommissionen, die die Großforschungseinrichtungen Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre gemacht hatten, sollten sich nicht wiederholen.²²⁷ Der evaluierungserfahrene Wissenschaftsrat konzentrierte sich bei WGL und Helmholtz sowohl auf interne als auch externe Aspekte. Das heißt, man betrachtete einerseits die Instrumente und

²²⁶ Vgl. Wissenschaftsrat, Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Berlin 2000, S. 2 f.

²²⁷ Wilhelm Krull / Simone Sommer, Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen, in: Peter Weingart / Niels C. Taubert, Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006, S. 200–253, hier S. 220.

Steuerungsformen der Wissenschaftsorganisationen, andererseits deren Beziehungen zu anderen Bereichen des Wissenschaftssystems.²²⁸

Obwohl die Selbstorganisation der WGL im Interesse des Wissenschaftsrats war, wurde sie im Gegensatz zu den übrigen außeruniversitären Organisationen im Abschlussbericht nicht konsequent in ihrer Funktion als Verbund erfasst. Stattdessen nahm der Rat eine Gesamtbewertung aller vorab evaluierten Blaue-Liste-Einrichtungen vor. Da noch nicht alle dieser Einrichtungen Mitglied der Wissenschaftsgemeinschaft waren, trug der Bericht den Titel „Systemevaluation der Blauen Liste“ und nicht „Systemevaluation der WGL“.²²⁹ Der öffentlichen Wahrnehmung als Wissenschaftsorganisation und der damit verbundenen Emanzipation vom Image des reinen Instruments der staatlichen Forschungsförderung kam dieser Aspekt auf den ersten Blick freilich nicht zugute. Gleichzeitig war die WGL dadurch nicht in der Lage, eigene Impulse im Hinblick auf das Evaluierungsverfahren mitsamt seiner institutsübergreifenden Abschlussbewertung einzubringen.

Die Einflussmöglichkeiten waren für die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft um einiges größer. Auf Vorschlag der beiden Organisationen fand eine gemeinsame Evaluierung statt, bei der ihre Stellung im gesamten System der staatlichen Förderung analysiert wurde. Die Bund-Länder-Kommission setzte für die Begutachtungen eine mit internationalen Experten besetzte Kommission ein. Neben der Überprüfung ihrer jeweiligen Leistungs- und Handlungsfähigkeit stand die Frage nach einer fruchtbaren Zusammenarbeit der zwei Organisationen mit den Hochschulen und der Wirtschaft im Vordergrund. Auch beim praktischen Bewertungsverfahren bestanden signifikante Unterschiede im Vergleich zur Evaluierung der WGL. Die Kommission besuchte nicht jedes einzelne Max-Planck-Institut, sondern beschränkte sich auf in Dresden, Göttingen und Heidelberg ansässige Einrichtungen. Selbiges galt für die erforderlichen Begehungen der Universitäten. Darüber hinaus machten sich die Gutachter bei Gesprächen mit einschlägigen Max-Planck- und DFG-Mitgliedern sowie mit Repräsentanten anderer Wissenschaftsorganisationen – einschließlich Vertretern der WGL – ein Bild über die qualitativen Standards.²³⁰ Ähnlich verlief die ein Jahr zuvor abgeschlossene Systemevaluation der Fraunhofer-Gesellschaft, für die Bund und Länder ebenfalls eine eigene Kommission einrichteten.²³¹ Die großen außeruniversitären

²²⁸ Vgl. Andreas Stucke, „Systemevaluation von Forschungseinrichtungen in Deutschland – Effekte?“. Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) an der Deutschen Hochschule für öffentliche Verwaltung in Speyer, 4./5. Oktober 2001, S. 4.

²²⁹ Wissenschaftsrat, Systemevaluation der Blauen Liste – Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Abschluss der Bewertung der Einrichtungen der Blauen Liste, Leipzig 2000.

²³⁰ Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Hannover 1998, S. 2f. Zum konkreten Ablauf des Verfahrens: Krull/Sommer, Deutsche Vereinigung, S. 212–218.

²³¹ Zu den Ergebnissen: Fraunhofer-Gesellschaft, Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission, München 1998. Zum konkreten Ablauf des Verfahrens: Krull/Sommer, Deutsche Vereinigung, S. 208–211.

Forschungsorganisationen wurden prinzipiell nicht angezweifelt, sondern als unverzichtbare Elemente angesehen. Dennoch zeigten die Evaluierungsergebnisse im Fall der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft auch Problemfelder auf, die über die Arbeit der beiden überprüften Institutionen hinausgingen. Dazu gehörte laut Evaluationsbericht insbesondere eine mangelnde Beweglichkeit des Wissenschaftssystems in Deutschland, die durch die Gründung außeruniversitärer Einrichtungen gefördert werde. Es fehle nicht zuletzt durch die verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern an Möglichkeiten, „innovative Forschungsfelder rasch aufzugreifen und sie jenseits bestehender Einrichtungen, in flexiblen, verbundförmigen und verschiedene Trägereinrichtungen umfassenden Strukturen zu bearbeiten.“²³² Weitere Gründe für die herrschende Inflexibilität in der deutschen Wissenschaft waren laut Evaluationsbericht unter anderem die „relative Schwäche der Universitäten gegenüber anderen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen“ sowie der Mangel an einem kontinuierlichen, alle außeruniversitären Einrichtungen betreffenden „Monitoring“.²³³

Die vermeintlich geringe Flexibilität der deutschen Forschung beschäftigte auch den Wissenschaftsrat. Nur wenige Monate vor Abschluss des Berichts zur Systemevaluation der Blauen Liste publizierte er seine „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“. Darin knüpfte er sowohl an die Ergebnisse der Systemevaluationen der großen Forschungsorganisationen als auch an andere forschungsfeldbezogene Querschnittsanalysen an. „Die Tendenz des Systems, sich in seine Einzelteile zu verselbstständigen, muss gestoppt werden“, fasste der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Winfried Schulze, die zentrale Forderung des fast 70-seitigen Thesenpapiers zusammen.²³⁴ Der Wissenschaftsrat positionierte sich damit deutlich gegen eine Einzelkämpfer-Mentalität der außeruniversitären Organisationen und der Hochschulen. Stattdessen machte er sich in den Empfehlungen für Vernetzungen durch nationale institutionsübergreifende Verbünde und durch eine vermehrte Internationalisierung stark.²³⁵ Wieder stand hierbei das Ziel im Vordergrund, die Forschung an den Universitäten zu stärken und näher mit den außeruniversitären Einrichtungen zusammenzubringen. Ein weiteres zentrales Anliegen war die Selbstorganisation der Wissenschaftseinrichtungen, Bund und Länder sollten sich aus der Detailsteuerung weitgehend heraushalten.²³⁶

Für die Blaue Liste sahen die Empfehlungen des Wissenschaftsrats dann allerdings anders aus. In seinem Bericht zur Systemevaluation, der im November 2001 veröffentlicht wurde, befürwortete der Wissenschaftsrat nämlich weiterhin explizit die

²³² Bericht zur Systemevaluation der DFG und MPG, S. 7.

²³³ Ebd., S. 7–9.

²³⁴ Lilo Berg, Mehr Praxis im Elfenbeinturm, in: Berliner Zeitung 12.2.2000, online verfügbar unter <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/die-thesen-des-wissenschaftsrates-zur-kuenftigen-entwicklung-des-forschungssystems-in-deutschland-mehr-praxis-im-elfenbeinturm,10810590,9815800.html> [19.6.2014].

²³⁵ Wissenschaftsrat, Thesen 2000, S. 4–6.

²³⁶ Ebd., S. 7.

Bund-Länder-Steuerung der Blaue-Liste-Einrichtungen.²³⁷ Die Verbandsarbeit durch die WGL sollte nach Ansicht der Gutachter zwar weitergeführt sowie von Bund und Ländern als „internes Instrument zu Wahrnehmung wichtiger Aufgaben der Selbstorganisation“ anerkannt werden. Entscheidend waren hierbei jedoch die Wörter „intern“ und „Instrument“. Denn der Wissenschaftsrat riet darüber hinaus klar davon ab, die dezentrale Gemeinschaft in eine Trägerorganisation umzuwandeln, „da dies der konstitutiven föderalen Basis widerspricht und Bund und Ländern ein flexibles Instrument zur Strukturierung der deutschen Forschungslandschaft nicht mehr zur Verfügung stehen würde“.²³⁸ Damit unterstrich der Bericht, wie unterschiedlich die institutionelle Bedeutung der WGL und der anderen staatlich geförderten Organisationen weiterhin eingeschätzt wurde.

Davon abgesehen bedeuteten die Empfehlungen für die WGL aber einen Erfolg, da der Wissenschaftsrat nicht nur die generelle staatliche Weiterförderung befürwortete. Vielmehr hob er eine Reihe positiver Entwicklungen im Rahmen des Institutionalierungsprozesses der Blauen Liste seit 1993 hervor. Entsprechend der damaligen Empfehlungen des Wissenschaftsrats hätten sich insbesondere die Neugliederung der Sektionen sowie institutsübergreifende Kooperationen – unter anderem in Forschungsverbänden – bewährt.²³⁹ Auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie die Umbenennung in Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Errichtung der hauptamtlich geführten Geschäftsstelle und die intensivierte Pressearbeit fanden positiven Anklang.²⁴⁰ Ganz im Sinne der Leibniz-Verantwortlichen fielen die Empfehlungen zum Bewertungsverfahren ihrer Einrichtungen aus, die weiterhin alle fünf bis sieben Jahre überprüft werden sollten. Der Wissenschaftsrat bekräftigte das Vorhaben, künftige Evaluierungen vom Senat steuern zu lassen. Das vom Wissenschaftsrat beschriebene Verfahren lehnte sich eng an die Entwürfe des WGL-Evaluationsausschusses von 1997 an.²⁴¹ In diesem Zusammenhang plädierte der Wissenschaftsrat auch für eine Aufgabe des Omnibus-Prinzips bei Neuaufnahmen, da es die forschungspolitische Handlungsfähigkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Blauen Liste einschränke.²⁴²

Während der fünfjährigen Evaluierungsphase von 1995 bis 2000 wurden 82 Institute der Blauen Liste sowie 11 Institute, die sich um eine Aufnahme bewarben, begutachtet. 68 konnten in diesem Zeitraum eine positive und 2 Institute eine zumindest vorläufig positive Bewertung erzielen. Im letzteren Fall bedeutete dies eine Weiterförderung von drei Jahren, in denen umfangreiche Umstrukturierungen geleistet werden mussten,

²³⁷ Wissenschaftsrat, Systemevaluation der Blauen Liste, S. 6 und S. 35 f.

²³⁸ Ebd., S. 36.

²³⁹ Ebd., S. 37 f.

²⁴⁰ Ebd., S. 39.

²⁴¹ Zum konkreten Ablauf des Bewertungsverfahrens siehe ebd., S. 42–48.

²⁴² Ebd., S. 47 f.

um die weitere Finanzierung zu sichern.²⁴³ 6 Einrichtungen wurden bis zum Jahr 2000 aufgrund negativer Evaluationsergebnisse von Bund und Ländern aus der Blauen Liste ausgeschlossen. Die ersten beiden Institute – das Dortmunder Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) und das Institut für Erdöl- und Erdgasforschung (IfE) in Clausthal-Zellerfeld – schieden im Jahr 1997 aus. Des Weiteren beendeten Bund und Länder 1998/99 die Finanzierung folgender vier Einrichtungen: Deutsches Bibliotheksinstitut in Berlin (DBI), Deutsches Institut für Fernstudienforschung in Tübingen (DIFF), Deutsche Zentralbibliothek für Landbauwissenschaften in Bonn (ZBL), Medizinisches Institut für Umwelthygiene an der Universität Düsseldorf (MIU). Die Beendigung der Bund-Länder-Finanzierung begründete der Wissenschaftsrat in allen Fällen damit, dass die jeweiligen Einrichtungen nicht mehr in ausreichendem Maße den Grundlagen der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen gerecht würden, ihre Leistungen also nicht die Anforderungen an eine „Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse“ erfüllten.

Darüber hinaus bekamen drei Einrichtungen eine positive Bewertung ihres Serviceteils, dafür aber eine negative im Forschungsteil. Dazu gehörten das Deutsche Institut für Pädagogische Forschung in Frankfurt am Main (DIPF), das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung e. V. München und das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Dies bedeutete jedoch keinen Ausschluss aus der gemeinsamen staatlichen Förderung, da die Wissenschaftsrat-Empfehlungen in allen drei Fällen eine Umwandlung in Serviceeinrichtungen vorsahen.²⁴⁴ Bei zwei dieser Einrichtungen zahlte sich diese Entscheidung aus – das DIPF und das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung sind noch heute Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Dagegen schied das HWWA im Jahr 2006 aus und fusionierte gleichzeitig mit der Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften (ZBW). Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hatte zuvor nach einer umfassenden Evaluierung die Zusammenführung dieser beiden Einrichtungen empfohlen, gleichzeitig jedoch eine unzureichende Neuakzentuierung des HWWA auf Serviceleistungen bemängelt.²⁴⁵

Die Verantwortlichen der Leibniz-Gemeinschaft äußerten sich positiv über den Bericht zur Systemevaluation, man fühlte sich „verstanden und gerecht beurteilt“.²⁴⁶ Sowohl die Beschlüsse zum Bewertungsverfahren als auch die Unterstützung der Verbandsarbeit wurden erfreut aufgenommen. Der Bericht förderte nach Ansicht des Präsidiums die

²⁴³ Betroffen waren das Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften (FÖV) sowie das Deutsche Museum München.

²⁴⁴ Siehe exemplarisch: Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, Berlin 1998, S. 7–9.

²⁴⁵ Senat Leibniz-Gemeinschaft, Stellungnahme zum Hamburgischen Weltwirtschafts-Archiv (HWWA), Berlin 2005, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Evaluierung/Senatsstimmungen/Senatsstimmnahme-HWWA-2005.pdf [10.7.2014].

²⁴⁶ Stellungnahme der Leibniz-Gemeinschaft zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, in: HA WGL, Materialien zur Mitgliederversammlung 2001, S. 90.

Stärkung des eigenen Selbstbewusstseins, nicht zuletzt weil der Wissenschaftsrat die oft kritisierte Vielfalt als attraktivstes Charakteristikum der Blaue-Liste-Einrichtungen bezeichnete.²⁴⁷ Dieses Bekenntnis zur Leibniz-Gemeinschaft und der damit verbundenen Förderlinie war keinesfalls selbstverständlich. Noch in der ersten Jahreshälfte mussten die Verbandsmitglieder um die Zukunft ihrer Gemeinschaft bangen. Bevor der Leibniz-Vorstand im März 2000 die Gelegenheit bekam, mit dem Wissenschaftsratsausschuss „Blaue Liste“ über Reformpläne und Strukturen zu sprechen, erhielt Frank Pobell, seit 1999 Nachfolger von Präsident Ingolf Hertel, unter der Hand einen ersten Entwurf des Evaluationsberichts. Dessen Inhalt war alarmierend: Darin war sowohl von „Instituten auf Zeit“ als auch von Vorschlägen zu lesen, die eine Verteilung einzelner Einrichtungen auf Hochschulen oder andere Forschungsorganisationen vorsahen.²⁴⁸ Der WGL-Vorstand reagierte prompt mit einem zweiten Memorandum, das den Titel „Mehr als die Summe der Institute“ trug und insbesondere zwei Stärken der Leibniz-Einrichtungen benannte: ihren gesellschaftlichen Einfluss, insbesondere in Bezug auf den wirtschaftlichen Aufbau in strukturschwachen Gebieten der neuen Bundesländer, sowie ihre Qualität und Wettbewerbsfähigkeit.²⁴⁹ Nach Einschätzung des Vorstands hatte das Memorandum einen großen Anteil am Umdenkprozess des Blaue-Liste-Ausschusses, der letztendlich einen positiveren Abschlussbericht verfasste.²⁵⁰ Inwiefern die Gemeinschaft in ihrer Existenz damals wirklich bedroht war, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Der Wissenschaftsrat selbst verfolgte trotz seines ersten Entwurfs zumindest nach eigenen Angaben nie das Ziel, die Leibniz-Gemeinschaft aufzulösen. Man sah zwar die Grenzen des „Instrument[s] der flexiblen Forschungspolitik von Bund und Ländern“, eine Umverteilung auf andere Stellen erschien finanziell aber höchst unrealistisch.²⁵¹

Die WGL begann im November 2000 umgehend mit den Vorbereitungen zum neuen Evaluierungsverfahren. Auf Basis der Empfehlungen des Wissenschaftsrats verabschiedete der Senatsausschuss im Januar 2001 ein Papier, das die wichtigsten Grundsätze festschrieb. Ebenso wie der Ablauf des Verfahrens orientierten sich die neu errichteten Gremien an den Vorschlägen des Jahres 1997 und bestehen bis heute:

1. Der *Senat* als „hochrangiges Gremium aus unabhängigen, herausragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus Vertretern des Bundes und der Länder und den Präsidenten bzw. Vorsitzenden der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen“.

²⁴⁷ Ebd.

²⁴⁸ WGL, Jahresbericht 2000, in: HA WGL, Materialien zur Mitgliederversammlung 2000 der Leibniz-Gemeinschaft, 1.–3. November, Berlin 2000, S. 30.

²⁴⁹ WGL, Mehr als die Summe der Institute – Die Leibniz-Gemeinschaft, 2. Memorandum, Bonn 2000, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Dokumente/Mehr_als_die_Summe_der_Institute.pdf [2.7.2014].

²⁵⁰ WGL, Jahresbericht 2000, S. 31, in: HA WGL, Materialien zur Mitgliederversammlung 2000.

²⁵¹ E-Mail von Karl Max Einhüpl an die Autorin vom 8.10.2014.

2. Der vom Senat eingesetzte *Evaluationsausschuss*, bestehend aus Mitgliedern des Senats und weiteren unabhängigen externen Wissenschaftlern sowie aus Repräsentanten der Zuwendungsgeber.
3. Die externe *Bewertungsgruppe*, bestehend aus Mitgliedern des Evaluierungsausschusses sowie Fachgutachtern, die international ausgewiesen sind und Erfahrungen mit Evaluierungen haben. Sie sollen keinem Leibniz-Institut angehören.²⁵²

Am 26. März 2001 ernannte der Senat die Mitglieder des Evaluationsausschusses, bestimmte dessen konkrete Aufgaben sowie die Arbeitsbereiche des neu eingerichteten Evaluationsreferats. Das Referat wurde zwar in der Geschäftsstelle angesiedelt, war aber dem Senat unterstellt und somit in seiner Funktion unabhängig von Präsidium und Geschäftsstelle.²⁵³

Ein gutes Jahr später, im Juni 2002, besuchte die vom Evaluationsausschuss ausgewählte Bewertungsgruppe die ersten beiden Leibniz-Institute. Mit dem Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNI) und dem Heinrich-Pette-Institut, Hamburg (HPI) handelte es sich um zwei Einrichtungen aus dem Gebiet der Lebenswissenschaften. Beide wurden als sehr gut, zum Teil sogar als hervorragend in ihrer Forschung bewertet.²⁵⁴ 2003 besuchten die Bewertungsgruppen bereits über zehn Einrichtungen. Das vom Senat gesteuerte Verfahren war innerhalb der außeruniversitären Forschung beispiellos und gab der WGL ein notwendiges Alleinstellungsmerkmal. Trotzdem entstanden in der ersten Hälfte der 2000er Jahre immer wieder hitzige politische Debatten über die Zukunft der Gemeinschaft. In dieser Zeit offenbarte sich in starkem Maße, welchen Nachteil die WGL aufgrund ihrer eingeschränkten Handlungsfähigkeit als dezentraler Verband hatte. Das „leicht steuerbare“ und „flexible“ „Instrument“ der Wissenschaftspolitik stand bei Reformvorschlägen stets an vorderster Stelle.

Von Frank Pobell bis Hans-Olaf Henkel

Schon zu Beginn seiner Amtszeit als WGL-Präsident wurde Frank Pobell immer wieder mit politischen Überlegungen zu einer Auflösung der Leibniz-Gemeinschaft bzw. einer Umverteilung ihrer Einrichtungen an andere Stellen konfrontiert. Derartige

²⁵² Ebd., S. 30.

²⁵³ Evaluation der Leibniz-Institute. Vorschläge zum Vorgehen des Senats der Leibniz-Gemeinschaft, Bonn, März 2001, in: HA WGL, Materialien 2001, S. 33.

²⁵⁴ Senat der Leibniz-Gemeinschaft, Stellungnahme zum Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin, Berlin 2003, online verfügbar unter: http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Evaluierung/Senatsstellungennahmen/Senatsstellungnahme-BNI-2003.pdf [2.7.2014]; Senat der Leibniz-Gemeinschaft, Stellungnahme zum Heinrich-Pette-Institut für Experimentelle Virologie und Immunologie an der Universität Hamburg (HPI), Berlin 2003, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Evaluierung/Senatsstellungennahmen/Senatsstellungnahme-HPI-2003.pdf, [2.7.2014].

Erwägungen blieben vorerst inoffiziell und verschwanden so schnell, wie sie entstanden waren.²⁵⁵ Der Entwurf des Systemevaluationsberichts in 2000 stellte dagegen in den Augen der WGL-Verantwortlichen eine konkrete Gefahr dar und zwang sie zum Handeln. Eine zweite Bedrohung stellten jene Reformpläne dar, die fast zeitgleich innerhalb des BMBF reiften. Edelgard Bulmahn, seit Oktober 1998 Bundesministerin für Bildung und Forschung in der rot-grünen Bundesregierung, widmete sich ab 1999 der Erneuerung der Bildungs- und Forschungslandschaft. Zu ihren Zielen gehörten eine umfassende Hochschulreform, die Ausweitung der Nachwuchsförderung sowie ein Aufbrechen der „Versäulung“ des deutschen Wissenschaftssystems. Im letzteren Fall war vor allem die zeitgleich vom Wissenschaftsrat geforderte Kooperation zwischen den einzelnen Forschungsorganisationen gemeint.²⁵⁶ Zunächst fiel der Druck des BMBF auf die Leibniz-Gemeinschaft vordergründig gering aus, insbesondere nachdem die Bildungsministerin bei einer Senatssitzung im März 2000 den festen Platz der WGL in der deutschen Forschungslandschaft bekräftigte. Allerdings wies Bulmahn unmissverständlich darauf hin, dass eine größere Vernetzung über die eigene Forschungsorganisation hinaus unumgänglich sei.²⁵⁷ In der Erstfassung (und auch in der finalen Fassung) des Systemevaluationsberichts fanden sich einige Punkte wieder, die sich eng an Bulmahns Reformpläne anlehnten. Da die ersten Reformbestrebungen des BMBF und die Ausarbeitung der Stellungnahme des Wissenschaftsrats zeitlich weitgehend zusammenfallen, könnte der Schluss naheliegen, dass einige Argumentationen des Systemevaluationsberichts auch auf Druck des BMBF entstanden. Der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Karl Max Einhäupl, unterstreicht jedoch die Unabhängigkeit des Gremiums von den Interessen des BMBF.²⁵⁸

Für die WGL-Verantwortlichen waren der bevorstehende Bericht zur Systemevaluation sowie Bulmahns Reformpläne Grund genug, sich Anfang der 2000er Jahre nochmals verstärkter der eigenen Identitätsbildung und Außendarstellung zu widmen. Das erwähnte Memorandum „Mehr als die Summe der Institute“ war nur eine Maßnahme zur öffentlichen Standortbestimmung. Zusätzlich veröffentlichte die Geschäftsstelle der WGL im März 2000 zum ersten Mal die sogenannten „Leibniz-Nachrichten“, ein Informationsblatt, das in erster Linie der internen Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinschaft dienen sollte. Denn nach Auffassung der WGL waren sich die Mitarbeiter der einzelnen Einrichtungen oftmals auch fünf Jahre nach der Gründung nicht darüber im Klaren, welchen Sinn und Nutzen der Verband hatte.²⁵⁹ In einer Zeit, in der man sich vor Wissenschaftsrat sowie Bund und Ländern als erfolgreich agierende Einheit präsentieren

²⁵⁵ Vgl. Interview mit Frank Pobell am 8.5.2014 in Dresden.

²⁵⁶ Reiner Korbmann, „Die Forschung hat wieder Priorität“. Interview mit Edelgard Bulmahn, in: bild der wissenschaft, 1.11.2000, online verfügbar unter http://www.wissenschaft.de/archiv/-/journal_content/56/12054/1670626/%E2%80%9EDie-Forschung-hat-wieder-Priorit%C3%A4t%22/ [25.7.2014].

²⁵⁷ WGL, Jahresbericht 2000, S. 26, in: HA WGL, Materialien 2000.

²⁵⁸ E-Mail von Karl Max Einhäupl an die Autorin vom 8.10.2014.

²⁵⁹ WGL, Jahresbericht 2000, S. 39, in: HA WGL, Materialien 2000.

wollte, war solch ein weitverbreitetes Unwissen natürlich kontraproduktiv. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass sich die Leibniz-Nachrichten auf forschungspolitische Fragen zur Finanzierung und Struktur der WGL fokussierten. Ebenso informierten sie ihre Leser in den ersten Ausgaben über den aktuellen Vorbereitungsstand der Systemevaluierung.²⁶⁰ Einige Monate nach der Amtsübernahme von Hans-Olaf Henkel im Juni 2001 wurde das Informationsblatt allerdings vorerst wieder eingestellt.

Einen regelrechten PR-Coup erreichte die WGL schließlich im März 2001 mit der Wahl ihres neuen Präsidenten Hans-Olaf Henkel. Nicht ohne Bedacht hatten sich Frank Pobell und der übrige Vorstand an den ehemaligen Industriemanager gewandt, der im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern keine Karriere in der wissenschaftlichen Forschung vorweisen konnte. Durch seine Mitgliedschaft in den Senaten der Max-Planck- und der Leibniz-Gemeinschaft war er dafür mit wissenschaftspolitischen Fragen bestens vertraut. Im Besonderen sprachen für Hans-Olaf Henkel seine Kontakte zu hochrangigen Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik. Außerdem erhoffte man sich durch den prominenten Neupräsidenten, der ein gern gesehener Talkshow-Gast war, eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit. Henkel selbst tat Pobells Idee, ihn zu seinem Nachfolger zu machen, zwar im ersten Moment als absurd ab. Es dauerte aber nicht lange, bis er Gefallen an der Vorstellung fand, Präsident der jungen Wissenschaftsgemeinschaft zu werden. Gründe gab es für ihn genug: Erstens war er nach eigenen Angaben seit seiner Zeit als Mitglied im Senat der WGL beeindruckt vom Enthusiasmus der Vereins-Vorsitzenden, die es in Eigenregie und trotz eingeschränkter Finanzmittel geschafft hatten, einen Forschungsverband aufzubauen. Zum Zweiten beobachtete er schon seit einigen Jahren eine gewisse „Arroganz“ vonseiten der großen Organisationen, der er entgegentreten wollte.²⁶¹ Drittens stellte die WGL für den bekennenden Anhänger des föderalistischen Prinzips ein „Abbild des deutschen Föderalismus“ dar.²⁶²

Doch genau dieser Föderalismus sollte dem dritten Leibniz-Präsidenten in den kommenden Jahren auch Schwierigkeiten bereiten. Zunächst ist festzustellen, dass sich die Geschäftsstelle in den ersten Monaten nach Henkels Wahl tatsächlich über vermehrtes mediales Interesse freuen konnte. Die Presseanfragen vervielfachten sich im Vergleich zu den Vorjahren. Allerdings hingen viele Anfragen noch mit Henkels vorherigem Amt als Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zusammen und bezogen sich weniger auf die WGL selbst.²⁶³ Auch in Talkshow-Auftritten wurde er weiterhin in erster Linie als Manager und ehemaliger BDI-Präsident ausgewiesen. Dennoch ist nicht

²⁶⁰ Leibniz-Nachrichten Nummer 1, März 2000; Leibniz-Nachrichten Nummer 3, August 2000, Leibniz-Nachrichten Nummer 4, November 2000, in: HA WGL, Ordner WGL Mitgliederversammlung 99 – Leibniz-Nachrichten – Infos an alle Institute.

²⁶¹ Interview mit Hans-Olaf Henkel am 3.2.2014 in Berlin.

²⁶² WGL, Protokoll der Außerordentlichen Mitgliederversammlung 2001 der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, in: HA WGL, Materialien 2001, S. 11.

²⁶³ WGL, Jahresbericht 2001, S. 68, in: HA WGL Materialien 2001.

von der Hand zu weisen, dass Henkel während seiner vierjährigen Präsidentschaft zu einer größeren öffentlichen Wahrnehmung der Leibniz-Gemeinschaft beitrug. Kaum im Amt, sah er sich mit tiefgreifenden politischen Diskussionen um die Kompetenzverteilung von Bund und Ländern konfrontiert. Sein selbstbewusstes, mitunter streitbares Auftreten sowie seine wirtschaftlichen und politischen Kontakte brachten der WGL in dieser Angelegenheit sowohl Vor- als auch einige Nachteile.

Die Entflechtungsdebatte

Das von Hans-Olaf Henkel so stark befürwortete Föderalismusprinzip geriet ausgerechnet während seiner Amtszeit ins Wanken. Im Oktober 2003 einigten sich Bundestag und Bundesrat auf die Errichtung einer gemeinsamen Kommission²⁶⁴, die Vorschläge zur Umverteilung der Zuständigkeiten im föderalen Deutschland ausarbeiten sollte. Darunter fielen unter anderem die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschungsförderung. Die sogenannte „Entflechtungsdebatte“ begann schon rund eineinhalb Jahre zuvor, denn im Zuge der Hochschulreformpläne rückte die Frage in den Vordergrund, inwieweit der Bund in der Hochschul- und Forschungsfinanzierung entlastet werden könne. Den Vertretern des Bundes war klar, dass sie sich nicht völlig aus der wissenschaftlichen Förderung zurückziehen konnten, da die Länder aufgrund der Vielzahl an Bildungs- und Forschungseinrichtungen nicht in der Lage waren, die alleinige finanzielle Verantwortung zu tragen. Aus diesem Grund reifte die Idee, die Zuständigkeiten des Bundes zukünftig auf die großen Organisationen Max-Planck, Fraunhofer und Helmholtz zu beschränken. Für den Hochschulbau und die Institute der Leibniz-Gemeinschaft war im Umkehrschluss eine vollständige Unterstützung durch die Länder vorgesehen. Ein Teil der Leibniz-Institute sollte außerdem in die anderen Forschungsorganisationen integriert werden.²⁶⁵

Außerhalb des Bundes fanden diese Ideen wenig Anklang. Die Länder wollten weder ihre Einflussnahme auf die drei „Großen“ verlieren, noch ohne Unterstützung des Bundes die beträchtliche Anzahl an Leibniz-Einrichtungen tragen. Die Leibniz-Gemeinschaft sowie die anderen Mitglieder der „Allianz“ sprachen sich öffentlich gegen derartige Umstrukturierungen und für eine Beibehaltung der gemeinsamen Forschungsförderung als gesamtstaatliche Aufgabe aus.²⁶⁶ Die betroffenen Forschungsorganisationen wurden nicht einmal offiziell über die Umstrukturierungspläne unterrichtet, vielmehr erfuhren sie erst durch ein in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* abgedrucktes Interview mit

²⁶⁴ „Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“.

²⁶⁵ Vgl. Ekkehard Nuissl, Entflechten oder Verflechten?, in: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung, I/2004, S. 48–49, hier S. 48.

²⁶⁶ Ebd., S. 49.

Justizministerin Brigitte Zypries davon.²⁶⁷ Dieser Umstand hinterließ bei den Betroffenen einen faden Beigeschmack. Die wissenschaftliche Seite fühlte sich übergangen, zumal der Wissenschaftsrat während der politischen Beratungen über die Zukunft der Forschungsförderung kein direktes Mitbestimmungsrecht hatte. Nur einzelne Experten des Rates wurden angehört. Anstelle der jeweiligen Wissenschaftsminister hatten auf Länderebene die Ministerpräsidenten das alleinige Wort. Auch in der im Oktober 2003 ins Leben gerufenen Kommission befanden sich keine Wissenschaftler, sondern fast ausschließlich Finanzexperten und Juristen.²⁶⁸

Für die Leibniz-Gemeinschaft hätte eine potentielle Entflechtung bedrohliche Auswirkungen gehabt. Die haushaltsschwachen (ostdeutschen) Länder bzw. die Länder, in denen sich Leibniz-Standorte konzentrierten, wären kaum dazu in der Lage gewesen, allein die Kosten zu tragen. Berlin beispielsweise hatte zu diesem Zeitpunkt elf nach der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“ geförderte Institute vorzuweisen. So war es nicht verwunderlich, dass innerhalb der Gemeinschaft die Angst vor Mittelkürzungen, Institutsschließungen oder -umverteilungen auf andere Organisationen umherging. Ebenso besorgt waren die weniger finanzstarken Länder, die schon mit der alleinigen Finanzierung des Hochschulbaus vor erheblichen Schwierigkeiten stehen würden.²⁶⁹

Hans-Olaf Henkel erwies sich für die Leibniz-Gemeinschaft während der Entflechtungsdebatte als leidenschaftlicher Kämpfer. Er nutzte seine Bekanntheit, um in der regionalen und überregionalen Presse heftige Kritik zu äußern. Insgesamt gab die Leibniz-Gemeinschaft von 2003 bis 2004 rund 50 Stellungnahmen in Form von Interviews, Meinungsbeiträgen, Leserbriefen und veröffentlichten Reden an die Presse heraus. Henkel fand als Präsident nach Auswertungen der Geschäftsstelle rund 150 Mal Erwähnung in Pressenachrichten.²⁷⁰ Hervorzuheben sei vor allem die ausführliche und kritische Berichterstattung der *FAZ* und des *Tagesspiegels*. Mehrfach verwiesen die Zeitungen auf deutliche, bei einem Parlamentarischen Abend der Leibniz-Gemeinschaft geäußerte Worte Henkels: Ausgerechnet beim globalen Thema Forschung versuche sich die Bundesregierung in „Kleinstaaterei“.²⁷¹ Im November 2003 löste ein kurzer *FAZ*-Bericht

²⁶⁷ Christian Schwägerl, Des Kanzlers Riesenreich, in: *FAZ*, 2.5.2003, S. 105.

²⁶⁸ Vgl. Lieber doch in einem Boot. Interview mit Max Einhäupl, in: Deutschlandfunk-Online, 14.11.2003, online verfügbar unter http://www.deutschlandfunk.de/lieber-doch-in-einem-boot.676.de.html?dram:article_id=21031 [11.8.2014]; „Wir verlieren die Balance“. Interview mit Max Einhäupl, in: *Der Tagesspiegel*, Online-Nachrichten, 1.6.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheit/wir-verlieren-die-balance/520384.html> [11.8.2014].

²⁶⁹ Vgl. ebd.

²⁷⁰ Leibniz-Gemeinschaft, Jahresbericht 2004, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Jahresbericht-2004-Leibniz-Gemeinschaft.pdf [12.08.2014], S. 17.

²⁷¹ Christian Schwägerl, Kleinstaaterei, in: *FAZ*, 8.5.2003, S. 39; Ders., Der Verteilungskampf, in: *FAZ*, 4.6.2003, S. 128; Ders., Bewährte Verflechtung, in: *FAZ*, 24.7.2003, S. 169; Bärbel Schubert: Das große Zittern, in: Ta-

über einen Vortrag des Leibniz-Präsidenten an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig einen Leserbrief-Disput aus. Als „Unsinnig und gefährlich“ bezeichnete Henkel laut des Berichts das Vorhaben, die gemeinsame Forschungsförderung durch Bund und Länder aufzulösen bzw. zu trennen. Die Institute wären somit an kurzfristige politische Interessen gebunden.²⁷² Der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jörg Tauss, kritisierte Henkel daraufhin in einem Leserbrief scharf und bezeichnete ihn als „Besitzstandswahrer“, der die Debatten über die Modernisierung der Forschungslandschaft zu behindern versuche.²⁷³ Hans-Olaf Henkel wies die Anschuldigungen des Fraktionssprechers entschieden zurück, schließlich habe sich keine andere Forschungsorganisation in den vergangenen Jahren so stark verändert wie die Leibniz-Gemeinschaft.²⁷⁴

Die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Henkel und Tauss folgten einen Monat, nachdem beide bei einer öffentlichen Anhörung zur „Neuordnung der bildungs- und forschungspolitischen Zuständigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“ aufeinandergetroffen waren. Die Anhörung fand im Rahmen einer Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Bundestages statt. Gemeinsam mit anderen Sachverständigen aus dem Bildungs- und Wissenschaftssektor bekam Henkel Gelegenheit, Stellung zu den geplanten Veränderungen in der Hochschul- und Leibniz-Finanzierung zu beziehen. Neben den Ausschussmitgliedern und Hans-Olaf Henkel nahmen unter anderem Max Einhüpl (seit 2001 Wissenschaftsratsvorsitzender), Peter Gaethgens (Präsident der Hochschulrektorenkonferenz) und DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker teil.²⁷⁵ Jörg Tauss leitete die Sitzung als Vorsitzender des Ausschusses. Inhaltlich äußerte sich Henkel ähnlich wie bereits in vorangegangenen öffentlichen Stellungnahmen.²⁷⁶

Die öffentliche Anhörung brachte keinerlei positive Effekte für die Leibniz-Gemeinschaft, was sich nicht nur am kurz darauffolgenden Leserbriefdisput offenbarte. Im Januar 2004 verschärfte sich die öffentliche Auseinandersetzung, nachdem Edelgard Bulmahn der Öffentlichkeit ihre weitergehenden Vorstellungen über eine Entflechtung der Bund- und Länderfinanzierung mitteilte. Ganz offensichtlich knüpften ihre in einer Rede vorgestellten Ideen an den ersten Entwurf des Systemevaluationsberichts der Blauen Liste an, denn die Bundesforschungsministerin zog in Betracht, nunmehr

gesspiegel-Online, 24.7.2003, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheit/das-grosse-zittern/433572.html> [12.8.2014].

²⁷² Michael Ashelm, Bulmahns Irrglauben, in: FAZ, 11.11.2003, S. 34.

²⁷³ Jörg Tauss, Henkels Palaver (Leserbrief), in: FAZ, 22.11.2003, S. 39.

²⁷⁴ Hans-Olaf Henkel, Gesamtstaatliche Aufgabe (Leserbrief), in: FAZ, 26.11.2003, S. 10.

²⁷⁵ Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Kurzprotokoll 18. Sitzung. Öffentliche Anhörung zur „Neuordnung der bildungs- und forschungspolitischen Zuständigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin, 20. Oktober 2003, online verfügbar unter http://webarchiv.bundestag.de/archive/2007/0206/ausschuesse/archiv15/a17/anhoeerungen/02_foederal/Protokoll.pdf [22.8.2014].

²⁷⁶ Ebd., S. 32.

alle Leibniz-Institute auf die übrigen drei großen Forschungsorganisationen oder auf andere Dritte zu übertragen und somit die Gemeinschaft vollständig aufzulösen. Bulmahns Pläne wurden in der Presse erneut sehr kritisch aufgenommen. Große Tageszeitungen wie die *FAZ*, *Die Welt* und der *Tagesspiegel* veröffentlichten Gegenstimmen zu den Plänen, beispielsweise vom Wissenschaftsrat, aus den Länderregierungen und aus der Leibniz-Gemeinschaft selbst. Der einheitliche Tenor – auch in den Kommentaren der Zeitungen – war, dass die Leibniz-Gemeinschaft nicht zerschlagen werden dürfe.²⁷⁷ Natürlich konzentrierte sich die Reformdiskussion weiterhin nicht nur auf die Leibniz-Gemeinschaft, sondern betraf die Finanzierung der deutschen Forschungslandschaft in ihrer Gesamtheit. Die Bund-Länder-Finanzierung wurde immer noch als unerlässlich betrachtet, nicht zuletzt aufgrund der finanziell benachteiligten Bundesländer.²⁷⁸ Darüber hinaus kritisierten die Printmedien, der Wissenschaftsrat und die Leibniz-Gemeinschaft, Deutschland habe zwar außeruniversitäre Spitzenforschung zu bieten, aber die Hochschulen lägen im internationalen Vergleich weit zurück.²⁷⁹

Für die Leibniz-Gemeinschaft stellten die Überlegungen Bulmahns eine weitere Anfechtung dar. Erneut war Hans-Olaf Henkel im Konflikt um die künftige Forschungspolitik allgegenwärtig. Zeitweise erschien er sogar wie ein einsamer Kämpfer, was vor allem einem Umstand geschuldet war: Obwohl die Gemeinschaft schon einige Jahre Mitglied in der „Allianz“ war, mangelte es ihrem Präsidenten an Unterstützung aus den Reihen der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft.²⁸⁰ Dies mag zum einen der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass die Leibniz-Gemeinschaft im Kreis der großen Forschungsorganisationen noch immer als Outsider wahrgenommen wurde. Zum anderen konnte Henkel aber auch äußerst provokant auftreten, was die gemeinsame Zusammenarbeit zusätzlich erschwert haben dürfte.²⁸¹

²⁷⁷ Christian Schwägerl, Kritik am Vorstoß Bulmahns, in: *FAZ*, 21.1.2004, S. 5; Ders., Einfallsfreie Zone, in: *FAZ*, 21.1.2004, S. 17; Ders., Stimme für Leibniz, in: *FAZ*, 3.3.2004, S. 53; Anja Kühne, Gefährliche Freiheit, *Tagesspiegel-Online*, 21.1.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/gefahrlische-freiheit/483806.html>, [11.7.2013]; Dies., Milliarden für die Unis – und bitte sofort, in: *Tagesspiegel-Online*, 22.1.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/milliarden-fuer-die-unis-und-bitte-sofort/484060.html>, [11.7.2013]; Regina Köhler, Bulmahn erntet für Reformvorstoß Proteste, in: *Welt-Online*, 22.1.2004, online verfügbar unter <http://www.welt.de/print-welt/article288119/Bulmahn-erntet-fuer-Reformvorstoss-Proteste.html> [16.7.2013]; Norbert Lossau, Hans-Olaf Henkel fordert Masterplan für Forschung Ost und West, in: *Welt-Online*, 16.5.2004, online verfügbar unter <http://www.welt.de/print-welt/article389394/Hans-Olaf-Henkel-fordert-Masterplan-fuer-Forschung-Ost.html> [16.7.2013].

²⁷⁸ Ebd.

²⁷⁹ Buchhard; Kühne, Milliarden für die Unis; Anja Kühne, „Wir verlieren die Balance“, in: *Der Tagesspiegel*, Online-Nachrichten, 1.6.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/wir-verlieren-die-balance/520384.html> [16.7.2014]; Thomas de Padova, Aschenbrödel der Forschung, in: *Tagesspiegel-Online*, 21.7.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/aschenbroedel-der-forschung/533144.html> [16.7.2014].

²⁸⁰ Thomas de Padova, „Wir sorgen für Dampf in der Forschung“, in: *Tagesspiegel-Online*, 6.2.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/wir-sorgen-fuer-dampf-in-der-forschung/488344.html> [16.7.2014], Interview mit Hans Olaf Henkel am 3.2.2014.

²⁸¹ Interview mit Hans-Olaf Henkel am 3.2.2014.

So sehr sich die Auseinandersetzungen um den Umbau der Forschungslandschaft auch hochschaukelten, darf eines nicht außer Acht gelassen werden: Sie fußten größtenteils auf einzelnen, in der Öffentlichkeit getätigten Aussagen aus dem Bildungs- und Forschungsministerium. Wie konkret diese Pläne waren, wussten letztendlich weder die Presse noch der Wissenschaftsrat oder die Leibniz-Gemeinschaft selbst. Mitte März 2004 teilte ein Sprecher des BMBF dem Journal des Forschungsverbands Berlin mit, Edelgard Bulmahn werde nicht allein über die Zukunft der Leibniz-Gemeinschaft entscheiden. Erst nach entsprechenden Beschlüssen der Föderalismuskommission werde man gegebenenfalls den Wissenschaftsrat mit einer möglichen Neuordnung betrauen.²⁸² Die abwartende Haltung der Bildungs- und Forschungsministerin ließ die Sorgen innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft nicht verschwinden, aber zumindest legte sich der öffentliche Aufruhr. Da sich die Debatte um die allgemeine Föderalismusreform noch viele Monate hinzog und die Vorschläge der Föderalismuskommission Ende 2004 schließlich scheiterten, blieb für die Leibniz-Gemeinschaft ein negatives Ergebnis zunächst aus. Zum Scheitern der Föderalismusreform trug nach Einschätzung von Karl Max Einhäupl zudem auch bei, dass der Wissenschaftsrat in Hintergrundgesprächen immer wieder zum Ausdruck brachte, wie sehr eine Entflechtung dem Forschungssystem schaden würde.²⁸³ Eine Wendung brachte darüber hinaus der Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahlen im Herbst 2005. Die Bildung der großen Koalition unter der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel ging mit einem personellen Austausch im BMBF einher. Die CDU-Politikerin Annette Schavan löste die Sozialdemokratin Edelgard Bulmahn ab. Dieser politische Wechsel wurde allen voran von Hans-Olaf Henkel sehr begrüßt. In einer öffentlichen Stellungnahme bezeichnete er die Wahl Schavans als „Glücksfall für die deutsche Wissenschaft“.²⁸⁴ Tatsächlich verschwanden mit ihr als Bundesforschungsministerin die Ideen einer möglichen Auflösung der Leibniz-Gemeinschaft.

Als weitere glückliche Personalentscheidung stellte sich zudem die fast zeitgleich stattfindende Wahl des Chemikers Ernst Theodor Rietschel zum neuen Leibniz-Präsidenten auf der Mitgliederversammlung Ende November heraus. Henkel beendete damit sein Wirken nach den üblichen zwei Amtsperioden von jeweils zwei Jahren. Rietschel, vorher langjähriger Direktor des Forschungszentrums Borstel, kannte Annette Schavan persönlich und pflegte vor und während seiner Amtszeit ein gutes Verhältnis zu ihr. So begleitete sie ihn im Rahmen seiner Präsidentschaft sogar auf einigen Auslandsreisen.²⁸⁵ Rietschel wollte den Regierungswechsel als Chance nutzen, die Leibniz-Gemeinschaft als unverzichtbare Größe in der Wissenschaftslandschaft zu bestätigen. Dafür besuchte

²⁸² Forschungsverbund Berlin e. V., Online-Pressemitteilung, 15.3.2004, online verfügbar unter <http://www.fv-berlin.de/oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilungen-1/pressemeldungen-archiv/2004/foederalismuskommision-soll-ueber-leibniz-gemeinschaft-entscheiden> [1.9.2014].

²⁸³ E-Mail von Karl Max Einhäupl an die Autorin.

²⁸⁴ Hans-Olaf Henkel: „Schavan ist ein Glücksfall für die deutsche Wissenschaft“, idw-Meldung, 17.10.2005, online verfügbar unter <https://idw-online.de/de/news132190> [3.9.2014].

²⁸⁵ Interview mit Ernst. T. Rietschel am 12.2.2014.

er mehrfach die Bund-Länder-Kommission, die Kultusminister der Länder und die Mitglieder der „Allianz“. Insbesondere musste er sich um ein besseres Verhältnis zu den anderen Wissenschaftsorganisationen bemühen, da es durch Henkels streitbare Persönlichkeit teilweise gelitten hatte.²⁸⁶

Ende Juni 2006 verabschiedete die Große Koalition die Föderalismusreform, d. h. das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes und das Föderalismusreform-Begleitgesetz. Im Bereich der außeruniversitären Forschungsförderung blieb entgegen der ursprünglichen Überlegungen Edelgard Bulmahns alles beim Alten, während der Bund den gemeinsamen Hochschulbau sowie die direkte Förderung des Schulwesens in die alleinigen Hände der Länder gab.²⁸⁷ Die Geschehnisse seit der abgeschlossenen Systemevaluation zeigen in aller Deutlichkeit, wie sehr die Zukunft der Leibniz-Gemeinschaft von politischen Kursrichtungen abhängig war. Gleichzeitig offenbarten sie die geringen politischen Einflussmöglichkeiten des Verbandes. Die Gegenstimmen aus der Leibniz-Gemeinschaft wurden zwar gehört, aber von einem Mitspracherecht konnte keine Rede sein. Andererseits mag dieser Umstand auch positive Effekte für die Gemeinschaft gehabt haben: Denn sie war und ist das einzige wissenschaftliche „Instrument“, in das sich die Politik aktiv einmischen kann. Dies könnte paradoxerweise ein weiterer einschlägiger Grund für ihr Fortbestehen gewesen sein.

Obgleich sich die Unterstützung durch die großen Wissenschaftsorganisationen während der Entflechtungsdebatte stark in Grenzen hielt, stellte sich die Presseöffentlichkeit hinter die Leibniz-Gemeinschaft. Dies bedeutete zumindest einen Teilerfolg für die junge Wissenschaftsorganisation, die noch wenige Jahre zuvor wenig Beachtung gefunden hatte.

Krisen als Verstärkung der eigenen Identität

Die Entflechtungsdebatte entwickelte sich zu einer grundlegenden Bedrohung für die Leibniz-Gemeinschaft, der der Verband mit einer Reihe von Maßnahmen entgegentrat. Einige Reaktionen auf diese Krise wurden bereits hervorgehoben, darunter Henkels öffentliche Statements in Form von Reden, Artikeln und Leserbriefen. Noch unerwähnt ist ein weiteres Positionspapier, das die Gemeinschaft 2004 als direkte Antwort auf Bulmahns Überlegungen ausarbeitete. Darin betonte man erneut die Kooperation mit den Hochschulen sowie die Strenge und Konsequenz bei der Evaluierung der einzelnen Institute. Aus gegebenem Anlass stellte das Papier zudem die große Bedeutung der Leibniz-Zentren für die neuen Bundesländer heraus. Dies galt beispielsweise für das Leibniz-Institut für Neurobiologie in Magdeburg (IfN), die Ausgründung von rund 80 Unternehmen aus der Leibniz-Gemeinschaft (davon über die Hälfte in den Neuen

²⁸⁶ Ebd.

²⁸⁷ Zu den Beschlüssen der Föderalismusreform siehe BGBl. 2006, Teil 1 Nr. 42, S. 2098.

Bundesländern) und die damit verbundene Schaffung neuer qualifizierter Arbeitskräfte. Somit hätten die Leibniz-Einrichtungen im Osten eine doppelte Funktion – als wissenschaftliche Kompetenzzentren sowie als Motoren für die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Region.²⁸⁸ Mit diesen Argumenten wollte das Präsidium verdeutlichen, dass die Leibniz-Gemeinschaft nicht nur eine zeitlich begrenzte Notlösung für die Einpassung der ehemaligen Akademieinstitute war, sondern inzwischen eine zukunftsweisende, nachhaltige Funktion erfüllte. Als weitere Reaktion auf die Auflösungspläne ließ die Geschäftsstelle die eingestellten Leibniz-Nachrichten wieder aufleben, um die interne Kommunikation zu unterstützen.²⁸⁹

Trotz der Debatten über ihre ungewisse Zukunft darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Wissenschaftsgemeinschaft während der Präsidentschaft von Hans-Olaf Henkel ihre wissenschaftlichen Kooperationen weiterhin ausbaute. Dazu gehörten zunehmend internationale, über den europäischen Raum hinausreichende Kontakte. Ab dem Jahr 2002 empfingen Präsident und Geschäftsführer jährlich Wissenschaftler aus China, Nord- und Südkorea, Kuba, Japan, Vietnam, Neuseeland und Israel. Nachdem bereits über 40 Leibniz-Einrichtungen mit Forschungsinstituten in China und Taiwan kooperierten, errichtete die Gemeinschaft im selben Jahr eine China-Kommission zur Förderung der gemeinsamen Zusammenarbeit.²⁹⁰ Der Grund für das besondere Interesse einiger asiatischer Staaten wie China und Vietnam am Leibniz-Verband lag in der damals bevorstehenden Umwandlung ihrer eigenen Akademieinstitute, die ihre Unabhängigkeit erlangen sollten. Die Struktur der Leibniz-Gemeinschaft galt als beispielhaft für eine erfolgreiche Umwandlung – und wurde den chinesischen und vietnamesischen Partnern vom Bundesforschungsministerium entsprechend anempfohlen.²⁹¹ Nachdem sich der Verband darüber hinaus mehrfach bei der Europäischen Union präsentierte, beschloss die Mitgliederversammlung im November 2005 die Errichtung eines mit zweieinhalb Mitarbeiterstellen ausgestatteten Büros in Brüssel.²⁹²

Diese positiven Bilanzen stehen in enger Verbindung und Wechselwirkung mit dem Auftreten der Leibniz-Verantwortlichen. Auf der einen Seite konnten Ernst T. Rietschel und die weiteren Vorstandsmitglieder diese positiven Entwicklungen nur erzielen, indem sie sich von der Entflechtungsdebatte nicht beirren ließen. Auf der anderen Seite stärkten die Erfolgserlebnisse das Selbstbewusstsein der Leibniz-Gemeinschaft. Die

²⁸⁸ Erfolg durch Wettbewerb und Kooperation. Die Bedeutung der Leibniz-Gemeinschaft in der deutschen Wissenschaftslandschaft (Positionspapier), Februar 2004, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Dokumente/Positionspapier.pdf [22.7.2014].

²⁸⁹ WGL, Leibniz-Nachrichten, Nr. 14, März 2005, S. 1, online verfügbar unter http://www.catalysis.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/3_Institut/PR/Leibniz-Nachrichten/Nachrichten14.pdf [9.9.2014].

²⁹⁰ WGL, Jahresbericht 2002, S. 21; in: HA WGL Materialien 2002; WGL, Jahresbericht 2003, S. 15 f., online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Jahresbericht-2003-Leibniz-Gemeinschaft.pdf [9.9.2014].

²⁹¹ Ebd.

²⁹² WGL, Protokoll (Entwurf) der 11. Mitgliederversammlung 2005, S. 9, in: HA WGL, Materialien zur Mitgliederversammlung 2006.

Überwindung der Krise rief eine noch größere Entschlossenheit bei den Leibniz-Funktionären hervor. Auch der personelle Wechsel gereichte der Gemeinschaft zum Vorteil, denn mit Ernst Theodor Rietschel kam ein Präsident mit neuen Plänen und Visionen. Gänzlich unvertraut war ihm die Situation der WGL nicht, denn von 2003 bis 2005 hatte er bereits als deren Vizepräsident fungiert. Nicht zuletzt diese schwierige Zeit, in der er immer wieder die starke Einflussnahme der Politik hatte erleben müssen, motivierte ihn, die Nachfolge von Henkel anzutreten. Eines seiner grundlegenden Ziele war die Stärkung der gemeinsamen Identität. Hier erkannte Rietschel noch immer ein erhebliches Defizit, obwohl seit 2000 eine Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung einer Corporate Identity in die Wege geleitet worden waren.²⁹³ Rietschel knüpfte daran an, insbesondere war er um die weitere Etablierung des Namens „Leibniz“ bestrebt.

Die Mitgliederversammlung 2002 hatte festgelegt, dass das Kürzel WGL nur noch in juristischen Angelegenheiten und stattdessen stets der Name Leibniz-Gemeinschaft benutzt werden sollte. Dementsprechend änderte sich Anfang 2003 sowohl das Design des vereinseigenen Logos als auch das Layout des Verbandsjournals. Nachdem das alte Logo nur das Kürzel „WGL“ trug, setzte das neue den Akzent auf die „Leibniz-Gemeinschaft“.



Neues Logo ab 2003

Aus dem „WGL-Journal“ wurde „LEIBNIZ – Das Journal der Leibniz-Gemeinschaft“ mit neuem Layout.

Die Leibniz-Institute hatten hinsichtlich ihrer Identitätsbildung ein erhebliches Manko: Die meisten waren auf den ersten Blick nicht als solche erkennbar. Deshalb warb Rietschel un-

ermüdetlich bei seinen Mitgliedern für eine Umbenennung nach dem Vorbild von Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten in „Leibniz-Institut für ...“. Zu Beginn seiner Amtszeit führten 21 von 84, zum Ende mehr als die Hälfte aller Einrichtungen diesen Zusatz in ihrem Namen. Von den 21 „Leibniz-Instituten“ im Jahr 2005 befanden sich 18 in den neuen Bundesländern.²⁹⁴ Den Anfang hatten 2001 zwei ebenfalls ostdeutsche Institute gemacht: das Leibniz-Institut für Atmosphärenphysik an der Universität Rostock (IAP) und das Leibniz-Institut für Neurobiologie in Magdeburg (IfN). Dass sich das IfN so früh zur Leibniz-Gemeinschaft bekannte, ist nicht verwunderlich, schließlich wurde es von einem Leibniz-Akteur der ersten Stunde, Henning Scheich, geführt. Insgesamt bestätigte sich durch diesen nur vordergründig trivialen Aspekt der Namensgebung eine seit der Gründung des Verbands vorherrschende Tendenz. Die Institute der neuen Bundesländer zeigten sich auch über zehn Jahre nach ihrer „Einpassung“ offener und flexibler gegenüber ihrer Wissenschaftsgemeinschaft. Da sie seit ihrer Neugründung in

²⁹³ Interview mit Ernst T. Rietschel am 12.2.2014.

²⁹⁴ Siehe die ausführliche Liste aller Leibniz-Einrichtungen im Jahrbuch 2005. Leibniz-Gemeinschaft, Jahrbuch 2005, S. 131 f.



Journal-Layouts von 1998 bis 2003

die Strukturen der Gemeinschaft eingebunden waren, fiel die Identifikation um einiges höher aus als bei ihren westdeutschen Pendanten. Letztere taten sich weitaus schwerer mit der Umstellung ihres traditionellen Namens. Allgemein musste Ernst T. Rietschel feststellen, dass auch nach zehnjährigem Bestehen der Organisation einige der alteingesessenen Westinstitute wenig Bereitschaft zeigten, sich den Interessen des Verbands anzupassen.²⁹⁵ Sie schienen noch immer stark der Zeit der Blauen Liste verhaftet zu sein, in der sie nur für sich selbst agierten. Dies betraf gewiss nicht alle westdeutschen Einrichtungen, schließlich befanden sich unter ihnen auch etliche dem Verein zugewandte Direktoren und Geschäftsführer. Die größere Offenheit gegenüber der Leibniz-Gemeinschaft blieb jedoch der einzige signifikante Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern, während ihr Forschungsniveau gleichwertig war. Objektiv betrachtet war die Ablehnung des Namenszusatzes durchaus nachvollziehbar. Schließlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich um rechtlich selbstständige Einrichtungen handelte, die weiterhin eine ebenso eigenständige Identität hatten. Sie existierten schon vor Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft, teilweise sogar vor der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“. Und auch im Falle einer negativen Evaluierung würde das jeweilige Institut bestehen bleiben, sofern sich eine anderweitige Finanzierung auftäte. Ein solcher Umstand würde dann wiederum eine Namensänderung vonnöten machen. Natürlich hoffte keine Einrichtung, aus der Bund-Länder-Förderung ausgeschlossen zu werden, aber unter Einbeziehung der genannten Aspekte waren die Bedenken durchaus nachvollziehbar.

²⁹⁵ Interview mit Ernst T. Rietschel am 12.2.2014.

Ein geschlossenes Auftreten unter dem Namen Leibniz reichte freilich nicht aus, um einen festen Platz im Forschungssystem zu behaupten und Zweiflern entgegenzutreten. Eine zweite Maßnahme zur institutionellen Festigung stellte für Rietschel die Stärkung der Bonner Geschäftsstelle dar. Hierzu wurde nicht nur ein neuer wissenschaftlicher Referent angestellt, sondern im Juni 2006 auch die Stelle eines Generalsekretärs geschaffen. Den Posten übernahm Michael Klein, der zuvor zwei Jahre als Geschäftsführer der Leibniz-Gemeinschaft fungiert hatte. Berlin blieb Sitz des Präsidenten, und von hier aus betrieben Pressesprecher Frank Stäudner (ab 2006 Thomas Vogt) und Referent Christoph Herbort-von-Loeper (seit 2005) auch weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit der Leibniz-Gemeinschaft. Das Berliner Büro hatte aus guten Gründen eine wichtige PR-Funktion. Zum einen brachte die Nähe zu den Bundesministerien einen großen Vorteil, zum anderen waren Berlin und sein Umland bekanntlich ein Ballungsraum für Leibniz-Einrichtungen. Um diese 20 Einrichtungen in Berlin-Brandenburg in das örtliche politische Bewusstsein zu rücken, erstellten die beiden Pressereferenten 2006 und 2007 Informationsbroschüren, die an Bundes- und Landtagsabgeordnete, Wissenschaftsministerien der Länder sowie an die Leiter von Universitäten verschickt wurden.²⁹⁶ Bis zum Jahr 2010 kamen zu den drei in Berlin ansässigen wissenschaftlichen Referenten (mitsamt den Pressereferenten) noch zwei weitere hinzu. Gemeinsam mit den Bonner Mitarbeitern hatte sich die Anzahl der Referentenstellen innerhalb von fünf Jahren also nahezu verdoppelt.

Zum Prozess der Identitätsbildung und Profilschärfung gehörte neben dem institutionellen Ausbau selbstverständlich auch die wissenschaftliche Weiterentwicklung. Ab Mitte der 2000er Jahre folgten eine Reihe wissenschaftlicher Initiativen, die einerseits die Wettbewerbsfähigkeit, andererseits die Vernetzung der Leibniz-Gemeinschaft förderten. Diese Initiativen standen im Kontext des 2006 in Kraft getretenen Pakts für Forschung und Innovation, ein von Bund und Ländern entwickeltes Programm zur wettbewerblichen Mittelvergabe in den Forschungsorganisationen. Der Pakt bildete das außeruniversitäre Gegenstück zur zeitgleich gestarteten Exzellenzinitiative an den deutschen Hochschulen. Mit beiden Maßnahmen sollte der Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig gestärkt werden.

²⁹⁶ WGL, Jahresbericht 2006, S. 33, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Jahresbericht-2006-Leibniz-Gemeinschaft.pdf [9.9.2014]; WGL, Jahresbericht 2007, S. 42, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Jahresbericht-2007-Leibniz-Gemeinschaft.pdf [9.9.2014].

6. Wissenschaftliche und institutionelle Weichenstellungen bis heute

Der Pakt für Forschung und Innovation und die Exzellenzinitiative

Die Ideen für die Exzellenzinitiative und den Pakt für Forschung und Innovation entstanden während der letzten Phase der Reformdebatte. Bereits während der Föderalismusdebatte rückte innerhalb des Bundesforschungsministeriums die Schaffung von international wettbewerbsfähigen Exzellenzhochschulen in den Vordergrund. Knapp drei Wochen nachdem die SPD bei einer Klausurtagung am 5./6. Januar konkrete Leitlinien zur Etablierung von Spitzenhochschulen und Forschungszentren verabschiedet hatte, präsentierte Edelgard Bulmahn ihre Pläne unter dem plakativen Slogan „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten.“²⁹⁷ Nicht nur der gewöhnungsbedürftige Titel der Initiative, der in den Zeitungen aufgrund seiner Anlehnung an TV-Castingshows beißenden Spott erntete, rief Skeptiker auf den Plan.²⁹⁸ Sowohl aus den Reihen der CDU-Bundestagsfraktion als auch vonseiten der Länder kam Kritik auf, weil die Initiative nur bis zu fünf Hochschulen als ausgewiesene Spitzenuniversitäten vorsah. Aufgrund zahlreicher Einwände änderte die Bundesregierung ihr Konzept dahingehend, dass sich die Exzellenzförderung nicht mehr zwingend auf ganze Universitäten, sondern auf einzelne Programme und Bereiche der Universitäten beziehen sollte. Die im Juni 2005 verabschiedete Vereinbarung konzentrierte sich schließlich auf drei Förderprogramme: Zukunftskonzepte der Universitäten, Exzellenzcluster und die Graduiertenschule zur besonderen Förderung der Doktoranden.²⁹⁹

²⁹⁷ Ausführlich zur Exzellenzinitiative siehe Michael Sondermann/Dagmar Simon/Anne-Marie Scholz/Stefan Hornbostel, Die Exzellenzinitiative: Beobachtungen aus der Implementierungsphase, iFQ-Working Paper No.5, Dezember 2008, online verfügbar unter http://www.forschungsinfo.de/Publikationen/Download/working_paper_5_2008.pdf [21.9.2014].

²⁹⁸ Jens Jessen, Brain Up! Die Superstars der Wissenschaft, in: Zeit-Online, 29.1.2004, online verfügbar unter http://www.zeit.de/2004/06/Glosse_I_6 [21.9.2014]; n.n., Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten, in: FAZ-Online, 26.1.2004, online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/bildung-deutschland-sucht-seine-spitzenuniversitaeten-1147112.html> [21.9.2014]; n.n., Elite-Unis: Castingshow mit Edelgard, in: Spiegel-Online, 26.1.2004, online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/elite-unis-castingshow-mit-edelgard-a-283607.html> [21.9.2014].

²⁹⁹ Sondermann/Simon/Scholz/Hornbostel, Exzellenzinitiative.

Parallel dazu suchte das Bundesforschungsministerium den Dialog mit den außeruniversitären Forschungsorganisationen. Am 2. April 2004 fand ein erstes Gespräch zwischen dem Abteilungsleiter des BMBF, Christan D. Uhlhorn, und den Geschäftsführern bzw. Generalsekretären der führenden Organisationen statt. Uhlhorn stellte einen Plan vor, der drei Prozent mehr Haushaltsgelder in Aussicht stellte, dafür aber konkrete Maßnahmen zur Leistungs- und Effizienzsteigerung forderte. Einen Monat später beschäftigte sich der Ausschuss Forschungsförderung mit diesen Plänen, wodurch auch die Länder in die Förderpläne involviert waren. Anders als das Konzept zur Exzellenzinitiative liefen die Beratungen über die Pläne zur außeruniversitären Forschung ohne Kontroversen ab. Am 8. Juli folgte eine Anhörung der Wissenschaftsorganisationen. Im Vorfeld hatte die Bund-Länder-Kommission Fragebögen zur Standortbestimmung der jeweiligen Organisationen versendet. Das Antwortpapier der Leibniz-Gemeinschaft fand positiven Anklang.³⁰⁰ In dem Fragebogen ging es um die Stellung der Organisationen im internationalen und nationalen Vergleich sowie um Kooperation, Vernetzung und Nachwuchsförderung. Als ein Alleinstellungsmerkmal im Vergleich zu universitären und außeruniversitären Einrichtungen führte die Leibniz-Gemeinschaft ihr Evaluierungsverfahren an, das auch im internationalen Vergleich beispielhaft sei. Zu den weiteren wesentlichen Punkten des Qualitätsmanagements gehörten die Kosten-Leistungs-Rechnung sowie die Programmbudgets.³⁰¹ Ein Charakteristikum der Leibniz-Gemeinschaft sei ferner die ausgedehnte Hochschulkooperation unter anderem durch die Mitwirkung in Sonderforschungsbereichen und Graduiertenkollegs der DFG.³⁰²

Der Pakt wurde schließlich Ende Juni 2005 von Bund und Ländern beschlossen und war zunächst auf die Jahre 2006 bis 2010 ausgelegt. Die fünf großen Forschungsorganisationen mussten sich dazu verpflichten, folgende Punkte einzuhalten: Benchmarking und Qualitätssicherung, Strategische Planung und Vorschau, Vernetzung und Exzellenzcluster, nationale und internationale Kooperationen, Nachwuchsförderung, qualifizierte Wissenschaftlerinnen in Leitungspositionen, Verwertung von Forschungsergebnissen und Mitarbeiterausgründungen.³⁰³ Von den vorgesehenen drei Prozent Aufwuchs gingen jährlich je ein Prozent (zwischen acht und neun Millionen Euro) in das neue Wettbewerbsverfahren. Die Vergabe der restlichen zwei Prozent hing von Wirtschafts- bzw. Programmbudgetverhandlungen zwischen den Einrichtungen und ihren Sitzländern ab.³⁰⁴

³⁰⁰ Leibniz-Gemeinschaft, Jahresbericht 2004, S. 4, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Jahresbericht-2004-Leibniz-Gemeinschaft.pdf [21.9.2014].

³⁰¹ Leibniz-Gemeinschaft, Pakt für Forschung und Innovation. Fragenkatalog der BLK für die Wissenschafts- und Forschungsorganisationen zur Anhörung am 8. Juli 2004. Antworten der Leibniz-Gemeinschaft, S. 3, in: Ordner Außerordentliche Mitgliederversammlung 2004.

³⁰² Ebd., S. 10.

³⁰³ Materialien zur Mitgliederversammlung 2006 der Leibniz-Gemeinschaft, S. 5.

³⁰⁴ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung des Pakts für Forschung und Innovation in der Leibniz-Gemeinschaft. Bericht der Leibniz-Gemeinschaft an die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, in: BLK, Pakt für Forschung und Innovation, Monitoring 2007, S. 3 f.

Mit der zweiten Phase des Pakts ab 2011 erhöhte sich der jährliche Aufwuchs auf fünf Prozent und damit das Gesamtbudget des Pakts für die Leibniz-Gemeinschaft von einer Milliarde auf eineinhalb Milliarden Euro. Dadurch stiegen selbstverständlich auch die Ressourcen für den internen Wettbewerb.³⁰⁵

Die Leibniz-Gemeinschaft entwarf in diesem Rahmen ihre eigene Wettbewerbspraxis. Im sogenannten „SAW-Verfahren“ prüft der dafür eingesetzte Senatsausschuss Wettbewerb (SAW) die in den Leibniz-Einrichtungen ausgearbeiteten Projektanträge, um später seine Empfehlungen an den Senat vorzustellen. Der Senat wiederum leitet die Empfehlungen an die Bund-Länder-Kommission/ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz weiter. Ähnlich wie im Evaluierungsverfahren war es der Leibniz-Gemeinschaft wichtig, ein unabhängiges Gremium zur Qualitätssicherung einzuschalten.³⁰⁶ Der Senatsausschuss Evaluierung bestand in den ersten Jahren aus zwei Senatoren, sechs externen Wissenschaftlern, die vom Senat auf Vorschlag der Sektionen und des Interdisziplinären Verbundes der Serviceeinrichtungen (IVS) benannt wurden, fünf Sektionssprechern sowie der Sprecherin des IVS. Weitere Mitglieder ohne Stimmrecht waren die Vizepräsidenten sowie der Generalsekretär der Leibniz-Gemeinschaft und je ein Vertreter der European Science Foundation sowie der Geschäftsstellen der Bund-Länder-Kommission/ Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, des Wissenschaftsrats und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.³⁰⁷

Die Durchsetzung des Pakts war für die Forschungsorganisationen und insbesondere für die Leibniz-Gemeinschaft zwar höchst erfreulich, jedoch zeigten sich zu Beginn auch einige Nachteile. Noch bevor der Pakt offiziell anlief, führte er zu erheblichem Unmut bei der Leibniz-Gemeinschaft. So zeigte sich anhand der im Jahr 2005 gestellten ersten Anträge, wie kompliziert die von den jeweiligen Bundesländern gesteuerte Umsetzung des Verfahrens war. Dies lag an den teilweise stark voneinander abweichenden rechtlichen Ordnungen der beteiligten Bundes- und Länderstellen.³⁰⁸ Darüber hinaus erhielt die Leibniz-Gemeinschaft für das Jahr 2006 entgegen der versprochenen drei nur zweieinhalb Prozent Aufwuchs von Bund und Ländern. Im September sandte Jürgen Schlegel im Namen der Bund-Länder-Kommission einen Brief an Präsident Ernst T. Rietschel, in dem er auf die „massive Kritik“ seitens der Leibniz-Gemeinschaft einging. Er wehrte sich gegen den Vorwurf, Bund und Länder hielten sich nicht an die Zusagen des Pakts. Stattdessen begründete Schlegel die niedrigere Steigerungsrate mit dem Verweis auf Sondertatbestände wie beispielsweise das Ausscheiden des Hamburgischen

³⁰⁵ Leibniz-Gemeinschaft, Jahresbericht 2011–2012, S. 17, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Jahresbericht/Leibniz_Jahresbericht2011-2012_WEB.pdf [21.9.2014].

³⁰⁶ Vgl. ebd. sowie Eckhard George, Leistung durch Wettbewerb, in: Leibniz-Journal 3 / 4 2006, S. 14.

³⁰⁷ Leibniz-Gemeinschaft, Jahresbericht 2005, S. 8.

³⁰⁸ Leibniz-Gemeinschaft, Protokoll (Entwurf) der 11. Mitgliederversammlung 2005 der Leibniz-Gemeinschaft, in: Materialien 2006, S. 13.

Weltwirtschaftsarchivs aus der gemeinsamen Forschung. „Wenn Sie sich die Liste ansehen, werden Sie feststellen, dass ganz wenige summenmäßig große ‚Ausreißer‘ den Gesamtdurchschnitt dramatisch senken können, obwohl die große Mehrheit der Institute eine mindestens dreiprozentige Steigerung erfahren hat. Wenn man – wie die Zuwendungsgeber, aber auch die Leibniz-Gemeinschaft selbst dies tut – nicht nach dem Gießkannenprinzip jedem Leibniz-Institut drei Prozent Zuwachsraten gewährt, sondern bedarfs- und leistungsgerecht die Mittel zuweist, muss es zwangsläufig zu temporären Abweichungen vom Paktziel nach oben oder nach unten kommen. Bei der Vielzahl der Finanzierungsbeteiligungen und Institute ist dies anders nicht realisierbar.“³⁰⁹

Daraufhin sandte Rietschel ein Protestschreiben an alle Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin, in dem er auch das Förderungsprinzip der Blauen Liste für die nicht eingehaltene Drei-Prozent-Steigerung verantwortlich machte.³¹⁰ Den Wissenschaftsministern in Bund und Ländern machte er zugleich Vorschläge zur Vereinfachung des SAW-Verfahrens. Probleme sah er vorrangig in der administrativen Umsetzung des Verfahrens, weil die Gelder des Pakts auf Grundlage der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen ausgezahlt würden, d. h. 50 Prozent vom Bund, 50 Prozent von den Ländern. Um die SAW-Mittel in die Haushaltsaufstellungsverfahren der Einrichtungen (Programmbudgets) einzubeziehen, müssten die Anträge immer über ein Jahr vor Projektbeginn beim jeweiligen Sitzland gestellt werden. Diese lange Wartezeit auf eine Zu- oder Absage sei für das wissenschaftliche Personal sehr problematisch, argumentierte Rietschel.³¹¹ Tatsächlich konnten einige Projekte dadurch nicht verwirklicht werden, weil die involvierten Wissenschaftler in der Zwischenzeit eine andere Aufgabe gefunden hatten. Als vereinfachtes Vorgehen schlug Rietschel vor, dass der Ein-Prozent-Anteil zwar weiter im Rahmen der Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“ verteilt, aber konkret als SAW-Mittel ausgewiesen werden solle.³¹²

Die Verantwortlichen der Bund-Länder-Kommission nahmen die Einwände zum komplizierten Ablauf und dessen erheblichen Nachteilen Ernst. Sie beauftragten die Leibniz-Gemeinschaft gleich nach dem ersten Jahr des Paktes, offizielle Verbesserungsvorschläge für die Zukunft auszuarbeiten.³¹³ Am Ende übernahm der Fachausschuss „WGL“ der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz diese Aufgabe und stellte der Leibniz-Gemeinschaft Ideen zur administrativen und zeitlichen Vereinfachung vor.³¹⁴

³⁰⁹ Brief des Generalsekretärs der Bund-Länder-Kommission an den Präsidenten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, in: Materialien 2006, S. 109 f.

³¹⁰ Brief des Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft an alle Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin vom 27.10.2006, in: Materialien 2006, S. 111.

³¹¹ Brief des Leibniz-Präsidenten an alle Wissenschaftsminister / innen in Bund und Ländern vom 27. Oktober 2006, in: Materialien 2006, S. 113–116.

³¹² Siehe die vorletzte FN.

³¹³ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung des Pakts für Forschung und Innovation. Dritter Bericht der Leibniz-Gemeinschaft an die GWK, in: GWK, Monitoring 2009, S. 5, online verfügbar unter <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-08-PFI-Monitoring-Bericht-2009.pdf> [22.9.2014].

³¹⁴ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung 2007, S. 4f.

Die Umsetzung dieser Vorschläge dauerte einige Jahre bzw. ging sukzessive vonstatten. Zu den Neuheiten gehörten seit 2010 die Förderlinie „Internationalisierung“, eine ausführliche Gutachterdatenbank und ein elektronisches System für das Einreichen der Forschungsanträge. Außerdem wurde das SAW-Verfahren erstmals allein durch die Leibniz-Gemeinschaft koordiniert, wodurch sich die Zeit zwischen Antrag und Projektbeginn allerdings nicht verkürzte. Im Jahr 2011 wurde ferner ein von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz empfohlener Impulsfonds eingerichtet, mit dem Projekte gefördert werden sollten, die sich auf die Gesamtheit der Leibniz-Gemeinschaft bezogen.³¹⁵ Im ersten Jahr war der Fonds eine wichtige Geldquelle für die Errichtung von fünf WissenschaftsCampi (s. u.), ebenso unterstützte man mit den darin enthaltenen zwei Millionen Euro das Leibniz-DAAD-Fellowship-Programm sowie die Frauenförderung.³¹⁶

In welchem Maße profitierte die Leibniz-Gemeinschaft – im Ganzen gesehen – vom Pakt für Forschung und Innovation? Trotz der Nachteile im praktischen Verfahren konnten mithilfe des SAW-Wettbewerbs jährlich immerhin bis zu 36 neue Forschungsprojekte gefördert werden. Von 2006 bis 2012 erhöhte sich das von Bund und Ländern für das Leibniz-Verfahren ausgeschüttete Finanzvolumen von 6 auf 28 Millionen Euro.³¹⁷ Dies bedeutete zweifelsfrei einen großen Erfolg für die Gemeinschaft sowie eine Bestätigung der wissenschaftlichen Qualität ihrer Einrichtungen. Außerdem ermöglichten die zusätzlichen Gelder aus dem Pakt den Ausbau der forschungsbezogenen Kooperationen mit den Hochschulen und anderen außeruniversitären Instituten – disziplinär wie interdisziplinär. Beispielhaft hierfür sind insbesondere die WissenschaftsCampi, deren Ziel darin besteht, über die verschiedenen fachlichen Disziplinen hinaus herausragende wissenschaftliche Arbeit in Netzwerken zu ermöglichen und nach außen hin sichtbar zu machen. Ihnen gehören jeweils mindestens ein Leibniz-Institut und eine Hochschule aus demselben Bundesland an.³¹⁸ Der erste WissenschaftsCampus entstand 2008 an der Universität Tübingen, bis heute gibt es weitere Campi in Halle, Mainz, Mannheim und Rostock. Der Tübinger WissenschaftsCampus verfolgt den Schwerpunkt „Bildung und Informationswelten“ und ist ein Zusammenschluss des Leibniz-Instituts für Wissensmedien und der Universität Tübingen.³¹⁹ Seit verganginem Jahr verfügt Mannheim sogar über zwei WissenschaftsCampi. Nach dem „Mannheim Centre for Competition and Innovation“ (MaCCI) als Austauschplattform zwischen Juristen und Ökonomen kam am 1. April 2014 der Campus „Mannheim Taxation“ (MaTax) hinzu, ein gemeinsames

³¹⁵ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung des Pakts für Forschung und Innovation. Vierter Bericht der Leibniz-Gemeinschaft an die GWK, in: GWK, Monitoring 2010, S. 5, online verfügbar unter <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Heft-23-PFI-Monitoring-Bericht-2011.pdf> [22.9.2014].

³¹⁶ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung des Pakts für Forschung und Innovation. Fünfter Bericht der Leibniz-Gemeinschaft an die GWK, in: GWK, Monitoring 2011.

³¹⁷ GWK, Monitoring 2013, Anhang: Tabellen, S. 72.

³¹⁸ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung des Pakts für Forschung und Innovation. Sechster Bericht, GWK Monitoring 2012, S. 22.

³¹⁹ Zum Tübinger WissenschaftsCampus siehe <http://www.wissenschaftscampus-tuebingen.de/www/de/index.html?ref=folder7> [Zugriff am 15.07.2015].

Projekt des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Universität Mannheim.³²⁰

Die zweite Laufzeit des Pakts für Forschung und Innovation von 2011 bis Ende 2015 sah eine verstärkte Internationalisierung der beteiligten Forschungsorganisationen vor. Dies bot der Leibniz-Gemeinschaft größere Möglichkeiten zum Anwerben einschlägiger internationaler Forscher aus aller Welt.³²¹ Mit der finanziellen Aufstockung in der zweiten Paktphase stiegen auch die Impulsfonds-Mittel an, mithilfe derer zunächst unter anderem neun interne, interdisziplinäre Forschungsverbünde geschaffen werden konnten. Bis 2014 folgten zwei weitere. Die Verbünde etablierten sich neben dem Evaluierungsverfahren als ein weiteres Markenzeichen der Leibniz-Gemeinschaft.³²² Sie zeigen eindrücklich, dass die oft kritisierte wissenschaftliche Vielfalt der Leibniz-Institute keine Isolation untereinander bedeuten muss. Stattdessen stellen die Forschungsverbünde selbst bei inhaltlich und methodisch weit voneinander entfernten Wissenschaften Verbindungen her. So arbeiten im Verbund „Krisen in einer globalisierten Welt“ Institute aus den Bereichen Wirtschaft, Raumentwicklung, Geschichte und Sozialwissenschaften zusammen. Folgende weitere Forschungsverbünde entstanden bis zum heutigen Tag: Bildungspotentiale, Biodiversität, Energiewende, Historische Authentizität, Medizintechnik: Diagnose, Monitoring und Therapie, Nachhaltige Lebensmittelproduktion und gesunde Ernährung, Nanosicherheit, Science 2.0 sowie Wirkstoffe und Biotechnologie.³²³

Einen weiteren Vorteil brachte der Pakt für Forschung und Innovation im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der Leibniz-Gemeinschaft und ihren Zuwendungsgebern. Natürlich kann nicht von einer völligen Emanzipation von politischer Einflussnahme gesprochen werden. Schließlich kommen die Paktgelder von Bund und Ländern und sind an vorgegebene Bedingungen geknüpft. Trotzdem können Präsidium und Geschäftsführung weitgehend frei über die jeweilige Mittelvergabe entscheiden. Dies ist aus oben genannten Gründen insbesondere seit Beginn der zweiten Phase des Pakts der Fall.

Einen wichtigen Beitrag zur Analyse des Pakts für Forschung und Innovation leistet Karl Ulrich Mayer mit seinen 2013 publizierten Überlegungen und Lösungsvorschlägen für die Zeit nach Auslaufen des Pakts und der Exzellenzinitiative.³²⁴ Die Rolle und die Auswirkungen der Exzellenzinitiative der Hochschulen auf die deutsche Forschungslandschaft haben dagegen in den vergangenen Jahren vermehrt Aufmerksamkeit in der

³²⁰ Die übrigen WissenschaftsCampi verfügen über folgende Schwerpunkte: Pflanzenbasierte Bioökonomie (Halle), Phosphorforschung (Rostock) und „Byzanz zwischen Orient und Okzident“ (Mainz).

³²¹ Leibniz-Gemeinschaft, Stand der Umsetzung. Sechster Bericht, S. 30.

³²² Jahrespressegespräch 2014 mit Karl Ulrich Mayer, online verfügbar unter <http://www.idw-online.de/de/news578979> [Zugriff am 20.3.2016].

³²³ Zu den Forschungsverbänden siehe <http://www.leibniz-gemeinschaft.de/forschung/leibniz-forschungsverbuende/> [22.9.2014].

³²⁴ Mayer, Pfadunabhängigkeiten, S. 29.

soziologischen Forschung gefunden.³²⁵ Auch hier spielt das Verhältnis zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen eine große Rolle. Die Exzellenzinitiative schrieb den Hochschulen eine vertiefte Kooperation mit universitätsunabhängigen Instituten vor. Die dafür bereitgestellten Gelder investierten die Hochschulen in den Aufbau von Graduiertenschulen und Clustern.³²⁶ Noch Ende der 1990er Jahre stand die „Unbeweglichkeit“ des Wissenschaftssystems in Deutschland in der Kritik. Besonders die geringere internationale Sichtbarkeit und finanzielle Ausstattung der Universitäten im Vergleich zur außeruniversitären Forschung veranlassten Bund und Länder zur Einführung der Exzellenzinitiative.³²⁷ Ingolf Hertel weist in seinem Aufsatz mit dem vielsagenden Titel „Und sie bewegen sich doch“ darauf hin, welche Dynamik die Vernetzung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung durch die Initiative bekommen habe.³²⁸ Karl Ulrich Mayer betont aber auch, dass diese Kooperationen nur die „Spitze eines sehr viel breiteren Eisbergs darstellen“.³²⁹ Denn gerade für die Leibniz-Gemeinschaft war die enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen noch in den 1990er Jahren eines ihrer wichtigsten Markenzeichen. In diesem Feld brachte die Exzellenzinitiative eine Angleichung der anderen außeruniversitären Forschungsorganisationen an längst vorhandene Leibniz-Standards.

Transformationen bis 2011

Zum Ende von Ernst T. Rietschels Amtszeit und in den ersten eineinhalb Jahren unter seinem Nachfolger Karl Ulrich Mayer erfolgten verbandsintern tiefgreifende Veränderungen. Dazu gehörten die Einführung einer hauptamtlichen Präsidentenstelle, institutionelle Ab- und Zugänge sowie der Umzug der Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin.

Die Umwandlung des ehrenamtlich ausgeübten Präsidentenamts wurde bereits seit 2000 diskutiert. Die Leibniz-Gemeinschaft musste nämlich schnell feststellen, dass die mit dem Amt verbundenen Verpflichtungen äußerst zeitintensiv waren. Besonders für Ingolf Hertel und Frank Pobell bedeutete dies neben ihren hauptamtlichen Funktionen als Institutsdirektoren eine enorme Doppelbelastung. Hertel konnte sich immerhin

³²⁵ Exemplarisch: Stephan Leibfried (Hg.), *Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven*, Frankfurt am Main/New York 2010; Richard Münch, *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*, Frankfurt am Main 2007; Michael Sondermann/Dagmar Simon/Anne-Marie Scholz/Stefan Hornbostel, *Die Exzellenzinitiative: Beobachtungen aus der Implementierungsphase*, Ifo-Working Paper 5, 2008, online verfügbar unter http://www.forschungsinform.de/Publikationen/Download/working_paper_5_2008.pdf [22.9.2014].

³²⁶ Sondermann/Simon/Scholz/Hornbostel, *Exzellenzinitiative*, S. 7.

³²⁷ Mayer, *Pfadabhängigkeiten*, S. 35.

³²⁸ Ingolf Hertel, *Und sie bewegen sich doch. Zur Kooperation von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Exzellenzwettbewerb*, in: Stephan Leibfried (Hg.), *Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven*, Frankfurt am Main/New York, S. 140–159.

³²⁹ Mayer, *Pfadabhängigkeiten*, S. 36.

weitgehend aus den Geschicken seines Forschungsinstituts herausziehen und diese seinen beiden Direktorenkollegen überlassen. Nach eigenen Angaben machte sein Engagement für die Wissenschaftsgemeinschaft rund 90 Prozent seiner Arbeit aus.³³⁰ Pobell war durch seine Funktionen als aktiver Direktor und Leibniz-Präsident praktisch rund um die Uhr im Einsatz. Aus diesem Grund berieten die Mitglieder des Präsidiums im Jahr 2000 über mögliche Modelle, wie die Gemeinschaft künftig geführt werden könne. Die Vorschläge reichten von einem hauptamtlichen Präsidenten bis hin zur Beibehaltung des aktuellen Modells mit stärkerer Entlastung.³³¹ Diese Pläne wurden – auch aus finanziellen Gründen – zunächst zurückgestellt, zumal sich mit Pobells Nachfolger Henkel, der nicht mehr hauptberuflich tätig war, dafür aber in zahlreichen Aufsichtsgremien saß, die Problematik der doppelten beruflichen Belastung zumindest etwas verringerte. Henkel war auch überhaupt nicht daran interessiert, als hauptamtlicher Präsident tätig zu sein. Dies widersprach seinem Wunsch nach Dezentralität sowie seiner Vorstellung eines persönlich und beruflich unabhängigen Präsidenten.³³²

Auch Ernst T. Rietschel hatte seine aktive berufliche Laufbahn wie Henkel beendet, als er die Präsidentschaft übernahm. Nach 25 Jahren als Direktor des Forschungszentrums Borstel übernahm er nach seinem Ausscheiden direkt das zeitintensive Ehrenamt bei der Leibniz-Gemeinschaft. Dort sprach er sich vehement für die Umstellung des Präsidentenamts aus. Im Zuge seines Bestrebens, der Gemeinschaft eine innere und äußere Identität zu verleihen, hielt er einen hauptamtlich arbeitenden Präsidenten für unverzichtbar. Zugleich führten die zunehmende Internationalisierung, vermehrte wissenschaftliche Kooperationen und die wachsende Bedeutung im nationalen Wettbewerb zu einer weiteren Arbeitsbelastung.³³³ Rietschel machte deutlich, dass die Einführung eines hauptamtlichen Präsidenten nicht zu seinem eigenen Vorteil sei, sondern erst seinen Nachfolger betreffe. Da es sich bei dieser Angelegenheit um vereinsinterne Belange handelte, lag die alleinige Entscheidungsgewalt bei den Mitgliedern der Leibniz-Gemeinschaft und nicht bei Bund und Ländern. Der konkrete Vorstoß für das Hauptamt kam dann aus der Sektion D, die das Thema bei der Mitgliederversammlung 2007 auf die Tagesordnung setzte. Ein Jahr später stimmte die Versammlung mit 72 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen für einen hauptamtlichen Präsidenten.³³⁴ Wiederum ein Jahr später stand der Nachfolger Rietschels fest: Im Juli 2010 trat der Soziologe Karl Ulrich Mayer sein neues Amt an. Er war nicht nur der erste hauptberuflich tätige, sondern auch der erste nicht-naturwissenschaftliche Präsident (abgesehen vom Nicht-Wissenschaftler Hans-Olaf Henkel). Gleichzeitig stammte Mayer, anders als seine Vorgänger Hertel, Pobell und Rietschel, nicht aus dem Kreis

³³⁰ Interview mit Ingolf Hertel am 2.12.2013.

³³¹ WGL Jahresbericht, S. 31 f., in: Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, Materialien zur Mitgliederversammlung 2000 der Leibniz-Gemeinschaft, 1.–3. November 2002.

³³² Interview mit Hans Olaf Henkel am 2.3.2014.

³³³ Interview mit Ernst T. Rietschel; Leibniz-Gemeinschaft, Jahresbericht 2008, S. 18.

³³⁴ Protokoll der Mitgliederversammlung 2008 (Entwurf), in: Materialien zur Mitgliederversammlung 2009, S. 12.

der Leibniz-Institute, sondern hatte bis 2002 über 20 Jahre das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin geleitet. Zudem verfügte er über wissenschaftspolitische Erfahrungen, da er von 1993 bis 1999 Mitglied des Wissenschaftsrats und dort sechs Jahre Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission war. Während dieser Zeit hatte er aus anderer Perspektive miterlebt, dass die Institute der Leibniz-Gemeinschaft in den Augen der Max-Planck-Verantwortlichen oftmals als wissenschaftlich unterlegen galten. Diese Auffassung der Max-Planck-Vertreter konnte Mayer während seiner Zeit als Leibniz-Präsident teilweise immer noch beobachten.³³⁵

Zwar stieg die Anzahl der Mitgliedsinstitute bis 2014 auf 89 Einrichtungen, die im Evaluationsbericht 2000 geforderte Abschaffung des Omnibus-Prinzips konnte aber nicht wirklich realisiert werden. In den ersten Jahren nach der Systemevaluation hielten sich Ab- und Zugänge zunächst weitgehend die Waage. Für zwei seit 2003 ausgeschiedenen Institute kamen bis 2006 drei neue hinzu. 2009 fanden zwar gleich fünf Einrichtungen Aufnahme in die Leibniz-Gemeinschaft – so viele auf einmal waren seit der Ost-Eingliederung 1992 nicht mehr aufgenommen worden.³³⁶ Doch nur unmittelbar vor der Aufnahme der fünf neuen Mitglieder schied die Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft für Synchrotronstrahlung (BESSY) aus. Die dadurch entstandenen Einsparungen für Bund und Länder waren so hoch, dass stattdessen mehrere neue Institute aufgenommen werden konnten.³³⁷ Damit erreichte die Leibniz-Gemeinschaft mit 86 Mitgliedern einen Höchststand. Doch es folgten zwei weitere schmerzhaft Abgänge: Ende 2010 verlor sie mit dem Forschungszentrum Dresden-Rossendorf nicht nur ihre größte, sondern auch eine ihrer wissenschaftlich exzellentesten Einrichtungen an die Helmholtz-Gemeinschaft. Der Wechsel geschah auf Empfehlung des Wissenschaftsrats, der auf Antrag des Freistaates Sachsen überprüft hatte, inwieweit die Bund-Länder-Förderung im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft noch zeitgemäß sei. Der Wissenschaftsrat kam zu dem Schluss, dass sich Dresden-Rossendorf aufgrund seiner erweiterten technischen Infrastruktur mittlerweile in Richtung einer Großforschungseinrichtung entwickelt habe und somit besser in die Helmholtz-Gemeinschaft passe.³³⁸ Einerseits war die Entwicklung des neu gegründeten sächsischen Instituts zu einer Großforschungseinrichtung eine Erfolgsgeschichte, an der die Leibniz-Gemeinschaft ihren Anteil hatte. Andererseits musste sie eines ihrer wichtigsten Zugpferde gehen lassen, das an vielen institutionsübergreifenden Kooperationen teilnahm.

³³⁵ Gespräch mit Karl Ulrich Mayer vom 2.4.2014.

³³⁶ Folgende Einrichtungen wurden aufgenommen: Das Deutsche Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ), das Zentrum für Marine Tropenökologie Bremen (ZMT), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) sowie das Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin (MfN).

³³⁷ BESSY fusionierte mit dem Hahn-Meitner-Institut und es entstand das neue Helmholtz-Zentrum für Materialien und Energie (HZB).

³³⁸ Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum Forschungszentrum Dresden-Rossendorf e. V. (FZD), Berlin 2008, S. 10, online verfügbar unter <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/8576-08.pdf> [24.9.2014].

Ein Jahr später folgte mit dem Leibniz-Institut für Meereswissenschaften in Kiel (IfM-GEOMAR) die dritte Übersiedelung in die Helmholtz-Gemeinschaft. Anders als im Fall des Forschungszentrums Rossendorf, das im Vorfeld gründlich vom Wissenschaftsrat überprüft wurde, traf der Abgang von GEOMAR die Wissenschaftsgemeinschaft völlig unvorbereitet. Die Entscheidung fiel aus rein finanziellen Gesichtspunkten und wurde zudem von Bund und Ländern getroffen, ohne die Leibniz-Gemeinschaft einzubinden. Die Beweggründe der Landesregierung betitelte die *FAZ* im Juli 2010 mit der Schlagzeile „Das große Sparen in Schleswig-Holstein“.³³⁹ Denn ursprünglich hatte Ministerpräsident Harry Carstensen (CDU) die Streichung des medizinischen Studiengangs an der Universität Lübeck vorgeschlagen, womit rund 25 Millionen Euro eingespart werden sollten. Bundesforschungsministerin Annette Schavan verhinderte dieses Vorhaben mit dem Angebot, GEOMAR in ein Helmholtz-Institut umzuwandeln.³⁴⁰ Da im Finanzierungsschlüssel der Helmholtz-Gemeinschaft nur 10 Prozent auf das jeweilige Sitzland fallen, während 90 Prozent aus Bund-Geldern fließen, brachte der Trägerwechsel dem Land Schleswig-Holstein die gewünschte Einsparung.³⁴¹ Als Karl Ulrich Mayer unmittelbar nach seinem Amtsantritt von den Plänen des Bundes und Schleswig-Holsteins erfuhr, war es bereits zu spät. Nach Dresden-Rossendorf verlor die Leibniz-Gemeinschaft erneut eine ihrer größten Einrichtungen. Zwar konnten in den folgenden zwei Jahren wieder neue Institute aufgenommen werden, so dass die Mitgliederzahl derzeit bei 88 liegt. Es blieb jedoch der fade Eindruck, dass große und bedeutende Forschungseinrichtungen mit 800 bis 1000 Mitarbeitern aus Sicht der Geldgeber zu teuer für die halbe Bund-Länder-Finanzierung zu sein schienen. Dennoch verfügt der Verband weiterhin über mitarbeiterstarke und anerkannte Einrichtungen. Zu den größten gehören derzeit das Senckenberg-Museum, das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben mit ca. 500 Mitarbeitern sowie das Forschungszentrum Borstel – Leibniz-Institut für Medizin und Biowissenschaften. Das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg ist mit seinen rund 400 Mitarbeitern das größte seiner Art in Deutschland.

Der dritte Entwicklungsstrang der vergangenen Jahre bezieht sich auf die Eröffnung der neuen Geschäftsstelle in der Chausseestraße in Berlin-Mitte im Herbst 2011. Der Umzug von Bonn nach Berlin war ein konsequenter Schritt, da die Hauptstadt einerseits schon seit Jahren Sitz des Leibniz-Präsidenten war und andererseits als politisches Zentrum der Bundesrepublik fungierte. Hinzu kam, dass Berlin und sein Umland eine Vielzahl an Leibniz-Einrichtungen beherbergte. Mit der neuen Geschäftsstelle wollten

³³⁹ Frank Pergande, Das große Sparen in Schleswig-Holstein, in: *FAZ*, 27.7.2010, S. 4.

³⁴⁰ Ders., Nach Schavans Bedingungen, in: *FAZ*, 10.7.2010, S. 2.

³⁴¹ Schleswig-Holsteinischer Landtag, Kleine Anfrage des Abgeordneten Rasmus Andresen und Antwort der Landesregierung: Einsparungen des Landes durch Trägerwechsel des IFM-GEOMAR, Drucksache 17/1534, online verfügbar unter <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1534.pdf> [24.9.2014].

die Leibniz-Verantwortlichen gemäß ihrer Leitlinien keine Zentralität erzeugen, wohl aber ihre dezentrale Verwaltung als Vermittlungsstelle zwischen Forschung und Politik stärken. Angesichts des steigenden Ansehens und der fortschreitenden Identitätsbildung erhöhte sich auch der Drang nach einer organisatorischen Repräsentanz der Leibniz-Gemeinschaft. Darüber hinaus erforderten die Vielzahl an mittlerweile vorhandenen Gremien und das Referat für Evaluierung eine professionelle Führung. Die Vorteile der „Zentrale der Dezentralen“ (Mayer) war nicht nur ihre Lage im Herzen Berlins unweit der Charité, des Museums für Naturkunde und anderer Forschungsstandorte. Die Räumlichkeiten boten im Gegensatz zum alten Standort in Bonn auch genügend Platz und Flair, um regelmäßige Begegnungen zwischen den einzelnen Forschungsinstituten und -verbänden zu ermöglichen. Im großen Atrium fanden bis heute zahllose Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und andere Veranstaltungen statt.

Mitte 2012 läutete die Leibniz-Gemeinschaft einen Strategieprozess ein, bei dem auch die Geschäftsstelle eine signifikante Rolle spielte. Dazu gehörte ein personeller Ausbau der Geschäftsstelle von 40 auf 54 Mitarbeiter, der durch eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge finanziert wurde. Karl Ulrich Mayer bezeichnete diesen Beschluss als den „dritten größeren Schritt zur Stärkung der organisatorischen Handlungsfähigkeit“ nach der Eröffnung des Brüsseler Büros und dem Umzug nach Berlin.³⁴²



Das Atrium der Berliner Geschäftsstelle

³⁴² Karl Ulrich Mayer, Leibniz steckt Positionen ab, in: Leibniz-Journal 2 / 2012, S. 9, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Praesident/Forschungspolitik/Karl_Ulrich_Mayer_Leibniz_steckt_Positionen_ab.pdf [24.9.2014].



Das Leibniz-Logo seit 2011

Strategieprozess und Zukunftspakt

Die Verstärkung der Geschäftsstelle war nur eines von vielen Zielen, auf die sich die Leibniz-Gemeinschaft bei einer außerordentlichen Mitarbeiterversammlung im Sommer 2012 verständigte. Die neuen Strategiepläne hingen erneut mit aktuellen forschungspolitischen Debatten zusammen. Angesichts des sich nähernden Auslaufens der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation musste ein tragfähiger Plan entworfen werden, um die erzielten Verbesserungen zu konsolidieren und weiterzuentwickeln. Anders als bei den Vorverhandlungen zu den oben genannten Initiativen beschäftigten sich diesmal nicht der Bund und die Länder mit möglichen Reformvorstößen. Die Ausarbeitung langfristiger Perspektiven übernahm der Wissenschaftsrat, um später Empfehlungen an die Wissenschaftspolitik weiterzuleiten. Da die Fortführung der drei Fördermaßnahmen oder Alternativen noch nicht im Mittelpunkt der Bund-Länder-Verhandlungen standen, spürte der Wissenschaftsrat einen enormen Handlungsdruck. Im Januar 2012 setzte er daher eine Arbeitsgruppe ein, die sich dem Verhältnis zwischen staatlich finanzierter universitärer und außeruniversitärer Forschung sowie der damit verbundenen Frage nach Defiziten und Verbesserungsmaßnahmen widmete.³⁴³

Die Leibniz-Gemeinschaft reagierte darauf mit einer Stellungnahme zu ihren Zukunftsperspektiven. Da sich das letzte Strategiepapier auf die Jahre 2008 bis 2012 bezog, stand hier ohnehin eine Aktualisierung an. Das Präsidium erarbeitete in raschem Tempo ein neues Positionspapier, das auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung im August 2012 verabschiedet wurde. „Zukunftssicherung“ sei die zentrale Aufgabe, hieß

³⁴³ Wissenschaftsrat, Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, Köln 2013, S. 6 f; Ders., Hintergrundinformation: Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem, Berlin 2013, online verfügbar unter http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/hginfo_1713.pdf [9.12.2014].

es im ersten Absatz des Strategiepapiers.³⁴⁴ Darin wurden grundlegende Charakteristika der Leibniz-Gemeinschaft herausgestellt und ihre Weiterentwicklung thematisiert. Als Ziele wurden unter anderem eine verstärkte Nachwuchsförderung sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Hochschulen benannt.³⁴⁵ Letzterer Programmpunkt erhielt den neuen Slogan „Leibniz auf dem Campus“ und bezog sich auf die bestehenden Wissenschaftscampi, Leibniz-Forschungsverbände, gemeinsamen Berufungen und Graduiertenschulen. Darüber hinaus strebte die Gemeinschaft in ihrem Papier eine Weiterentwicklung der Uni-Exzellenzcluster mit ihren jeweiligen Partnerhochschulen an.³⁴⁶

Besonders hervorzuheben sind die Pläne zur weiteren Internationalisierung, womit die Leibniz-Gemeinschaft auf aktuelle europapolitische Transformationen reagierte, denn der 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon forderte die Schaffung eines „Europäischen Forschungsraums“ zum freien Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien.³⁴⁷ Neben der Förderung globaler Zusammenarbeit plante die Leibniz-Gemeinschaft vor diesem Hintergrund die Stärkung ihrer Geschäftsstelle in Brüssel und die Professionalisierung von EU-Referenten in ihren Forschungseinrichtungen.³⁴⁸

Die erarbeiteten Leibniz-Strategien stießen beim Wissenschaftsrat zunächst auf keine Resonanz. Stattdessen sah sich Karl Ulrich Mayer in den Monaten nach ihrer Veröffentlichung mit Überlegungen des Wissenschaftsrats konfrontiert, in denen der Nutzen der Leibniz-Gemeinschaft infrage gestellt wurde. Diese Information verkündete Mayer auf der Jahresversammlung 2012 und sorgte damit für öffentliche Furore. Während die regionale und überregionale Presse ansonsten nur wenig Notiz von den Jahrestagungen der Leibniz-Gemeinschaft nahm, beriefen sich diesmal mehrere Zeitungen auf Mayers Aussagen.³⁴⁹

Die Leibniz-Gemeinschaft war offensichtlich auch mehr als zehn Jahre nach dem positiven Systemevaluationsbericht und der Überwindung der Entflechtungsdebatte noch immer nicht unantastbar. Wieder wurde sie als einzige unter den großen Wissenschaftsorganisationen infrage gestellt. Dabei waren die vorgeschlagenen Alternativen noch sehr unausgegoren und reichten nach Aussage Mayers von der Integration der Leibniz-Institute in die Hochschulen über die Rückkehr zur Blauen Liste bis hin zu einer

³⁴⁴ Leibniz-Gemeinschaft, *Zukunft durch Forschung*. Positionspapier der Leibniz-Gemeinschaft, Berlin 2012, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Presse/Dokumente/Positionspapier_Zukunft_durch_Forschung.pdf [9.12.2014], S. 2.

³⁴⁵ Ebd., S. 6 ff.

³⁴⁶ Siehe auch Leibniz-Gemeinschaft, *Leibniz auf dem Campus*. Kooperation mit Hochschulen, Berlin 2013, S. 3.

³⁴⁷ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Art. 179, Abs. 1.

³⁴⁸ Leibniz-Gemeinschaft, *Zukunft durch Forschung*, S. 15 f.

³⁴⁹ Jan Kixmüller, *Leibniz sieht Existenz in Frage gestellt*, in: Potsdamer Neue Nachrichten, 3.12.2012, S. 12, Anja Kühne, *Die Leibniz-Gemeinschaft sieht ihre Existenz in Frage gestellt*, in: Der Tagesspiegel-Online, 3.12.2012, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wissen/staat-und-wissenschaft-die-leibniz-gemeinschaft-sieht-ihre-existenz-infrage-gestellt/7467748.html> [30.9.2014]; Heike Schmoll, *Nicht ohne Leibniz*, in: FAZ, 6.12.2012, S. 8.

Programmsteuerung von außen.³⁵⁰ Für Mayer und das Präsidium stand fest, dass keine der genannten Optionen in Frage kam. Eine mögliche Rückkehr zum reinen Fördermodell der Blauen Liste bezeichnete Mayer als „kurzsichtig“.³⁵¹ In der Tat wäre eine solche Rückführung angesichts der vielschichtigen Initiativen, die innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft seit Mitte der 1990er Jahre entstanden waren, eine äußerst schwierige Angelegenheit gewesen. Nicht nur der Evaluierungsprozess hätte neu überdacht werden müssen, auch wären Forschungsverbände und WissenschaftsCampi ohne eine koordinierende Geschäftsstelle schwer vorstellbar gewesen. Ferner hätte eine Einbindung der Leibniz-Einrichtungen in die Hochschulen nicht ohne tiefgreifende Modifikationen in der staatlich finanzierten Forschungsförderung realisiert werden können. Die bisherige Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder wäre ansonsten schnell an ihre Grenzen geraten.

Doch konnte die Leibniz-Gemeinschaft mit ihrem Strategieprozess ihre direkten Geldgeber überzeugen. Die „Gemeinsame Wissenschaftskonferenz“ arbeitete parallel zu den Beratungen der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats an neuen Grundlagen zur Forschungsförderung und der damit verbundenen Positionierung zur weiteren Finanzierung der Leibniz-Gemeinschaft. Im April 2013 wurden die entsprechenden Grundlagen publiziert. Sie untermauerten die Ausführungsvereinbarung „Forschungseinrichtungen“ und stellten die künftigen Strategien der Leibniz-Gemeinschaft heraus.³⁵² Damit stand die weitere Existenz der Gemeinschaft fest – und das knapp drei Monate bevor der Wissenschaftsrat seine Empfehlungen veröffentlichte. Diese zeitliche Abfolge ist insofern ungewöhnlich, als der Wissenschaftsrat eigentlich als beratendes Gremium für Bund und Länder fungiert und seine Stellungnahmen somit unabhängig von und vor allem vor entsprechenden politischen Entscheidungen zustande kommen sollten. Der Wissenschaftsrat war zudem offenbar längere Zeit nicht über die parallelen Prozesse in der „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“ informiert. Die *FAZ*-Redakteurin Heike Schmoll konstatierte damals, der Wissenschaftsrat sei von der Politik noch nie „stärker düpiert“ worden als in diesem Zusammenhang. Die Kommentatorin sah durch die verfrühte Stellungnahme der „Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz“ sogar die Unabhängigkeit des Wissenschaftsrats infrage gestellt.³⁵³ Obgleich im Fall der Leibniz-Gemeinschaft tatsächlich eine Entscheidung vorweggenommen wurde, erscheint dieser Vorwurf überzogen. Bei den Beratungen des Wissenschaftsrats ging es ja nicht nur um die Existenz der Leibniz-Gemeinschaft. Die im Juli 2013 folgenden Empfehlungen entwarfen Perspektiven für das gesamte staatlich geförderte Wissenschaftssystem, die vorher nicht schon von Bund und Ländern diskutiert worden waren.

³⁵⁰ Ebd.

³⁵¹ Ebd.

³⁵² GWK, Grundlagen 2013.

³⁵³ Heike Schmoll, Gelenkt? in: *FAZ*, 19.7.2013, S. 9.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats sahen keine grundlegenden Umstrukturierungen des Wissenschaftssystems vor, sondern bekräftigten dessen in den letzten Jahren gewonnene Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit. Wichtig war dem Wissenschaftsrat die gesamtstaatliche und gesellschaftliche Dimension der deutschen Forschung: Ihre Zukunftssicherung stelle eine elementare Voraussetzung für den Ausbau der gesellschaftlichen Prosperität dar.³⁵⁴ Dahinter stand der wissenschaftspolitische Gedanke, durch eine gezielte Forschungsförderung auf ökonomische wie ökologische, kulturelle und gesellschaftliche Herausforderungen reagieren zu können.³⁵⁵ Der Wissenschaftsrat empfahl Bund und Ländern, möglichst bis zum Jahr 2014 einen „Zukunftspakt“ mit folgenden Zielen zu verabschieden: ein weiterer Ausbau der Quantität und Qualität von Lehre und Nachwuchsfinanzierung, die Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative, jährliche Aufwüchse in der Grundfinanzierung der gemeinsam geförderten Wissenschaftsorganisationen sowie der Hochschulen, eine Aufstockung der Programmpauschalen und Überlegungen zu einer gemeinsamen Finanzierung des allgemeinen Hochschulbaus. Hinzu kam die Förderung von Vorhaben in der Hochschullandschaft wie etwa sogenannter „Liebig-Zentren“, mit denen exzellente Schwerpunktbereiche an Hochschulen gefördert werden sollten.³⁵⁶

Der Wissenschaftsrat kam nicht umhin, mehrfach die bei der Leibniz-Gemeinschaft am höchsten ausfallende Steuerung durch Bund und Länder hervorzuheben. Doch auch die im Vergleich zur Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft komplexere Struktur der Helmholtz-Gemeinschaft stand im Fokus der Empfehlungen. Dementsprechend riet der Wissenschaftsrat Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft zu einer Schärfung ihres Profils, da beide seit einiger Zeit Strategieprozesse durchliefen, „die perspektivisch eine Um- oder Neuorientierung ihrer zentralen Leitbilder erwarten lassen“.³⁵⁷ Im Fall der Leibniz-Gemeinschaft bezögen sich die vielversprechendsten Strategieprozesse auf die disziplinübergreifenden Forschungsverbünde und Wissenschaftscampi. Diese solle die Leibniz-Gemeinschaft zu einem ihrer „Markenkerne“ ausbauen und sich dafür weitere Partner innerhalb und außerhalb des eigenen Verbands suchen.³⁵⁸ Von einer Auflösung der Gemeinschaft war in den Empfehlungen nichts zu lesen. Eine gewisse kritische Haltung ließ der Wissenschaftsrat dennoch erkennen, indem er Bund und Ländern eine „Überprüfung der finanziellen Steuerung“ der Leibniz-Gemeinschaft nahelegte. Was mit dieser Überprüfung gemeint war, drückte der Rat recht verklausuliert aus: „Es sollte vor allem sichergestellt werden, dass Entscheidungen über jährliche Budgetaufwüchse

³⁵⁴ Wissenschaftsrat, Perspektiven 2013, S. 8 f.

³⁵⁵ Siehe zur Steigerung des gesellschaftlichen Wachstums durch Bildungs- und Forschungsförderung auch: BMBF, Wohlstand und Wachstum durch Bildung, online verfügbar unter <http://www.bmbf.de/de/22053.php> [15.12.2014].

³⁵⁶ Wissenschaftsrat, Hintergrundinformation: Zukunftspakt für das deutsche Wissenschaftssystem, online verfügbar unter http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/hginfo_1713.pdf [15.12.1014].

³⁵⁷ Wissenschaftsrat, Perspektiven 2013, S. 82.

³⁵⁸ Ebd., S. 83 f.

der Einrichtungen, über die Finanzierung von Sondertatbeständen und die Umsetzung finanzwirksamer Evaluierungsempfehlungen in einem vergleichend angelegten, effizienten Verfahren zusammengeführt werden, das eine Steuerung der Ausgaben von Bund und Ländern nach verabredeten Finanzkorridoren ermöglicht.“³⁵⁹

So sehr die Leibniz-Gemeinschaft hinsichtlich ihrer Strategieprozesse bestätigt wurde, zeigte sich die anhaltende Diskrepanz zwischen ihrer Selbstorganisation und ihrer staatlichen finanziellen Lenkung. Denn einerseits lobte der Wissenschaftsrat die Forschungsverbände, die in erster Linie aufgrund der Flexibilität und Vielfalt der Gemeinschaft in der Lage sind, aktuelle wissenschaftliche Interessensfelder aufzugreifen. Andererseits schwebte über dieser „bottom-up“-Perspektive stets die Frage, inwieweit derartige Initiativen der Leibniz-Gemeinschaft mit den (finanziellen) Interessen von Bund und Ländern vereinbar waren. Die vorher anklingende Auflösungsdebatte verschwand spätestens mit der Veröffentlichung der Wissenschaftsratsempfehlungen von der Agenda. Aber die Leibniz-Gemeinschaft wird sich auch unter dem seit Juli 2014 amtierenden Präsidenten Matthias Kleiner stets weiterentwickeln und auf neue wissenschaftliche und politische Herausforderungen reagieren müssen. Die finanziellen Möglichkeiten dafür sind zumindest vorerst gesichert: Pünktlich vor Ablauf des Jahres 2014 einigte sich die „Gemeinsame Wissenschaftskonferenz“ Ende Oktober über die Fortführung des Hochschulpakts und des Pakts für Forschung und Innovation bis zum Jahr 2020. Im Rahmen der Fortschreibung des Pakts für Forschung und Innovation erhalten die Wissenschaftsorganisationen damit wie in der ersten Periode einen Aufwuchs von drei Prozent, den der Bund anders als in den Vorjahren alleine tragen wird.³⁶⁰

³⁵⁹ Ebd., S. 85.

³⁶⁰ Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Wegweisende Entscheidungen für das deutsche Wissenschaftssystem: GWK bringt Fortsetzung der Wissenschaftspakte auf den Weg, Pressemitteilung vom 30.10.2014, online verfügbar unter <http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Pressemitteilungen/pm2014-11.pdf> [15.12.2014].

7. Schlussbemerkungen

20 Jahre Leibniz-Gemeinschaft: Die vorliegende Studie zeigt, dass diese Zeitspanne nur ein Teil einer langen Entwicklungsgeschichte ist. Denn zum einen begann die Selbstorganisation bereits Ende der 1980er Jahre, wenngleich die damaligen Strukturen noch weit von einer Wissenschaftsgemeinschaft entfernt waren. Zum anderen lebt die Leibniz-Gemeinschaft von der wissenschaftlichen Vielfalt und dem Engagement ihrer Mitgliedseinrichtungen. Letztere hatten schon seit den 1970er Jahren und teilweise noch früher einen festen Platz in der deutschen Forschungslandschaft, wobei ihre wissenschaftliche Qualität mitunter kritisch beurteilt wurde. Dies galt für den Bund, der bei einigen Einrichtungen zunächst kein gesamtstaatliches Interesse bezüglich ihrer Forschungsschwerpunkte erkennen wollte. Und auch die anderen Wissenschaftsorganisationen entwickelten ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den Einrichtungen der Blauen Liste, die im Vergleich zu den Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten zunächst sehr viel weniger Fördermittel zur Verfügung hatten. Selbst bei forschungspolitischen Gesprächen mit Vertretern von Bund und Ländern erwiesen sich die Akteure der Blauen Liste durch die zahlenmäßig geringsten Redebeiträge als schwächstes Glied. Noch nach Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste war insbesondere vonseiten der Max-Planck-Gesellschaft eine große Skepsis bis hin zur Überheblichkeit feststellbar. Dies setzte sich teilweise auch nach Aufnahme in die „Allianz“ der großen Forschungsorganisationen fort. Dennoch bedeutete die Mitgliedschaft in der „Allianz“ einen ersten Erfolg auf dem Weg zu einer wissenschaftlich angesehenen Forschungsorganisation.

An der Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft ist eine Tatsache bemerkenswert und ohne Beispiel: Die zunehmende Institutionalisierung als Wissenschaftsgemeinschaft ging fast ausschließlich auf die Bemühungen einzelner Institutsvertreter der Blauen Liste zurück. Dabei dürfen die ersten gemeinsamen Treffen Ende der 1980er Jahre und die daraus resultierende Gründung der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste keinesfalls außer Acht gelassen werden. Innerhalb der Leibniz-Gemeinschaft gilt die Arbeitsgemeinschaft als ein reines Verwaltungsinstrument, das mit dem heutigen Verband strukturell und inhaltlich so gut wie nichts gemeinsam hatte. Auf den ersten Blick ist diese Wahrnehmung berechtigt. Von einer professionellen Wissenschaftsorganisation war die lose Arbeitsgemeinschaft weit entfernt, zumal sie nicht den Anspruch erhob, sich zu einer solchen zu entwickeln. Doch auch wenn sich die Arbeitsgemeinschaft von der Leibniz-Gemeinschaft in ihrer Professionalität und ihren Zielen stark unterschied, hatte

sie doch eine ganz ähnliche Motivation: nämlich die rechtlich voneinander unabhängigen und thematisch höchst vielfältigen Einrichtungen näher zusammenzubringen. Ein gemeinsames Auftreten sollte die Sichtbarkeit der Blauen-Liste-Institute erhöhen. Gleichzeitig teilten alle Einrichtungen dasselbe Schicksal, finanziell abhängig von den Bund-Länder-Zuwendungen und den daraus resultierenden Evaluierungen durch den Wissenschaftsrat zu sein.

Ob es ohne die Aufnahme neu gegründeter Einrichtungen in den neuen Bundesländern zur Gründung einer Wissenschaftsgemeinschaft gekommen wäre, ist allerdings fraglich. Die faktische Verdoppelung der Anzahl der Blauen-Liste-Institute führte erst dazu, dass der Wissenschaftsrat eine organisatorische Stärkung der Arbeitsgemeinschaft empfahl. Die Initiatoren für eine Wissenschaftsgemeinschaft in Form eines eingetragenen Vereins rekrutierten sich Mitte der 1990er Jahre überwiegend aus den Reihen der ehemaligen Akademieinstitute der DDR. Ein großer Teil der westdeutschen Institutsleiter sah dagegen keine Notwendigkeit zu einer Institutionalisierung der Blauen Liste. Anders als ihre ostdeutschen Pendanten waren die westlichen Institute seit über 15 Jahren an das reine Bund-Länder-Modell gewohnt, durch das sie ihre regelmäßigen Zuwendungen erhielten. Gewiss handelte es sich bei den Direktoren in den neuen Bundesländern meist um westdeutsche Wissenschaftler, jedoch ist bei allen ostdeutschen Einrichtungen ein grundlegender Aspekt maßgebend: Es handelte sich um neu- bzw. wiedergegründete Institute, die stolz darauf sein konnten, nach der Wende „überlebt“ zu haben. Zwar erfuhren sie auf administrativer Ebene eine „Verwestlichung“, aber besonders in den Naturwissenschaften verfügten sie über exzellente Forscher, und sie konnten eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen west- und ostdeutschen Wissenschaftlern aufweisen. Die Gründung einer Wissenschaftsgemeinschaft stellte jedenfalls einen großen Schritt zur höheren Sichtbarkeit der Blauen-Liste-Einrichtungen in Ost und West dar. Einer der maßgeblichen Protagonisten dieses Prozesses, Ingolf Hertel, verfolgte große Pläne; denn auf lange Sicht schwebte ihm eine Organisation mit vergleichbarer Struktur und ähnlichem Ansehen wie die Max-Planck-Gesellschaft vor.

Diese hochgesteckten und vermutlich wenig realistischen Ziele sind heute, über 20 Jahre später, nicht verwirklicht worden. Doch die Nachfolger Hertels hatten ohnehin nicht den Anspruch, organisatorisch mit der Zentralverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft gleichzuziehen. Vielmehr standen sie hinter der dezentralen Verwaltung, forcierten ihre Professionalisierung und bauten sie zu einem Markenzeichen auf. Vergleicht man die beschwerlichen Anfänge mit der Leibniz-Gemeinschaft in ihrer heutigen Form, lässt sich eine beachtliche Metamorphose feststellen: Stand an ihrem Anfang eine Geschäftsstelle in Bad Godesberg bei Bonn mit zunächst nicht einmal zehn Mitarbeitern, so verfügt die Leibniz-Gemeinschaft heute über einen repräsentativen Stützpunkt und Veranstaltungsort im Herzen Berlins, mit einem Personalstab, der sich mehr als vervierfacht hat. Durch das hauptamtliche Präsidentenamt seit 2010 konnte sie zusätzlich gestärkt werden. Angesichts der Vielzahl an Neuerungen – der vom Leibniz-Senat gesteuerte Evaluierungsprozess, die Teilnahme am nationalen Wettbewerb um Forschungsgelder

sowie die Forschungsverbände, WissenschaftsCampi und regelmäßigen wissenschaftlichen Veranstaltungen – war die Aufwertung der Geschäftsstelle unentbehrlich.

Die stetige Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft konnte nicht immer verhindern, dass Vertreter aus Politik und Wissenschaft ihren Nutzen anzweifelten. Aber sowohl in der Entflechtungsdebatte 2003 / 2004 als auch in der Zeit vor Veröffentlichung der Perspektiven des Wissenschaftsrats 2013 hatte die Gemeinschaft Fürsprecher wie die Bund-Länder-Kommission bzw. „Gemeinsame Wissenschaftskonferenz“ und während der Entflechtungsdebatte auch den Wissenschaftsrat. Es war das Los des „leicht steuerbaren Instruments“ ohne Zentralverwaltung, bei Reformdiskussionen stets als erste und einzige außeruniversitäre Forschungsorganisation infrage gestellt zu werden. Mittlerweile hat es der Verband durch die interdisziplinären Forschungsverbände und WissenschaftsCampi geschafft, seinem in den 1990er Jahren geprägten Motto „Stärke durch Vielfalt“ Nachdruck zu verleihen und wird sich damit auch in den kommenden Jahren weiter in der deutschen Wissenschaftslandschaft behaupten können.

8. Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen:

Bundesarchiv Koblenz

B 138 Bund-Länder-Kommission

Quellenbestände in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft, Berlin (noch unsortiertes Hausarchiv)

Bibliothek in der Geschäftsstelle der Leibniz-Gemeinschaft, Berlin

Laufende Vorgänge der Leibniz-Gemeinschaft (intern)

Online-Archiv der Leibniz-Gemeinschaft (Pressemitteilungen, Publikationen)

Interviews:

Einhäupl, Karl Max, ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftsrats, am 8.10.2014 (schriftlich per E-Mail)

Fabich, Falk, ehemaliger Leiter des Forschungsverbunds Berlin, am 5.3.2014 in Berlin

Henkel, Hans-Olaf, ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 3.2.2014 in Berlin

Hertel, Ingolf, ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 2.12.2013 in Berlin

von Krause, Johann W., ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Primatenzentrums, am 5.6.2014 (schriftlich per E-Mail)

Lankeit, Michael, Geschäftsführer des Deutschen Primatenzentrums, ehemaliger Vorstandssprecher der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste und ehemaliger administrativer Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 18.11.2013 in Göttingen

Mayer, Karl Ulrich, ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 2.4.2014 in Berlin

Pobell, Frank, ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 7.5.2014 in Dresden

Rietschel, Ernst T., ehemaliger Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, am 12.2.2014 in Berlin

Schlegel, Jürgen, ehemaliger Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission / Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, am 26.3. 2014 in Bonn

Zeitungsartikel:

Konrad Adam, Morsche Kähne, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.2.1991, S. 33.

Michael Ashelm, Bulmahns Irrglauben, in: FAZ, 11.11.2003, S. 34.

- Winfried Benz, Wirtschaftsforschung für die Politikberatung, in: Süddeutsche Zeitung, 20.3.1996, S. 18.
- Lilo Berg, Die jüngste Forschungsorganisation wird erwachsen, in: Berliner Zeitung, 25.11.1998, S. 8.
- Dies., Mehr Praxis im Elfenbeinturm, in: Berliner Zeitung 12.2.2000, online verfügbar unter <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/die-thesen-des-wissenschaftsrates-zur-kuenftigen-entwicklung-des-forschungssystems-in-deutschland-mehr-praxis-im-elfenbeinturm,10810590,9815800.html> [19.6.2014].
- M. Doerry, „Ihr habt viele niedergemäht“, in: Der Spiegel, 1.7.1991, S. 40–47.
- Hans-Olaf Henkel, Gesamtstaatliche Aufgabe (Leserbrief), in: FAZ, 26.11.2003, S. 10.
- Hans-Olaf Henkel, „Schavan ist ein Glücksfall für die deutsche Wissenschaft“, idw-Meldung, 17.10.2005, online verfügbar unter <https://idw-online.de/de/news132190> [3.9.2014].
- Jens Jessen, Brain Up! Die Superstars der Wissenschaft, in: Zeit-Online, 29.1.2004, online verfügbar unter http://www.zeit.de/2004/06/Glosse_I_6 [21.9.2014].
- Jan Kixmüller, Leibniz sieht Existenz in Frage gestellt, in: Potsdamer Neue Nachrichten, 3.12.2012, S. 12.
- Rainer Klofat, Zuwachs auf der Blauen Liste, in: Rheinischer Merkur, 6.12.1991, S. 20.
- Regina Köhler, Bulmahn erntet für Reformvorstoß Proteste, in: Welt-Online, 22.1.2004, online verfügbar unter <http://www.welt.de/print-welt/article288119/Bulmahn-erntet-fuer-Reformvorstoss-Proteste.html> [16.7.2013].
- Anja Kühne, Gefährliche Freiheit, Tagesspiegel-Online, 21.1.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/gefaherliche-freiheit/483806.html>, [11.7.2013].
- Dies., Milliarden für die Unis – und bitte sofort, in: Tagesspiegel-Online, 22.1.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/milliarden-fuer-die-unis-und-bitte-sofort/484060.html>, [11.7.2013].
- Dies., Die Leibniz-Gemeinschaft sieht ihre Existenz in Frage gestellt, in: Tagesspiegel-Online, 3.12.2012, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/wissen/staat-und-wissenschaft-die-leibniz-gemeinschaft-sieht-ihre-existenz-infrage-gestellt/7467748.html> [30.9.2014].
- Michael Lankeit, „Blaue Liste“ ohne Zentralverwaltung (Leserbrief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.4.1993, S. 11.
- Norbert Lossau, Hans-Olaf Henkel fordert Masterplan für Forschung Ost, in: Welt-Online, 16.5.2004, online verfügbar unter <http://www.welt.de/print-welt/article389394/Hans-Olaf-Henkel-fordert-Masterplan-fuer-Forschung-Ost.html> [16.7.2013].
- Reimar Lüst, Blaue Listen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.3.1993, S. 44.
- Karl Ulrich Mayer, Leibniz steckt Positionen ab, in: Leibniz-Journal 2/2012, S. 9, online verfügbar unter http://www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/Praesident/Forschungspolitik/Karl_Ulrich_Mayer_Leibniz_steckt_Positionen_ab.pdf [24.9.2014].
- Jürgen Mittelstraß, Die Verhältnisse zum Tanzen bringen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.2014, S. 6.
- N. n., Keine Wüste, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.1990, S. 37.
- N. n., Im Mittelmaß Weltspitze, in: Der Spiegel, 23.9.1990, S. 136–141.
- N. n., Die Blaue Liste, in: Gesundheits- und Forschungsdienst, 4/ 1991, S. 26.
- N. n., Umwelt-Schwerpunkt der Leibniz-Gemeinschaft, in: Der Tagesspiegel, 19.11.1998.

- N. n., „Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung-Online, 26.1.2004, verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/bildung-deutschland-sucht-seine-spitzenuniversitaeten-1147112.html> [21.9.2014].
- N. n., Elite-Unis: Castingshow mit Edelgard, in: Spiegel-Online, 26.1.2004, online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/elite-unis-castingshow-mit-edelgard-a-283607.html> [21.9.2014].
- Ekkehard Nuissl, Entflechten oder Verflechten?, in: Die Zeitschrift für Erwachsenenbildung, I/2004, S. 48–49.
- Manfred Ronsheimer, Zuwachs für die Leibniz-Gemeinschaft, in: Berliner Morgenpost, 19.11.1998, S. 12.
- Walter Rosenthal, Gute Noten für Pflicht und Kür. Eine Zwischenbilanz nach 15 Jahren Forschungsverbund, in: Forschungsverbund Berlin e. V., Verbundjournal März 2007, S. 3.
- Heike Schmoll, Nicht ohne Leibniz, in: FAZ, 6.12.12012, S. 8.
- Dies., Gelenkt? In: FAZ, 19.7.2013, S. 9.
- Bärbel Schubert: Das große Zittern, in: Tagesspiegel-Online, 24.7.2003, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/das-grosse-zittern/433572.html> [12.8.2014].
- Thomas de Padova, Aschenbrödel der Forschung, in: Tagesspiegel-Online, 21.7.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/aschenbroedel-der-forschung/533144.html> [16.7.2014].
- Ders., „Wir sorgen für Dampf in der Forschung“, in: Tagesspiegel-Online, 6.2.2004, online verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/wir-sorgen-fuer-dampf-in-der-forschung/488344.html> [16.7.2014].
- Frank Pergande, Das große Sparen in Schleswig-Holstein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.7.2010, S. 4.
- Ders., Nach Schavans Bedingungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.7.2010, S. 2.
- Silvia Schattenfroh, Blau als neue Forschungsfarbe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.3.1993, S. 14.
- Manfred Schmidt, Ganz zufrieden ist nur der Bund, in: Der Tagesspiegel, 14.10.1993, S. 19.
- Christian Schwägerl, Des Kanzlers Riesenreich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.2003, S. 105.
- Ders., Kleinstaaterei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.2003, S. 39;
- Ders., Der Verteilungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.2003, S. 128.
- Ders., Bewährte Verflechtung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.2003, S. 169.
- Ders., Kritik am Vorstoß Bulmahns, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2004, S. 5.
- Ders., Einfallsfreie Zone, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2004, S. 17.
- Ders., Stimme für Leibniz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.3.2004, S. 53.
- Gustav Seibt, Das Geld muss weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.9.1991, S. 33.
- Joseph Stumpf, Die Blaue Liste, in: Süddeutsche Zeitung, 6.12.1991, S. 28.
- Jörg Tauss, Henkels Palaver (Leserbrief), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.2003, S. 39.
- Meite Thiede, Blaue Listen, schwarze Listen, in: Süddeutsche Zeitung, 3./4.2.1996, S. 26.
- Lieber doch in einem Boot. Interview mit Max Einhäupl, in: Deutschlandfunk-Online, 14.11.2003, verfügbar unter http://www.deutschlandfunk.de/lieber-doch-in-einem-boot.676.de.html?dram:article_id=21031 [11.8.2014].
- „Wir verlieren die Balance“. Interview mit Max Einhäupl, in: Der Tagesspiegel, Online-Nachrichten, 1.6.2004, verfügbar unter <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesundheits/wir-verlieren-die-balance/520384.html> [11.8.2014].

Literatur:

- Beisiegel, Renate / Hüttel, Reinhard F. / Klein, Carsten / Müller, Bernhard, Fortschritt durch Evaluierung. Die Leibniz-Gemeinschaft hat ihr Evaluierungsverfahren weiterentwickelt, in: Wissenschaftsmanagement 5, September / Oktober 2007, S.28–34, online verfügbar unter http://www.wissenschaftsmanagement.de/dateien/dateien/management/downloaddateien/wim_2007_05_ulrike_beisiegel_reinhard_f_huettel_carsten_klein_bernhard_mueller_fortschritt_durch_evaluierung.pdf.
- Braun, Dietmar, Die politische Steuerung der Wissenschaft: Ein Beitrag zum „kooperativen Staat“, Frankfurt am Main 1997.
- Bulmahn, Edelgard (Hg.), *Vereinheitlicht? Die deutsch-deutsche Wissenschaftslandschaft – Chancen und Herausforderungen*, Münster 1997.
- Bund-Länder-Kommission, Informationen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn 1984.
- Burrlicher, Clemens / Förtsch, Eckart (Hg.), *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven*, Erlangen 1991.
- Buttler, Friedrich: *Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg*, Potsdam 1994.
- Fabich, Falk, Personalakten ins Cockpit, bitte! In: KAI. Entwicklung einer Abwicklung 3.10.1990 bis 31.12.1993, S. 83–88.
- Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Hannover 1998.
- Fraunhofer-Gesellschaft, Systemevaluierung der Fraunhofer-Gesellschaft. Bericht der Evaluierungskommission, München 1998.
- Gemeinsame Wissenschaftskonferenz, Grundlagen der GWK 2013, Bonn 2013.
- Gerwin, Robert, *Die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute*, München 1983.
- Grüttner, Michael / Hachtmann, Rüdiger / Jarusch, Konrad H. / John, Jürgen / Middell, Matthias (Hg.), *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.
- Gruss, Peter / Rürup, Reinhard (Hg.), *Denkorte. Max-Planck-Gesellschaft und Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Brüche und Kontinuitäten*, Dresden 2010.
- Hachtmann, Rüdiger, *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, 2 Bde., Göttingen 2007.
- Institut für Gesellschaft und Wissenschaft, *Forschungspolitik und ihre Instrumente. Beiträge eines deutsch-polnischen Symposiums*, Erlangen 1990.
- Hertel, Ingolf, Und sie bewegen sich doch. Zur Kooperation von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Exzellenzwettbewerb, in: Stephan Leibfried (Hg.), *Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven*, Frankfurt am Main / New York 2010, S. 140–159.

- Ders., „Wer sich vereinigen will, muss teilen lernen“, in: *Physik Journal* 3/2011, online verfügbar unter http://www.dpg-physik.de/dpg/magnus/vereinigungsfeier/rede_hertel.html (gekürzte, veröffentlichte Fassung), [5.12.2013].
- Hohn, Hans-Willy/Schimanck, Uwe, *Konflikte und Gleichgewichte im Forschungssystem. Akteurskonstellationen und Entwicklungspfade in der staatlich finanzierten außeruniversitären Forschung*, Frankfurt am Main / New York 1990.
- Klinkmann, Horst, *Die Situation der Akademie der Wissenschaften*, in: Clemens Burrichter / Eckhart Förtsch (Hg.), *Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch 7. bis 9. November*, Bonn 1990, S. 33–36.
- Kocka, Jürgen, *Wissenschaft und Politik in der DDR*, in: Ders./Renate Mayntz (Hg.), *Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch*, Berlin 1998, S. 435–459.
- Kocka, Jürgen (Hg.), *Die Berliner Akademie der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin 2002.
- Krull, Wilhelm/Sommer, Simone, *Die deutsche Vereinigung und die Systemevaluation der deutschen Wissenschaftsorganisationen*, in: Peter Weingart/Niels C. Taubert, *Das Wissenschaftsministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland*, Weilerswist 2006, S. 200–253.
- Lauterbach, Günter, *Forschungsorganisation in der DDR. Analysen und Berichte aus Gesellschaft und Wissenschaft*, Erlangen 1976.
- Leibfried, Stephan (Hg.), *Die Exzellenzinitiative. Zwischenbilanz und Perspektiven*, Frankfurt am Main / New York 2010.
- Mayer, Karl-Ulrich, *Produktive Pfadabhängigkeiten. Ein Diskussionsbeitrag zum Verhältnis universitärer und außeruniversitärer Forschung im Kontext der Exzellenzinitiative*, 2. Aufl., Berlin 2013.
- Mayntz, Renate, *Deutsche Forschung im Einigungsprozess. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992*, Frankfurt am Main 1994.
- Meske, Werner, *Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz, Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)*, No. P. 93–401, online verfügbar unter <http://www.econstor.eu/bitstream/10419/50928/1/153172878.pdf> [27.8.2013].
- Mocek, Reinhard/Dill, Hans-Otto (Hg.), *Akademiegedanke und Forschungsorganisation im 20. Jahrhundert. Materialien des Wissenschaftlichen Kolloquiums zum Leibniz-Tag 1994. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 3, Jahrgang 1995, Heft 3, Berlin 1995.
- Münch, Richard, *Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz*, Frankfurt am Main 2007.
- Niederhut, Jens, *Wissenschaftsaustausch im Kalten Krieg. Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen*, Köln 2007.
- Nuissl von Rein, Ekkehard, *Unterschiedliche Aufgaben – gemeinsame Ziele? Entwicklung und Bewertung der Leibniz-Institute*, in: Martina Röbbecke/Dagmar Simon (Hg.), *Qualitätsförderung durch Evaluation? Ziele, Aufgaben und Verfahren von Forschungsbewertungen im Wandel*, Berlin 1999, S. 31–45.

- Osietzki, Maria, Wissenschaftsorganisation und Restauration. Der Aufbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und die Gründung des westdeutschen Staates 1945–1952, Köln/Wien 1984.
- Over, Albert/Tkocz, Christian, Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Kassel 1993.
- Paulig, Wolfgang, 51 Forschungseinrichtungen der „Blauen Liste“, in: Flämig, Christian u. a. (Hg.), Handbuch des Wissenschaftsrechts, Bd. 2, 2. Aufl., S. 1325–1338.
- Röbbecke, Martina/Simon, Dagmar, Zwischen Reputation und Markt. Ziele, Verfahren und Instrumente von (Selbst)Evaluationen außeruniversitärer, öffentlicher Forschungseinrichtungen, in: Papers, WZB, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, No. P. 99–002.
- Schlegel, Jürgen, Rettendes Ufer ist keine Garantie auf Dauer, in: Deutsche Universitätszeitung, 13/1991, S. 23–25.
- Ders., Die Institute der „Blauen Liste“ – Gegenwart und Zukunft, in: AvH-Mitteilungen, Heft 1/1993, S. 37–43.
- Ders., Bereicherung für die Wissenschaft, in: Forschung & Lehre 2/1995, S. 73–75.
- Seckelmann, Margrit/Lange, Stefan/Horstmann, Thomas (Hg.), Die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern in der Wissenschafts- und Bildungspolitik, Baden-Baden 2010.
- Sondermann, Michael/Simon, Dagmar/Scholz, Anne-Marie/Hornbostel, Stefan, Die Exzellenzinitiative. Beobachtungen aus der Implementierungsphase, Ifo-Working Paper 5, 2008, online verfügbar unter http://www.forschungsinform.de/Publikationen/Download/working_paper_5_2008.pdf [22.9.2014].
- Staff, Ilse, Wissenschaftsförderung im Gesamtstaat, Berlin 1971, S. 19.
- Stucke, Andreas, Die westdeutsche Wissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 3–14.
- Ders., „Systemevaluation von Forschungseinrichtungen in Deutschland – Effekte?“ Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) an der Deutschen Hochschule für öffentliche Verwaltung in Speyer, 4./5. Oktober 2001.
- Trischler, Helmut/vom Bruch, Rüdiger, Forschung für den Markt. Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft, München 1999.
- Vierhaus, Rudolf/vom Brocke, Bernhard (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990.
- Weingart, Peter/Taubert, Niels C., Das Wissensministerium. Ein halbes Jahrhundert Forschungs- und Bildungspolitik in Deutschland, Weilerswist 2006.
- Wissenschaftsrat, Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen, Berlin 1990.
- Wissenschaftsrat, Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit, Köln 1992.

- Wissenschaftsrat, Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin – Allgemeiner Teil – Charakteristika der Forschungssituation in der ehemaligen DDR und künftige Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Fachgebiete, Köln 1992.
- Wissenschaftsrat, Stellungnahme zum ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München/Berlin 1998.
- Wissenschaftsrat, Systemevaluation der Blauen Liste – Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Abschluss der Bewertung der Einrichtungen der Blauen Liste, Leipzig 2000.
- Wissenschaftsrat, Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Berlin 2000.
- Wissenschaftsrat, Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems, Köln 2013.
- Zapf, Wolfgang, Erfahrungen bei der Integration der Wissenschaftler im Vereinigungsprozess, in: Genov, Nikolai/Kreckel, Reinhard (Hg.), Soziologische Zeitgeschichte. Helmut Steiner zum 70. Geburtstag, Berlin 2007, S. 147–154.

9. Abkürzungsverzeichnis

Acatech	Akademie der Technikwissenschaften
AdW	Akademie der Wissenschaften
AG-BL	Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste
AGF	Arbeitsgemeinschaft Großforschungseinrichtungen
AV-FE	Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen
BESSY	Berliner Elektronen-Speicherring Gesellschaft für Synchrotronstrahlung
BLK	Bund-Länder-Kommission
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
FhG	Fraunhofer-Gesellschaft
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
HGF	Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
KAI-AdW	Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften
MPG	Max-Planck-Gesellschaft
WBL	Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste
WGL	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

10. Chronologie der Leibniz-Gemeinschaft

- 1949** Unterzeichnung des Königsteiner Staatsabkommens. Es regelte die bundesdeutsche Förderung von Institutionen, die sich überregional relevanten Forschungsschwerpunkten widmeten und keiner Hochschule angehörten. Fortan erhielten auch 23 Einrichtungen, die keiner der bestehenden Wissenschaftsorganisationen angehörten, eine Förderung durch die Länder. Sie wurden fortan „Königsteiner Institute“ genannt.
- 5./6. Mai 1977** Die Bund-Länder-Kommission verabschiedet die Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen (AV-FE). Anlage der Vereinbarung ist die „Blaue Liste“, auf der 46 ab 1977 durch Bund und Länder finanzierte Forschungseinrichtungen aufgeführt sind. 22 von ihnen gehörten vorher zu den „Königsteiner Instituten“.
- Ab 1979** Die geförderten Einrichtungen der Blauen Liste werden regelmäßig vom Wissenschaftsrat geprüft.
- 1984** Vier wissenschaftliche Leiter der Blauen-Liste-Einrichtungen nehmen zusammen mit Vertretern der großen Forschungsorganisationen am zweiten Forschungspolitischen Gespräch von Bund und Ländern teil. In diesem Rahmen kommt es erstmals zum Austausch zwischen verschiedenen Blauen-Liste-Einrichtungen.
- 14./15. September 1988** Vorwiegend administrative Vertreter aus 26 Blauen-Liste-Instituten treffen sich erstmals im Deutschen Primatenzentrum in Göttingen. Ziel der Gespräche ist der Aufbau einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Zudem geht es um weitere Initiativen zur institutsübergreifenden Zusammenarbeit, bspw. durch Vortragsreihen und die gemeinsame Koordination haushaltsrechtlicher Fragen.

- 8. Mai 1989** Zweites Treffen der Forschungseinrichtungen in Berlin; Bildung von drei Arbeitsgruppen, um bis zur nächsten Vollversammlung Grundlagen zur allgemeinen Beratung zu erarbeiten (1. Verwaltung, 2. Organisation, 3. Forschungspolitik).
- 3. November 1989** Drittes Treffen der Forschungseinrichtungen in Karlsruhe, bei dem erste Überlegungen zur Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft und einer Geschäftsstelle angestellt werden. Die bisherige Arbeitsgruppe zur Forschungspolitik ist beauftragt, Vorschläge für eine potentielle Organisationsstruktur der kooperierenden Blaue-Liste-Einrichtungen zu unterbreiten.
- 2. April 1990** Bei ihrer vierten Zusammenkunft in Mainz fassen die Vertreter der Forschungsinstitute konkrete Beschlüsse für die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft auf der Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft, bei der die Institute ihre Selbstständigkeit behalten.
- 22. Oktober 1990** Beschluss zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste (AG-BL) beim fünften Treffen in Berlin; zunächst sagen 25 Institute ihre verbindliche Teilnahme zu.
- 24. Januar 1991** Erste Versammlung der nunmehr 33 Mitglieder zählenden AG-BL in Dortmund; Bestimmung des Vorstands, des Geschäftsführers (Wolfdieter Homann vom Institut für Arbeitsphysiologie Dortmund, IfA) und der Geschäftsstelle (mit Sitz im IfA); Gründung verschiedener Ausschüsse (Ost/West-Problematik/Neue Bundesländer, Personal und Verwaltung, Forschung und Forschungsförderung).
- Herbst 1991** Die Geschäftsstelle gibt die erste Jahresdokumentation der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste heraus.
- 26. November 1991** Öffentliche Gründungsversammlung der AG-BL in Bonn, die von einer recht wenig beachteten Pressekonferenz begleitet wird.

- Januar 1992** Durch die Aufnahme neugegründeter Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern steigt die Anzahl der Blaue-Liste-Institute von 47 auf 81. Die AG-BL zählt nun 72 Mitglieder.
- 10. November 1992** Dritte Mitgliederversammlung der AG-BL in Dresden.
- 11./12. Oktober 1993** Vierte Mitgliederversammlung in Berlin; Auflösung des Ausschusses Neue Bundesländer.
- November 1993** Der Wissenschaftsrat gibt aufgrund der raschen Ausweitung durch die Ost-West-Zusammenführung Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste heraus.
- Juli 1994** Gestaltung des ersten Journals der Arbeitsgemeinschaft Blaue Liste, das allerdings als „Nullnummer“ nur an die internen Mitglieder verschickt wurde.
- 3.–5. November 1994** Die fünfte Mitgliederversammlung der AG-BL beschließt in Mainz die Errichtung eines Grundsatzausschusses, der über die Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Neuordnung der Blauen Liste beraten soll.
- 1. Januar 1995** Der Wissenschaftsrat beginnt eine erneute Evaluationsrunde, bei der in den folgenden Jahren alle Institute der Blauen Liste noch einmal geprüft werden sollen.
- 30./31. März 1995** Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung wird die Gründung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL) als eingetragener Verein beschlossen; Verabschiedung einer neuen Satzung; Neugliederung in fünf anstatt der bisherigen acht Sektionen; erster ehrenamtlicher Präsident wird Ingolf Hertel vom Max-Born-Institut für Nicht-lineare Optik und Kurzzeitspektroskopie Berlin-Adlershof (MBI).
- 2. November 1995** Erste Jahrestagung und erste ordentliche Mitgliederversammlung der Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste in Frankfurt am Main.

- 14. März 1996** Offizielle Eröffnung der neuen, von nun an hauptamtlich geführten Geschäftsstelle mit Sitz in Bonn (Leitung: Beatrix Vierkorn-Rudolph).
- 6.–8. November 1996** Zweite Jahrestagung der WBL in Potsdam, die ab diesem Jahr aus drei Teilen besteht: Wissenschaftliche Konferenz, Mitgliederversammlung und Festakt.
- Oktober 1997** Die Ministerpräsidenten der Länder einigen sich auf einen Beschluss der Bund-Länder-Kommission, die unter anderem die Öffnung des DFG-Vergabeverfahrens für die WBL vorsieht. Für die Teilnahme am nationalen Wettbewerb um Drittmittelgelder muss die WBL ab 1998 insgesamt 2,5 Prozent ihrer Haushaltsmittel an die DFG abtreten.
- 29.–31. Oktober 1997** Dritte Jahrestagung in Köln.
- 30./31. Oktober 1997** Die Mitgliederversammlung beschließt die Umbenennung in Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) sowie die Errichtung eines extern besetzten Senats zur Steuerung des Evaluationsverfahrens.
- Februar 1998** Erstes offizielles Treffen zwischen der WGL-Geschäftsführerin und Vertretern der anderen Wissenschaftsorganisationen zur Vorbereitung gemeinsamer Präsentationen während der EXPO 2000 in Hannover.
- 7. Juli 1998** Eine eingesetzte Gründungskommission ernennt die Mitglieder des Senats der Leibniz-Gemeinschaft.
- 17.–19. November 1998** Vierte Jahrestagung in Berlin.
- 18. November 1998** Gründungssitzung des Senats.
- 19. November 1998** Die Mitgliederversammlung wählt Frank Pobell (Forschungszentrum Rossendorf) zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten Ingolf Hertel.
- Seit 1999** Mitgliedschaft der Leibniz-Gemeinschaft im Trägerverein der Koordinierungsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen KoWi.

- 1999** Die Initiative „Wissenschaft im Dialog“ wird von den führenden Wirtschaftsorganisationen, inklusive der WGL, ins Leben gerufen. Ziel ist die Stärkung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.
- Februar 1999** Veröffentlichung des ersten Memorandums „Stärke durch Vielfalt ...“ zur Stellung und Bedeutung der Leibniz-Gemeinschaft in der Wissenschaftslandschaft.
- 14.–16. Oktober 1999** Fünfte Jahrestagung in München.
- März 2000** Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn nimmt erstmals an einer Senatssitzung der WGL teil. Veröffentlichung des zweiten Memorandums „Mehr als die Summe der Institute“. Herausgabe der „Leibniz-Nachrichten“ als neues internes wie externes Informationsblatt.
- Juni 2000** Die Leibniz-Gemeinschaft wird institutionelles Mitglied der European Association of Research Managers and Administrators (EARMA).
- 1.–3. November 2000** Sechste Jahrestagung in Dresden.
- 17. November 2000** Der Wissenschaftsrat veröffentlicht eine positive Stellungnahme zum Abschluss der Evaluationsrunde der Blaue-Liste-Einrichtungen. Dennoch sind im Laufe der Bewertungen seit 1995 sechs Einrichtungen aus der gemeinsamen Forschungsförderung ausgeschlossen worden.³⁶¹
- Dezember 2000** Der Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der WGL erarbeitet Maßnahmen zur Unterstützung einer Corporate Identity, vorrangig in Gestalt eines gemeinsamen Emblems sowie gemeinsam organisierter Veranstaltungen der Leibniz-Institute.

³⁶¹ Forschungsinstitut für Kinderernährung Dortmund, Institut für Erdölforschung Clausthal, Deutsches Bibliotheksinstitut Berlin, Medizinisches Institut für Umwelthygiene Düsseldorf, Deutsche Zentralbibliothek der Landbauwissenschaft Bonn, Deutsches Institut für Fernstudienforschung Tübingen.

- Januar 2001** Der Senat legt das Konzeptpapier „Sicherung der Qualität der Forschung“ zum künftigen Evaluationsverfahren vor.
- 26. März 2001** Der Senat beschließt erste Schritte zur Umsetzung des Evaluationsverfahrens: Aufgabenbestimmung von Senat, Evaluationsausschuss und Evaluationsreferat, Benennung der Mitglieder des Evaluationsausschusses.
- Der bisherige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, wird bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zum neuen Präsidenten und Nachfolger von Frank Pobell gewählt.
- 18. Juni 2001** Die Bund-Länder-Kommission überträgt dem Senat auf Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrats die Verantwortung für die künftig alle sieben Jahre stattfindenden Evaluierungen der Leibniz-Institute.
- Juli 2001** Amtsantritt Hans-Olaf Henkels.
- 29. Oktober 2001** Konstituierende Sitzung des Senatsausschusses Evaluierung.
- 8./9. November 2001** Siebte Jahrestagung im Deutschen Bergbau-Museum in Bochum.
- 1. Januar 2002** Mit dem Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz (RGZM) als neues Leibniz-Institut sind nunmehr alle 79 Bund-Länder-finanzierten Institute der Blauen Liste auch gleichzeitig Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Im Vorwort des Leibniz-Journals wird darauf hingewiesen, dass die „unselige Vokabel“ Blaue Liste damit endlich hinfällig sei.
- Juni 2002** Beginn der ersten vom Evaluierungsausschuss geleiteten Begehungen (Heinrich-Pette-Institut für Experimentelle Virologie und Immunologie, Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin).
- 28./29. November 2002** Achte Jahrestagung in Berlin.
Die Mitgliederversammlung berät über die Neugestaltung des gemeinschaftlichen Logos; zudem einigt man sich darauf, anstelle von Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried

Wilhelm Leibniz/WGL nur noch den Begriff Leibniz-Gemeinschaft zu verwenden (mit Ausnahme von juristischen Fragen).

Eberhard Fuchs erhält als erster den vom Stifterverband für Deutsche Wissenschaft herausgegebenen Wissenschaftspreis „Gesellschaft braucht Wissenschaft“, durch den wegweisende Forschungsarbeiten von Angehörigen der Leibniz-Gemeinschaft gewürdigt werden.

31. Dezember 2002

Das Heinrich-Hertz-Institut für Nachrichtentechnik in Berlin scheidet aus der Leibniz-Gemeinschaft aus und wird Mitglied der Fraunhofer-Gesellschaft.

1. Januar 2003

Eintritt neuer Einrichtungen: Das Hans-Knöll-Institut für Naturstoff-Forschung Jena (HKI) und das Leibniz-Institut für Organische Katalyse an der Universität Rostock (IfOK).

Frühjahr bis Ende 2003

Die Debatte um die „Entflechtung“ der gemeinsamen Zuschüsse von Bund und Ländern beschäftigt Politiker, Presse, Wissenschaft und die Leibniz-Gemeinschaft selbst. Laut Reformplänen der rot-grünen Bundesregierung sollen Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft sowie Helmholtz-Gemeinschaft ausschließlich vom Bund, die Leibniz-Gemeinschaft ausschließlich von den Ländern finanziert werden.

19.–21. November 2003

Neunte Jahrestagung im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg.
Die Mitgliederversammlung wählt erneut Hans-Olaf Henkel zum Präsidenten.

Ab Januar 2004

Zuspitzung der Entflechtungs-Debatte, nachdem Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn vorschlägt, die Institute der Leibniz-Gemeinschaft auf die übrigen außeruniversitären Forschungsorganisationen oder dritte Stellen zu verteilen und die Gemeinschaft damit faktisch aufzulösen. Es folgen in den nächsten Monaten hitzige Diskussionen in Presse, Politik und Wissenschaft, bei denen Hans-Olaf Henkel ein wichtiger Wortführer ist. Die Entflechtungspläne werden letztendlich nicht umgesetzt.

- 24.–26. November 2004** Zehnte Jahrestagung in Berlin.
Die Mitgliederversammlung beschließt die Aufnahme neuer Mitglieder: Leibniz-Institut für Arterioskleroseforschung (LIFA), Mathematisches Forschungsinstitut Oberwolfach (MFO), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).
- Januar 2005** Herausgabe des dritten Memorandums mit dem Titel „Mehrwert durch Netzwerk“ als Reaktion auf die vorangegangenen wissenschaftspolitischen Debatten.
- 14. Februar 2005** Das „Leibniz-Forum“ feiert als neue regelmäßige abendliche Diskussionsveranstaltung in Hamburg Premiere.
- 15. Juni 2005** Der Senat errichtet den sogenannten Senatsausschuss Wettbewerb (SAW), der eingereichte Anträge für das interne Wettbewerbsverfahren des „Paktes für Forschung und Innovation“ prüft und Empfehlungen zur Weitergabe an die Bund-Länder-Kommission ausarbeitet.
- Ende Juni 2005** Der „Pakt für Forschung und Innovation“ wird von den Regierungschefs von Bund und Ländern verabschiedet (Laufzeit 2006–2010).
- 23.–25. November 2005** Elfte Jahrestagung in Bonn.
Die Mitgliederversammlung bestimmt Ernst Th. Rietschel vom Forschungszentrum Borstel (FZB) zum neuen Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft.
- 1. März 2006** Der Historiker Michael Klein übernimmt den neu errichteten Posten des Generalsekretärs und ist ab sofort für die Leitung der Geschäftsstelle zuständig.
- 22.–24. November 2006** Zwölfte Jahrestagung in Berlin.
- 21.–23. November 2007** 13. Jahrestagung in Göttingen.
Ernst Th. Rietschel wird von der Mitgliederversammlung für zwei Jahre in seinem Präsidentenamt bestätigt.
- 26.–28. November 2008** 14. Jahrestagung in Magdeburg.
Die Mitgliederversammlung beschließt die Errichtung eines hauptamtlichen Präsidentenamts ab Ende 2009.

- 1. Januar 2009** Eintritt fünf neuer Einrichtungen in die WGL: Deutsches Rheumaforschungszentrum Berlin (DRFZ), Zentrum für marine Tropenökologie Bremen (ZMT), Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Museum für Naturkunde – Leibniz-Institut für Evolutions- und Biodiversitätsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin (MfN).
Ausscheiden der Berliner Elektronenspeicherring-Gesellschaft für Synchrotronstrahlung GmbH (BESSY), die nach ihrer Fusion mit dem Hans-Meitner-Institut im Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie (HZB) weitergeführt wird.
- 25.–27. November 2009** 15. Jahrestagung in Rostock. Dabei nimmt mit Horst Köhler erstmals in der Geschichte der Leibniz-Gemeinschaft ein Bundespräsident am Festakt teil.
Die Mitgliederversammlung wählt mit Karl Ulrich Mayer den ersten hauptamtlichen Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft.
- Juli 2010** Amtsantritt Karl Ulrich Mayers.
- 24.–26. November 2010** 16. Jahrestagung in Düsseldorf.
- 1. Januar 2011** Das Forschungszentrum Dresden-Rossendorf wechselt nach Empfehlung des Wissenschaftsrats von der Leibniz-Gemeinschaft in die Helmholtz-Gemeinschaft.
Beginn der zweiten Phase des Pakts für Forschung und Innovation (2011–2015).
- Oktober 2011** Verlegung der Geschäftsstelle von Bonn nach Berlin.
- 23.–25. November 2011** 17. Jahrestagung in Frankfurt am Main.
- 1. Januar 2012** Das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften an der Universität Kiel wechselt in die Helmholtz-Gemeinschaft (Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel-GEOMAR). Das Institut für Europäische Geschichte in Mainz wird Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

- August 2012** Die Leibniz-Gemeinschaft läutet mit ihrem neuen Positionspapier „Zukunft durch Forschung“ einen zielgerichteten Strategieprozess ein.
- 28.–30. November 2012** 18. Jahresversammlung in Berlin.
Karl Ulrich Mayer teilt auf der Jahrestagung mit, dass der Wissenschaftsrat Zweifel an der Notwendigkeit der Leibniz-Gemeinschaft geäußert habe.
- April 2013** Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz bestärkt in ihren früher als geplant publizierten Grundlagen die Rolle der Leibniz-Gemeinschaft.
- Juli 2013** Der Wissenschaftsrat veröffentlicht seine „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“. Darin bestätigt er die Strategieprozesse der Leibniz-Gemeinschaft, empfiehlt aber eine Schärfung ihres wissenschaftlichen Profils sowie eine Prüfung ihrer finanziellen Steuerung.
- 27.–29. November 2013** 19. Jahresversammlung der Leibniz-Gemeinschaft
Die Mitgliederversammlung wählt Matthias Kleiner zum Nachfolger von Karl Ulrich Mayer. Gleichzeitig beschließt sie die Aufnahme dreier neuer Institute, womit sich die Zahl der Mitgliedseinrichtungen am 1. Januar 2014 auf 89 erhöht: das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (NEPS), das Leibniz-Institut für Photonische Technologien (IPHT) sowie das DWI – Leibniz-Institut für Interaktive Materialien.
- 1. Juli 2014** Amtsantritt von Matthias Kleiner als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft.